ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 23. Juli 2009 | 60. Jahrgang | Nummer 14

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Inklusive Sonderdoku Garching

Bayerischer Städtetag in Mühldorf am Inn:

Städte als Orte der Integration

„Städte schaffen Integration“ lautete das Motto der Jahrestagung des Bayerischen Städtetags in Mühldorf am Inn. Dabei machte der Verbandsvorsitzende, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, darauf aufmerksam, dass es hier um mehr gehe als nur um das Thema Einwanderung. „Integration schaffen bedeutet auch, die Unterschiede zwischen Arm und Reich in der Gesellschaft zu überwinden“, konstatierte Schaidinger vor 350 Gästen und Delegierten.

„Wir müssen diejenigen in der Mitte der Gesellschaft halten, die ohne Hilfe von außen ins Abseits geraten würden. Wir müssen Zugänge zur Bildung sichern und Einstiege ins Berufsleben offen halten. Wir wollen alle mitnehmen, damit keiner auf der Strecke bleibt“, betonte Schaidinger nach der Eröffnung der Verbandsversammlung durch Michael Sedlmair, stellvertretender Städtetagsvorsitzender und erster Bürgermeister der Gemeinde Ismaning sowie Gastgeber Günther Knoblauch.

Hohes Armutsrisiko

Der jüngste Integrationsbericht der Bundesregierung ist nach Angaben des Städtetages Beleg für die Aktualität des Tagungsthemas. Menschen mit Migrationshintergrund sind demnach häufiger von Armut betroffen, verzeichnen eine stärkere Arbeitslosenquote und sind schlechter gebildet als die Gesamtbevölkerung. Jugendliche aus Zuwandererfamilien haben es immer noch erheblich schwerer als gleichaltrige Einheimische, einen Ausbildungsplatz zu finden.

Gesellschaftliches Problem

Die Kommunen handeln bereits, sie kümmern sich um die Integration, aber dies ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. In der Integration überlappen sich viele Politikfelder, in denen Bund, Land und Kommunen zusammenwirken. Hier verzahnen sich Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik, Bildungspolitik und Städtebau. Schaidinger: „Die Städte können nicht alles allein schultern: Wenn wir ein gerechteres Bildungssystem schaffen wollen, wenn wir bildungsferne Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene besser an Angebote heranführen wollen, dann ist der Freistaat in der Bildungspolitik gefordert. Da die Kommunen nicht allein Armut und Arbeitslosigkeit bekämpfen können, muss der Bund mit anpacken.“

Illustre Gäste beim Bayerischen Städtetag (v. l.): Günther Knoblauch, Reiner Knäusl, Christian Ude, Ursula Heller, Michael Sedlmair, Hans Schaidinger, Ludwig Spaenle, Dr. Siegfried Balleis, Prof. Friedrich Heckmann und Prof. Dr. Christian Pfeiffer. ❐

Benachteiligungen

Die Benachteiligung beginnt von Kindesbeinen an: Internationale Studien belegen, dass arme Kinder, Kinder aus Migrantenfamilien und aus bildungsfernen Milieus sowie Kinder von Alleinerziehenden es schwer haben, in der Schule und somit später im Berufsleben Tritt zu fassen.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - **B 1578**
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Ein starkes Team: Die Bundestagskandidaten der CSU zusammen mit (vorne, von links): Gerda Hasselfeldt, Ilse Aigner, Dr. Peter Ramsauer, Parteivorsitzender Horst Seehofer, Dorothee Bär, Alexander Dobrindt und Karl-Theodor zu Guttenberg. ❐

Kommunale Selbstverwaltung:

„Ein echtes Herzensanliegen“

Festveranstaltung in München mit Innenminister Herrmann und Städtetagsvorsitzendem Schaidinger

Der Bayerische Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann, lud zu einer Festveranstaltung „Kommunale Selbstverwaltung und 60 Jahre Grundgesetz“ nach München ein. Neben Bundesverfassungsrichter a. D. Prof. Dr. Udo Steiner war auch der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger willkommener Festgast im Innenministerium.

Wie Schaidinger betonte, hätten die Verfassungsmütter und –väter sich vor 60 Jahren für eine starke Stellung der Kommunen entschieden – gegen zentralistische Fremdverwaltung von oben, für örtliche Selbstverwaltung von unten. Sie hätten erkannt, „dass die Stärke des Landes darauf beruht, dass die Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen können und Demokratie nicht von oben verordnet, sondern von unten gelebt werden muss“.

Eigene Finanzquellen

Ein wesentliches Element dieser kommunalen Selbstverwaltung stelle die kommunale Finanzhoheit dar. In diesem Zusammenhang verwies Schaidinger darauf, dass das Grundgesetz den Gemeinden ausdrücklich eine mit Hebesatzrecht ausgestattete wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle zugesteht. Er warnte davor, „in der derzeitigen Wirtschaftskrise an der Gewerbesteuer herumschrauben zu wollen“.

Zur Stärke der Kommunalen Selbstverwaltung trügen aber auch die rechtliche Stellung ihrer Mandatsträger und die Personalhoheit bei. „Bei der Personalhoheit würden wir uns mit Blick auf die beiden Föderalismusreformen genauso wie die Länder allerdings ein Stückchen mehr Freiheit in beamten- und tarifrechtlichen Fragen wünschen“, erklärte der Städtetagsvorsitzende. Dies betreffe einerseits die Stellenobergrenzen, andererseits die Aufhebung der Altersgrenze für Bürgermeister: „Es vermag mir nicht einzuleuchten, dass die Altersgrenze bei kommunalen Wahlbeamten gesetzlich vorgegeben wird, bei Bundes- und Landespolitikern aber dem Wähler vorbehalten bleibt“, meinte Schaidinger.

Als „Errungenschaft“, die es

(Fortsetzung auf Seite 4)

Innenminister Joachim Herrmann plädierte bei einer Festveranstaltung in München für eine weitere Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Anlass war das 60-jährige Bestehen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. ❐

CSU-Parteitag in Nürnberg:

Selbstbewusst in den Wahlkampf

Ein deutliches Aufbruchssignal für den Bundestagswahlkampf hat die CSU bei ihrem Parteitag in Nürnberg gegeben. In Ergänzung zum gemeinsamen Unions-Wahlprogramm verabschiedeten die knapp 1.000 Delegierten einstimmig einen Wahlaufruf mit dem Titel „Was unser Land jetzt braucht: Eine starke CSU in Berlin“.

„Die Christlich-Soziale Union hat wieder Selbstbewusstsein“, rief der mit 88,1 Prozent im Amt bestätigte Parteivorsitzende Horst Seehofer den Delegierten zu. Die CSU sei seit einem Dreivierteljahr „gut in Form“. Das große Ziel sei nun „ein gutes Ergebnis aus dem Süden“ bei der Bundestagswahl am 27. September. Mit Blick auf die ebenfalls in Nürnberg anwesende Bundeskanzlerin meinte Seehofer: „Deutschland kann durch ein starkes Bayern nur gewinnen. Und deshalb kommt es auf eine starke CSU in Berlin an.“

Der Vorsitzende unterstrich, dass die CSU die Partei Europas sei: „Wir wollen und brauchen Europa. Wir sind immer eingetreten für ein Europa der Regionen, für ein transparentes und bürgernahes Europa.“ Die CSU habe sich bereits im Wahlprogramm klar dazu bekannt, Bundestag und Bundesrat bei EU-Entscheidungen mehr Mitspracherechte zu geben. Seehofer: „Wir wollen, dass das Regionen-Prinzip und das Prinzip der Mitsprache ernst genommen werden. Und ich möchte, dass die deutsche Regierung in Brüssel voll handlungsfähig bleibt. Beides lässt sich unter einen Hut bringen. Wir werden einen vernünftigen Kompromiss finden.“

Baukindergeld

In ihrem Wahlaufruf, der in gewisser Weise ein bayerisches „Best of“ der bereits vereinbarten Maßnahmen darstellt, aber auch an einigen Stellen präzisiert und konkrete Forderungen aufstellt, verspricht die CSU, sich bei der Wohnungseigentumsförderung auf Familien mit Kindern konzentrieren zu wollen. Deshalb soll die Einführung eines „Baukindergeldes“ geprüft werden. Voraussetzung ist, dass hierfür finanzielle Spielräume vorhanden sind. Auch die Wahlfreiheit von Eltern, zwischen Kindererziehung und Erwerbstätigkeit entscheiden zu können, betont die CSU nachdrücklich. Bis spätestens 2013 soll für bedarfsgerechte Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren gesorgt werden.

Betreuungsgeld

Gleichzeitig will die Partei sicherstellen, dass Eltern, die ihre Kinder vor allem zu Hause erziehen, ein Betreuungsgeld in Höhe von 150 Euro pro Monat erhalten. Dieses soll unbürokratisch ausgestaltet sein. Da die CSU zudem für eine zukunftsfeste Altersvorsorge steht, „wollen wir Kindererziehungszeiten wesentlich stärker als bisher bei der Rente berücksichtigen“.

Gerade in der Wirtschaftskrise legt die CSU Wert darauf, dass das Land sein soziales Gesicht bewahrt. Es gelte, den Zusammenhalt und das Miteinander

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina

„Mit schlechten Gesetzen und guten Beamten lässt sich immer noch regieren. Mit schlechten Beamten aber helfen uns die besten Gesetze nichts.“ Diese Erkenntnis Otto von Bismarcks wurde einer jungen Praktikantin auf leidvolle Weise zuteil. Ein fataler Fehler warf sie in den Schlund eines Molochs namens Münchner Sozialbürokratie. **Seite19**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
GZ-Interview mit CSU-Generalsekretär Dobrindt 2
Silicon Valley in Mellrichstadt 3
GZ-Kolumne Stefan Rößle:
Stark für den Beruf, im Wissen und als Person 3
Dokumentation der GZ-Energiefachtagung Garching . . 5-13
GZ-Fachthemen:
Fachliteratur · EDV 14
GZ-Exklusivbericht Gesundes Trinkwasser 15
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV 16
Kommunalfahrzeuge · Winterdienst 17
Aus den bayerischen Kommunen 18-20

Landtag lockert Rauchverbot

Zustimmung zu geändertem Gesundheitsschutzgesetz - Nein-Stimmen nicht nur von der Opposition, die auf das ÖDP-Volksbegehren setzt

Wie erwartet wird das neue bayerische Gesundheitsschutzgesetz am 1. August in Kraft treten. Im Landtag wurde der leicht modifizierte Entwurf der Staatsregierung zur Frage, ob und unter welchen Auflagen in Gastwirtschaften, Fest-, Bier- und Weinzelten geraucht werden darf, in der Schlussabstimmung mit 100 Ja - gegen 73 Nein-Stimmen und bei drei Enthaltungen verabschiedet. In der leidenschaftlichen Kontroverse blieben SPD und Grüne beim noch vom alten Landtag im Dezember 2007 erlassenen Gesetz mit striktem Rauchverbot. Die CSU hingegen schloss sich gemäß dem Koalitionsvertrag der FDP an. Immerhin versagten fünf CSU- und zwei FDP Abgeordnete ihre Zustimmung zur Lockerung. Die Freien Wähler stimmten gespalten ab.

Gesundheitsminister Markus Söder bekannte sich zur Koalitionsvereinbarung. Das alte Gesetz habe sich als nicht praktikabel erwiesen, wie insbesondere von den Kommunen als Vollzugsbehörden immer wieder erklärt wurde. Nun sei man im Einklang mit der Realität und werde der bayerischen Lebenswirklichkeit gerecht. Dabei habe der Gesundheitsschutz oberste Priorität. Söder und für die CSU-Fraktion Exministerin Christa Stewens betonten, das neue Gesetz werde dem einschlägigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juli 2008 gerecht. Stewens räumte ein, dass sich an den nun verfügten Ausnahmen vom strikten Rauchverbot in Gaststätten und Festzelten die Geister scheiden.

Problem Raucherclubs

Auch Dr. Andreas Fischer (FDP) bekundete jedem mit abweichender Meinung Respekt. Die bisherige Regelung sei indessen eine einzige Heuchelei gewesen. Er verwies auf die wie Pilze aus dem Boden geschossenen Raucherclubs, mit denen Gastwirte das absolute Tabakverbot umgangen haben. Solchen Clubs werde jetzt der gesetzliche Boden entzogen. Aus der FDP-Fraktion blieb der Arzt Dr. Otto Bertermann beim kategorischen Rauchverbot wie in der CSU-Fraktion sein Kollege Dr. Thomas Zimmermann. Drei CSU-Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Die Opposition blieb (bis auf die gespaltenen Freien Wähler) beim Nein. Die Ärztin Kathrin Sonnenholzner (SPD) verwies auf die einstimmige Ablehnung der Gesetzesnovelle durch den Landesgesundheitsrat, dem auch Vertreter der kommunalen Spitzenverbände angehören. Theresa Schopper (Grüne) sprach von einem „Gesundheitsschutzgesetz a. D.“. Das Bundesverfassungsgericht habe die bisherige bayerische Regelung ausdrücklich gelobt.

ÖDP-Volksbegehren

Bernhard Pohl (PW) verwies bei grundsätzlicher Zustimmung zur Lockerung des Rauchverbots auf einen eigenen Gesetzentwurf seiner Fraktion, der klarere und unbürokratischere Regelung fordere. Dieser Gesetzentwurf wurde dann von der Koalition sowie von SPD und Grünen abgelehnt.

Beide Fraktionen bzw. Parteien wollen das von der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) beantragte Volksbegehren zugunsten des strikten Rauchverbots unterstützen. Die Grünen hatten im Landtag sogar einen mit dem ÖDP-Text fast identischen Gesetzentwurf im Landtag eingebracht, der abgelehnt wurde. Der ÖDP-Antrag wird jetzt vom Innenministerium geprüft. Bei Zulassung plant die ÖDP das Volksbegehren etwa im Herbst 2009 oder im Frühjahr 2010. Es müsste von 10 % der bayerischen Wahlberechtigten (etwa 920 000) in den gemeindlichen Wahllokalen unterschrieben werden. Bei Erfolg müsste der Landtag dazu Stellung nehmen.

Das neue Gesundheitsschutzgesetz bestimmt: „In Bier-, Wein- und Festzeiten, die nur vorübergehend und in der Regel an wechselnden Standorten betrieben werden, sowie in vorübergehend als Festhallen genutzten ortsfesten Hallen auf Volksfesten und vergleichbar großen Veranstaltungen“ darf geraucht werden, wenn sie höchstens an 21 aufeinander folgenden Tagen am gleichen Ort stattfinden.

Neue Ausnahmeregeln

In „getränkegeprägten Gaststätten mit weniger als 75 qm Gastfläche und ohne abgetrennten Nebenraum“ darf geraucht werden, „wenn Kindern und Jugendlichen der Zutritt nicht gestattet ist und die Gaststätten im Eingangsbereich in deutlich erkennbarer Weise als Raucher-gaststätten, zu denen Minderjährige keinen Zugang haben, gekennzeichnet sind“.

In Diskotheken und anderen Tanzlokalen „kann das Rauchen in einem Nebenraum nur gestattet werden, sofern sich darin keine Tanzflächen befinden“, Kindern und Jugendlichen ist der Zutritt zu Raucherräumen nicht gestattet. Unberührt vom Gesetz bleibt das Rauchverbot in allen öffentlichen Gebäuden, einschließlich der Justizvollzugsanstalten. **rm**

Haushaltsausschussvorsitzender Georg Winter:

Kommunalfreundliche Förderung

Erweiterung des Förderprogramms für Ortsumfahrungen, Radwege und verkehrssichere Kreuzungen

Investitionen in Ortsumfahrungen und Radwege sowie in die Verkehrssicherheit von Straßenkreuzungen werden den Kommunen erleichtert. Dies erklärte Georg Winter, der Vorsitzende des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, der sich erfolgreich für eine gezielte Erweiterung des Förderprogramms „Staatsstraßenumfahrungen in gemeindlicher Sonderbaulast“ eingesetzt hat.

„Dadurch wollen wir gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Jahren den Abfluss der Fördermittel beschleunigen und zusätzliche Impulse bei den kommunalen Investitionen im Baubereich setzen“, so Winter. „Das Programm gibt einen zusätzlichen Impuls für die Bauwirtschaft und eine Verbesserung der Verkehrssicherheit. Darüber hinaus ist es gelungen, die Förderbedingungen durch eine pauschale Berücksichtigung der Planungskosten zu flexibilisieren und zu vereinfachen“, erläutert der CSU-Politiker. Deshalb geht für ihre Gesprächsbereitschaft mein Dank insbesondere auch an die Kommunalen Spitzenverbände.

Das Förderprogramm „Staatsstraßenumfahrungen in gemeindlicher Sonderbaulast“ ist jährlich mit 17,9 Millionen Euro ausgestattet und Bestandteil des Kommunalen Finanzausgleichs 2009, den der Bayerische Landtag am 2. April 2009 verabschiedet hatte.

Erweiterung der Optionen

Auf Initiative des Haushaltsausschussvorsitzenden Georg Winter wurde der Förderkatalog des Sonderförderprogramms für die Jahre 2009 und 2010 erweitert. Förderfähig sind neben Staatsstraßenumfahrungen in gemeindlicher Sonderbaulast nun auch Änderungen von bestehenden Kreuzungen zwischen Staats-, Gemeinde- und Kreisstraßen und der Bau von unselbständigen Radwegen beziehungsweise Geh- und Radwegen an Staatsstraßen, soweit die Gemeinde die Kosten übernimmt.

Die erweiterten Fördermöglichkeiten gelten für Projekte mit einem Baubeginn vor dem 31. Dezember 2010: Der Fördersatz beträgt für neue Förderprojekte 75 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Bei Projekten mit besonders hoher verkehrlicher Bedeutung können finanzschwachen Gemeinden bis zu 85 Prozent Zuwendungen gewährt werden. Planungskosten werden pauschal mit 12 Prozent der Baukosten gefördert, soweit die Gemeinde die Planung insgesamt übernommen hat. Die Bagatellgrenze wird auf 50.000 Euro zuwendungsfähige Kosten festgelegt.

„Der Bayerische Landtag hat damit ein sehr attraktives Förderangebot geschaffen“, betonte Georg Winter. „Es liegt jetzt bei den Gemeinden, schnell zuzugreifen.“ ❐

Weg frei für bessere BayernLB

Landtag redet künftig mehr mit Landesbank- und Sparkassengesetz geändert

Der Weg der BayernLB in eine bessere Zukunft ist gesetzlich neu ausgerichtet worden. Kurz vor der Sommerpause verabschiedete der Landtag den nochmals geänderten Entwurf der Staatsregierung für Änderungen in Landesbank- und Sparkassengesetz. Die Betätigungsfelder der zur Zeit maroden Bank, deren Hauptaktionär jetzt der Freistaat ist, wurden mit Vorrang für die Mittelstandsförderung neu geordnet. Sogar eine Privatisierung wäre möglich.

Finanzminister Georg Fahrenschon sprach im Plenum bei der abschließenden Gesetzeslesung von einem „wichtigen Etappenziel auf dem Weg zur notwendigen Umstrukturierung“. Dem Auftrag des Haushaltsausschusses (s. GZ 13 vom 09.07.09) entsprechend, werde dem Landtag ein erweitertes Mitspracherecht eingeräumt. Er muss bis hin zu einer Privatisierung vor entscheidenden Veränderungen der Bankstruktur gehört werden.

Lehre aus Landesbankdebakel

Haushaltsausschussvorsitzender Georg Winter (CSU) begrüßte es, dass mit den Gesetzesänderungen Lehren aus dem Landesbankdebakel gezogen wurden. Die CSU hatte sich auf Drängen nicht nur der Opposition sondern auch im Sinne der Koalitionsvereinbarung mit der FDP für das erweiterte Kontroll- und Mitspracherecht des Landtags ausgesprochen.

Die Opposition zeigte sich nur bedingt zufrieden. Inge Aures (SPD) bedauerte, dass in den Verwaltungsrat der BayernLB keine Fraktionsvertreter entsandt werden, wo der Freistaat doch zu 94% Bankeigentümer sei. Eike Hallitzky (Grüne), der eine Fusion aller Landesbanken für unausweichlich hält, befand, trotz der gesetzlichen Neufassung sei der BayernLB auch in Zukunft „Zockereien auf internationalen Spielwiesen“ erlaubt.

Kritik aus Opposition

In der Schlussabstimmung sagten die Koalitionsfraktionen Ja zu den gesetzlichen Änderungen. SPD und Grüne blieben beim Nein.

Die Freien Wähler hatten auch den Ministerpräsidenten in den Verwaltungsrat delegieren wollen. Die Neufassung von Landesbank- und Sparkassengesetz tritt am 1. August in Kraft. **rm**

Interview mit CSU-Generalsekretär:

„Kommunalpolitik ist Herz der CSU“

CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt war zu Gast bei der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München. Über seine Intentionen zur Kommunalpolitik sprach er aus diesem Anlass mit der GZ.

GZ: Herr Dobrindt, die CSU geht in die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes. Welche Rolle spielt in diesen Tagen die kommunalpolitische Säule der Partei?

Dobrindt: *Die Kommunalpolitik ist das Herz der CSU und die politische Säule, die unser Auftreten vor Ort am stärksten prägt. Wir sind stolz auf über 15.000 Kommunalpolitiker, die für unsere Partei tätig sind. Diese Mandatsträgerinnen und Mandatsträger nehmen dabei die Zukunft ihrer Heimat selbst in die Hand und haben gleichzeitig stets ein offenes Ohr für die Anliegen der Menschen in ihren Kommunen. Auch mir persönlich liegt diese kommunale Bindung sehr am Herzen. Deswegen bin ich nach wie vor als Gemeinde- und Kreisrat in meiner Heimat aktiv. Erst durch uns Kommunalpolitiker wird das CSU-Motto „näher am Menschen“ tatsächlich und direkt erlebbar.*

GZ: Das heißt, dieser Wahlkampf wäre ohne die Kommunalpolitiker gar nicht möglich?

Dobrindt: *Viel mehr! Die CSU würde es ohne Kommunalpolitiker nicht geben. Was uns besonders stark macht, ist, dass alle Säulen unserer Partei – von den Kommunen über die Landes- und Bundesebene bis hin nach Europa – eng vernetzt agieren, sich kontinuierlich austauschen und gemeinsam schlagkräftig sind. Die Menschen erkennen diesen roten oder besser schwarzen Faden und trauen uns zu, ihre Probleme wirksam zu lösen.*

GZ: Im Regierungsprogramm von CSU und CDU wurden die Belange der Kommunen ausführlich berücksichtigt. Was sind die konkreten Ziele?

Dobrindt: *Wir haben uns ganz bewusst dafür entschieden, dem Kapitel „Leistungsfähige Kommunen“ breiten Raum in unserem Programm zu widmen. Nur die Union kämpft kompromisslos für Föderalismus, für die kommunale Selbstverwaltung und gegen Zentralismus. Wir stehen ein für eine innovationsfördernde Vielfalt, weil jede Kommune unterschiedliche Bedürfnisse, Stärken und Schwächen hat. Und im Interesse der Bürger muss Klarheit über die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten geschaffen werden, damit Dienstleistungen für den Bürger im Vordergrund stehen.*

Alexander Dobrindt. ❐

GZ: Eine wichtige Aufgabe der Kommunen ist die Daseinsvorsorge. Welche Ziele hat die Union dazu formuliert?

Dobrindt: *Wir bekennen uns zur Verantwortung der Kommunen, ihren Bürgern den Zugang zu allen Gütern und Leistungen, die für ein menschliches Dasein notwendig sind, zu gewährleisten. Gerade jetzt in schwierigen Zeiten stößt die öffentliche Hand dabei allerdings oftmals finanziell an ihre Grenzen. Wir setzen uns deshalb ein für eine optimale Aufgabenverteilung zwischen staatlichen und privaten Wirtschaftseinheiten, vor allem auch durch das Modell der öffentlich-privaten Partnerschaften. Eine vollständige Privatisierung ist nicht grundsätzlich die beste Lösung. Beim Trinkwasser muss beispielsweise die Ver- und Entsorgung in staatlichen Händen bleiben!* ❐

Expertenkommission legt Abschlussbericht vor:

Soziale Marktwirtschaft hat Zukunft

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer hat den Abschlussbericht der Expertenkommission „Zukunft Soziale Marktwirtschaft“ als ein starkes Dokument für die Soziale Marktwirtschaft der Zukunft gewürdigt.

Seehofer weiter: „Die Arbeit in der Kommission hat gezeigt, dass die Soziale Marktwirtschaft vor dem Hintergrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht neu erfunden werden muss, aber gezielt für die künftigen Herausforderungen weiterentwickelt werden sollte.“

Leitgedanken für die Zukunft

Seehofer hob vor allem folgende Leitgedanken des Gutachtens als zentral für die Soziale Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts hervor:

1. Leistungsfähige Märkte funktionieren nachhaltig nur auf einem starken Wertefundament. Seehofer: „Der Markt darf kein ethikfreier Raum sein. Ohne verantwortliches Handeln des Einzelnen, ohne ein Mindestmaß an Vertrauen und ohne Grundkonsens über Fairness funktionieren gesetzliche Regeln und Institutionen nicht.“

2. Eine gerechte Gesellschaft und Wirtschaft braucht eine klare Zuordnung von Verantwortung und eine strikte Haftung für wirtschaftliche Entscheidungen. Seehofer: „Das ist auch fundamental für die Akzeptanz unserer Wirtschaftsordnung bei den Menschen.“ Es dürfe künftig nicht mehr möglich sein, mit minimalem Eigenkapitaleinsatz Milliardengeschäfte zu machen und das Risiko auf die abzuwälzen. Höhere Eigenkapitalquoten müssen dafür sorgen, dass vorsichtig und verantwortlich gewirtschaftet und nicht hochriskant gezockt wird. Seehofer: „Genauso wie für das Unternehmen als Ganzes muss auch für die Manager gelten: Verantwortung tragen heißt, auch für die Risiken den Kopf hinhalten. Die Vergütungssysteme müssen so umgestaltet werden, dass der nachhaltige Erfolg für das Unter-nehmen belohnt wird, nicht die kurzfristige Steigerung

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Holub
94149 Kößlarn
am 9.8.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Leonhard Kandler
86674 Baar/Schwaben
am 2.8.

Bürgermeister Günter Pöllmann
95694 Mehlmeisel
am 6.8.

Bürgermeister Heinz Wolf
94556 Neuschönau
am 7.8.

Bürgermeister Hans Mayer
85137 Walting
am 9.8.

Bürgermeister Reinhard Sammer
95494 Gesees
am 23.7.

Bürgermeister Johann Wilhelm
92543 Guteneck
am 30.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Landrat Karl Roth
82913 Starnberg
am 5.8.

Bürgermeister Thomas Reimer
93333 Neustadt a. d. Donau
am 23.7.

Bürgermeisterin
Waltraud Hüttner
91740 Röckingen
am 30.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Schreiner
94258 Frauenau
am 3.8.

Bürgermeister Karl Oberschmid
89368 Winterbach
am 9.8.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Frech
97848 Rechtenbach
am 1.8.

Bürgermeister Rainer Krauß
88149 Nonnenhorn
am 25.7.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Frühbeißer
91278 Pottenstein
am 2.8.

Bürgermeister Anton Piermeier
94379 St. Englmar
am 9.8.

Hinweis in eigener Sache:
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Erneuerbare Energien:

Silicon Valley in Mellrichstadt

Erstmals investiert die BLS selbst in ein Kasernengelände

Auf dem Gelände der Hainberg-Kaserne in Mellrichstadt, wo vor drei Jahren noch Soldaten marschierten, sollen in Zukunft erneuerbare Energien produziert werden. „Im Hauptkasernengelände wird ein Blockheizkraftwerk installiert, die nicht mehr zeitgemäße Heizungsanlage wird entfernt", verkündete Bernd Schumacher, Geschäftsführer der Bayerischen Landessiedlung GmbH (BLS), am 6. Juli in Mellrichstadt. Photovoltaikanlagen auf Dächern und Freiflächen sollen für Strom aus Sonnenlicht sorgen.

Nachdem der Bundeswehrstandort Ende September 2006 dem Willen der Bundesregierung zufolge geschlossen wurde, entschied sich die Kommune im Kreis Rhön-Grabfeld, mit der Münchner BLS zusammen Konzepte für eine zivile Nachnutzung des Kasernengeländes zu entwickeln. Ein äußerst mühsamer Prozess, wie sich Bürgermeister Eberhard Streit erinnert.

Zwar gab es von Anfang an

Geschäftsführer Bernd Schumacher präsentierte das Konversionskonzept der BLS für das Hainberg-Areal.
Foto: Pat Christ

viele Interessenten aus der Region am weitläufigen Gelände im Wiesentalgraben - zum Beispiel von Handwerkern, die Unterstellmöglichkeiten suchten, von Gewerbetreibenden, die dringend Büros und Verkehrsflächen benötigten, sowie von Existenzgründern und Unternehmern, die sich erweitern wollten. Doch alle Konversionspläne zerschlugen sich, weil die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) das knapp 500.000 Quadratmeter große Areal nur als Ganzes verkaufen wollte. „Kleinteilige Verkäufe sind für uns aus logistischen Gründen nicht möglich", erklärt Axel Kunze, Vorstandsmitglied der Bonner BImA.

Neuer Schwung für Kasernenareal

Als sich die BLS für den mutigen Schritt entschied, vom Partner zum Investor zu werden, kam nach Monaten der Stagnation endlich wieder Bewegung in den Planungsprozess. Dass die Landessiedlung das Kasernengelände übernahm, ist dabei ein Novum. Bernd Schumacher: „Wir tun dies zum ersten Mal."

Schon jetzt zeigt sich, wie erfolgreich die Idee des Konversionsspezialisten BLS ist, das „Hainberg-Areal", wie das Gelände inzwischen heißt, für die Erzeugung regenerativer Energien im Blockheizkraft und mittels PV-Anlagen auf Dächern und Freiflächen zu verwenden sowie weitere Teile zur Ansiedelung junger Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Dass Unternehmen bereits nachfragen, beweist die Zukunftsfähigkeit des Konzeptes. Ein entscheidender Faktor für potentielle Mieter ist sicherlich, dass durch das Energiesparkonzept der BLS die Miet- und Mietnebenkosten äußerst niedrig gehalten werden können. Nach Schumachers Worten spart allein das Blockheizkraftwerk im Vergleich zur alten Heizungsanlage etwa die Hälfte der früher angefallenen Energiekosten ein.

Für Mellrichstadt bedeutet die Übernahme des ehemaligen Kasernengeländes durch die BLS neue Hoffnung nach extrem harten Zeiten. Durch die Schließung der Kaserne zogen etwa 1.000 Soldatinnen und Soldaten ab - und mit ihnen eine immense Kaufkraft. Insgesamt fehlt den Händlern, Handwerkern, Dienstleistern und Immobilienbesitzern aus der Region seither eine Einkommenssumme von insgesamt rund 37 Millionen Euro. Auch die örtliche Infrastruktur litt, zwangsläufig wirkte sich der Abmarsch des Militärs aus Mellrichstadt auf die Kindergärten und Schulen sowie das Schwimmbad aus. Nicht zuletzt bescherte die Standortaufgabe der Region den Wegfall von 70 zivilen Arbeitsplätzen. Insgesamt versetzte die Aufgabe des Bundeswehrstandorts der ohnehin vom demographischen Wandel härter als andere Kommunen betroffenen Stadt in der Rhön einen strukturellen Tiefschlag, stellte Innenstaatssekretär Dr. Bernd Weiß, einst Stadtrat in Mellrichstadt, fest.

Neue Gewerbesteuerquelle

Das Entwicklungskonzept der Bayerischen Landessiedlung wird frische Gewerbesteuer in Mellrichstadts Kassen spülen und neue Arbeitsplätze entstehen lassen. Viel haben sich die Immobilienkaufleute, Architekten, Projektentwickler und Projektrealisierer der Landessiedlung einfallen lassen, um die Militärbrache optimal zu nutzen. Schumacher: „Wir sehen hier die Ansiedlung unterschiedlichster Branchen, von jungen Unternehmen und Schulungsstätten bis hin zu Sporteinrichtungen." Selbst das Munitionsdepot, das in einem Naturschutzgebiet liegt und deshalb nicht bebaut werden darf, wird neuen Verwendungen zugeführt: Es soll in Zukunft forst- und landwirtschaftlich genutzt werden.

Energiesparende Straßenbeleuchtung

Von sich Reden machen wird das Hainberg-Areal künftig womöglich vor allem deshalb, weil die BLS hier energiesparende Straßenbeleuchtungssysteme als Pilotprojekt entwickeln will. Schumacher: „Die Kommunen leiden unter hohen Kosten für die Straßenbeleuchtung." Das Pilotprojekt hat zum Ziel, die öffentlichen Kassen zu entlasten sowie den Umwelt- und Klimaschutzgedanken voranzubringen. Die heute allerorten üblichen Quecksilberdampflampen, die ohnehin nur noch bis 2015 eingesetzt werden dürfen, haben dem BLS-Geschäftsführer zufolge allein aus Gründen des Naturschutzes ausgedient. Der hohe Ultraviolettanteil macht die Laternen zur „Insektenfalle". Nachtaktive Insekten wie Schmetterlinge fliegen so lange um die Lichtanlage, bis sie tot zu Boden fallen.

Lob aus allen Parteien

Großes Lob erhielt die intensivierte Partnerschaft zwischen Mellrichstadt und der BLS von Dr. Susanne Kastner, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Die SPD-Politikerin aus dem Wahlkreis Bad-Kissingen, Haßberge und Rhön-Grabfeld erhofft sich von der Initiative der Bayerischen Landessiedlung einen Beitrag, um das Ziel der Bundesregierung zu erreichen, den Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen bis zum Jahr 2020 auf mindestens 30 Prozent zu erhöhen. Die CSU-Bundestagsabgeordnete Dorothee Bär sieht sogar bereits ein bayernweit einmaliges „Silicon Valley" in Mellrichstadt entstehen.

Überwältigend ist das Interesse der Bevölkerung im Landkreis Rhön-Grabfeld an der Erstpräsentation der BLS-Konzepte. Der Platz im kleinen Festzelt reichte bei weitem nicht aus, überall aus der Region waren die Menschen herbeigeströmt, um sich zu vergewissern, dass es endlich weitergeht auf „ihrem" Hainberg-Areal.

Unbürokratische Hilfe

Landrat Thomas Habermann versprach, dass seine Behörde in den kommenden Monaten alles tun wird, um durch unbürokratische Genehmigungen zu einer raschen Umsetzung der BLS-Pläne beizutragen: „Was Sie vorhaben, wird vom Landratsamt abgestempelt", versicherte er Geschäftsführer Bernd Schumacher. **Pat Christ**

Örtlicher Ansprechpartner: Jörg Streng, Bereich Standortentwicklung, Tel.: 0921/7842-0, joerg.streng@bls-bayern.de

GZ Kolumne Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

ein modernes und zukunftsorientiertes Bildungswesen ist von zentraler Bedeutung für die örtliche Struktur- und Wirtschaftsentwicklung. Unser bayerisches 3-gliedriges Schulsystem bietet dabei die besten Voraussetzungen und fördert jeden Schüler entsprechend seiner Fähigkeiten und Bedürfnisse. Kritik gab es in der Vergangenheit aber immer wieder an Struktur und Positionierung unserer Hauptschulen. In vielen Diskussionen wurde diese Schulform bereits als „Restschule" abgestempelt. Gerade im ländlichen Raum sind Schulstandorte reduziert worden, in vielen Kommunen droht der Verlust der

Stark für den Beruf, im Wissen und als Person

bildungspolitischen Infrastruktur. Die jetzt angestoßene Umstrukturierung der Hauptschule zur neuen bayerischen Mittelschule bietet hier viele neue Chancen: Für unsere Schülerinnen und Schüler genauso wie für unsere Kommunen in Bayern.

Die drei Säulen des neuen Modells lauten: Stark für den Beruf, stark im Wissen, stark als Person. Damit bleiben der hohe Praxisbezug und die ausgeprägte Berufsorientierung wesentliche Kernbausteine der Schulform. Eine Hauptschule kann dann zur Mittelschule werden, wenn die drei berufsorientierten Zweige Technik, Wirtschaft und Soziales angeboten werden, ein Ganztagsangebot existiert, mit der regionalen Wirtschaft, den Berufsschulen und der Arbeitsagentur kooperiert wird, ein mittlerer Bildungsabschluss möglich ist, die Schüler individuell gefördert werden und Jugendsozialarbeiter bzw. Förderlehrer im Einsatz sind. Weil diese Voraussetzungen nicht von allen Schulen erfüllt werden, besteht die Möglichkeit zur Bildung von Schulverbünden, in denen dann auch kleinere Hauptschulen Zukunft haben. Der Freistaat Bayern investiert jährlich zusätzlich 6 Millionen Euro in die bayerische Mittelschule.

In diesem Konzept der neuen bayerischen Mittelschule sehe ich eine große Chance für unsere Kommunen. Nur mit dieser Schulform können wir Standorte im ländlichen Raum erhalten und für die Zukunft sichern. Wir können unseren Kindern damit weiterhin wohnortnahe Schulen anbieten, wir können neue kommunale Kooperationsformen zwischen Wirtschaft und Schulen initiieren und wir können den Standortfaktor „Bildung" vor Ort erhalten.

Das Kultusministerium will die Reform der Hauptschule eng mit den bayerischen Kommunen abstimmen. In mehreren Phasen werden die Verantwortungsträger in Entscheidungen eingebunden, Dialogforen sollen die Gestaltung des örtlichen Bildungsangebots erörtern und eine transparente Entscheidung wird frühestens zum Schuljahr 2010/2011 getroffen. Alle Kommunalpolitiker sind jetzt dazu aufgerufen, sich an der Fortentwicklung unseres Schulsystems zu beteiligen und die individuellen Chancen für die jeweiligen Schulstandorte zu nutzen!

Herzliche Grüße

Ihr Stefan Rößle

Deutsches Mobilfunk Forschungsprogramm:

Kein Anlass zur Korrektur der Grenzwerte

Studien ergeben keine Hinweise auf gesundheitsrelevante Wirkungen
Risikokommunikation in Kommunen

Nach wie vor gibt es in einigen Städten und Gemeinden Streit um Mobilfunksendemasten und eine mögliche Gesundheitsschädigung durch deren elektromagnetische Felder. Um diesen Bedenken in Teilen der Bevölkerung entgegenzutreten stellte das Bundesamt für Strahlenschutz in München die Ergebnisse des Deutschen Mobilfunk Forschungsprogramms vor und informierte kommunale Funktionsträger wie generell am Thema Interessierte über die bestehenden Schutzmaßnahmen und gab Tipps zum Risikomanagment in Kommunen.

Gerade vor dem Hintergrund der weiter zunehmenden Nutzung der Mobilfunktechnologie sei es besonders wichtig, über die Technologie und ihre Wirkung aufzuklären und auf Bedenken und Sorgen einzelner Bürger einzugehen. Zu diesem Zweck informierte das Bundesamt für Strahlenschutz in der Fachhochschule München an Infoständen im persönlichen Gespräch mit Experten sowie in Expertenvorträgen über die neuesten Forschungsergebnisse. Die Kernbotschaft dabei: Die aktuellen Studienergebnisse geben keinen Anlass, die Schutzwirkung der bestehenden Grenzwerte für hochfrequente Felder in Zweifel zu ziehen.

Kein Anlass zur Sorge

Das gemeinsam von Bundesumweltministerium und Mobilfunkbetreibern finanzierte Deutsche Mobilfunk Forschungsprogramm konnte keinen der früheren, von Mobilfunkgegnern bis heute zitierten Hinweise auf gesundheitsschädliche Wirkungen - wie eine Öffnung der Blut-Hirn-Schranke - bestätigen. Auch wurden keine neuen Hinweise auf Schädigungen gefunden. Die Forscher halten deshalb die bestehenden Grenzwerte bei hochfrequenter Strahlung, zu der auch der Mobilfunk gehört, für vollkommen ausreichend hinsichtlich des Schutzes der Bevölkerung vor gesundheitlichen Schäden. Lediglich mögliche Langzeitwirkungen einer intensiven Handynutzung konnten die Wissenschaftler noch nicht erforschen, da die Technologie in Deutschland erst seit ca. 10 Jahren auf breiter Basis angewandt wird.

Sorgsamer Umgang

Neben der grundsätzlichen Bestätigung der gesetzlichen Grenzwerte rät das Bundesamt für Strahlenschutz durchaus zu einem nicht allzu sorglosen Umgang mit der Handystrahlung, besonders bei Kindern und Schwangeren. So lasse sich mit der Verwendung von strahlungsarmen Handys oder Headsets die individuelle Strahlenbelastung reduzieren und möglichen gesundheitlichen Risiken vorbeugen.

Überschätzte Sendemasten

Gerade auch aufgrund der im Vergleich zur Exposition durch Sendeanlagen und Mobilfunkmasten hohen Strahlungsexposition am Kopf beim Telefonieren sei der umsichtige Umgang mit dem Handy generell besonders wichtig.

Tipps für Kommunen

Bei Konflikten in Kommunen, z.B. bei der geplanten Errichtung neuer Mobilfunkmasten, rät das Bundesamt für Strahlenschutz zu einer frühzeitigen und koordinierten Risikokommunikation. Nur durch einen gegenseitigen Austausch der Meinungen und Informationen der Beteiligten sei es möglich, die Diskrepanz zwischen wissenschaftlicher Risikobewertung und gesellschaftlicher Risikowahrnehmung zu überbrücken, die Diskussion zu versachlichen und Ängste abzubauen. Durch die Organisation von neutral ausgerichteten Infoveranstaltungen und „Runden Tischen" mit Kommunenvertretern und Netzbetreibern, das Durchführen von Messungen der Strahlungsbelastung oder das Hinzuziehen externer Sachkompetenz kann die Kommune diese Konflikte darüber hinaus zu moderieren helfen. **jvd**

Informationen im Internet: www.bfs.de/de/elektro

Harter Weg aus der Krise

Wirtschaftsminister sieht Bayern auf mühsamem Weg nach oben - Appell an die Kommunen

Nach miserablem Auftakt in diesem Jahr erwartet Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) auch für Bayern einen harten und mühsamen Weg des Freistaats aus der großen Krise. Das Land sei trotz aller roter Zahlen bei Produktion und Umsatz in Großwirtschaft und Mittelstand, trotz steigender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf einem positiven Weg in die Zukunft.

In einer Regierungserklärung vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause des Landtags versicherte er, die Staatsregierung halte am Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns fest. Mittelstandschirm und Aktionsprogramme seien geeignet, wichtige Impulse für Konjunktur und Beschäftigung zu geben.

Die harten Daten lassen demnach erste Anzeichen einer Stabilisierung der Konjunktur erkennen, „ohne dass wir sagen können, wir seien schon über den Berg“. Unter dem Mittelstandsschirm seien allein im ersten Halbjahr 2009 für über 900 Unternehmen in Bayern Kredite von 210 Mio. Euro ermöglicht worden. Aber wir dürfen marktfähige Strukturen nicht dauerhaft auf Staatskosten konservieren“. Zeil bekannte sich nachdrücklich zur sozialen Marktwirtschaft, die allein geeignet sei, den Ausgleich zwischen Markt- und Staatskapitalismus herzustellen.

Rasche Umsetzung

An die Kommunen appellierte der Minister, ihren Teil zur raschen Umsetzung des Anfang Mai von Bund und Land verabschiedeten Investitionsprogramms beizutragen. Dazu komme der im Juni in München unterzeichnete Mittelstandspakt mit 44 Partnern aus der bayerischen Wirtschaft. Der Minister sicherte zu, die Regionalförderung auf hohem Niveau fortzuführen. Die Haushaltssperre von 8 Mio. Euro sei aufgehoben worden und der Landtag habe die Mittel für die regionale Wirtschaftsförderung um 4,6 Mio. Euro erhöht.

Besonders stellte Zeil den Aufbau schneller Internetverbindungen im ländlichen Raum mit dem Breitbandprogramm heraus. Er verwies auf die konkreten Vereinbarungen mit dem Präsidium des Bayerischen Gemeindetages. Der Minister will alle Hebel nutzen, um einen Rückzug der Telekom aus dem Ausbau des Breitbandnetzes zu verhindern.

Kommunale Daseinsvorsorge

Für Dr. Paul Wengert (SPD), einst Oberbürgermeister von Augsburg, war die Regierungserklärung eine Mischung aus Leerformeln und Plattitüden. Er zog die Politik der „Marktliberalen“ in Zweifel. Die SPD jedoch sei immer Garant für eine wahre soziale Marktwirtschaft gewesen. Wenn die Partei des bayerischen Wirtschaftsministers zum Beispiel die Gewerbesteuer in Frage stelle, erscheine sein Appell an die Kommunen unglaubwürdig, denn nur diese Steuer garantiere Städten und Gemeinden eine gute Investitionstätigkeit.

Auch Dr. Martin Runge (Grüne) sprach von einer „so genannten“ Regierungserklärung und forderte Abkehr vom Liberalisierungs- und Privatisierungswahn. Dieser schade gerade der kommunalen Daseinsvorsorge. Runge warnte vor Großmärkten auf der grünen Wiese. Er bezweifelte die reibungslose Zusammenarbeit zwischen CSU und FDP in der Staatsregierung und im Landtag.

Ministerpräsident Horst Seehofer griff in die Debatte ein und betonte die Übereinstimmung mit Zeil und der FDP als Koalitionspartner. Den von den Grünen konstruierten Dissens zwischen Ministerpräsident und Wirtschaftsminister habe es nie gegeben.

Bürokratische Hürden

Andererseits kritisierte Seehofer ohne Namensnennung erneut die Haltung der Bundesregierung, wenn es um die sinnvolle Förderung von Unternehmen gehe. Alexander Muthmann (Freie Wähler) erkannte die bayerischen Initiativen zur gezielten Hilfe zwar an, beanstandete aber die seit Jahren nicht mehr erreichten 15% bei der Investitionsquote des Etats. Zudem würden die Unternehmen und Kommunen durch bürokratische Berichterstattungspflichten bei staatlichen Hilfen behindert.

FDP-Fraktionsvorsitzender Thomas Hacker bekräftigte, Neoliberalismus sei die wirtschaftstheoretische Grundlage der sozialen Marktwirtschaft. Die Steuerpolitik der FDP sei darauf ausgerichtet, die Mitte der Gesellschaft zu entlasten. Mit der Opposition übereinstimmend forderte Hacker Abbau der Bürokratie, aber auch ein liberales, einfaches Ladenschlussgesetz. **rm**

„Herzensanliegen...“

(Fortsetzung von Seite 1)
gelte, „vor allem gegen überzogene Bestrebungen einer Brüsseler Wettbewerbspolitik“ mit aller Kraft zu verteidigen, bezeichnete Schaidinger die kommunale Daseinsvorsorge. So wichtig es sei, die kommunale Selbstverwaltungsgarantie zu verteidigen, so notwendig sei es auch, sie zukunftsfest zu machen. Dazu zähle für den Städtetag die Einfügung einer Konnexitätsregelung in das Grundgesetz. Die Schutzlücke in den Landesverfassungsregelungen bei vom Bundesgesetzgeber veranlassten Ausgaben müsse endlich geschlossen werden.

Gesetzliche Unsicherheiten

Dringend notwendig sei zudem eine unverzügliche, verfassungsrechtliche Absicherung der Jobcenter, sagte Schaidinger. Die vom Städtetag angemahnte Änderung des Grundgesetzes liege bis heute noch nicht vor. Die Bundespolitik stehe hier vor einem Scherbenhaufen.

Wie Innenminister Herrmann hervorhob, hätten sich Bayerische Staatsregierung und Bayerischer Landtag stets in besonderem Maße für eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen eingesetzt. Die aktuellen Finanzzuweisungen des Freistaates Bayern im Rahmen des Konjunkturpakets II belegten dies ausdrücklich. Darüber hinaus gewährleiste die Bayerische Verfassung Anhörungsrechte und seit 2004 zur Umsetzung des Konnexitätsprinzips auch Konsultationsrechte für die Beteiligungsrechte der kommunalen Spitzenverbände. Durch diese Beteiligungsrechte sei sichergestellt, „dass unsere Kommunen von Anfang an in alle Gesetzgebungsverfahren eingebunden sind, die sie berühren“. Damit werde die sehr enge und außerordentlich bewährte Zusammenarbeit zwischen Staat und kommunaler Familie vertieft. Dass die Staatsregierung die Anhörungs- und Konsultationsrechte sehr ernst nimmt, werde am Beispiel aktueller Projekte wie der Verwaltungsreform deutlich, in deren Entwicklungsprozess die kommunalen Spitzenverbände von Anfang an einbezogen worden seien.

Garanten für Bürgernähe

Herrmann abschließend: „ Der Bayerischen Staatsregierung, aber auch mir ganz persönlich ist es ein echtes Herzensanliegen, auch in Zukunft stets für eine weitere Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung einzutreten. Die Kommunen werden in unserer globalisierten Welt immer wichtiger. Denn sie sind Garanten für Bürgernähe, soziales Miteinander und Transparenz. Somit können auf dieser Ebene besonders pragmatische und sachgerechte Lösungsansätze entwickelt und Entscheidungen ‚aus dem Elfenbeinturm heraus’ vermieden werden.“ **DK**

Selbstbewusst in den Wahlkampf...

(Fortsetzung von Seite 1)
aller Generationen im Land zu stärken. Auch stehe die Partei für ein zukunftsfähiges und solidarisches Gesundheitssystem mit dem Ziel einer qualitativ hochwertigen und wohnortnahen medizinischen Versorgung. „Wir stehen für mehr Transparenz und Wettbewerb sowie weniger Bürokratie im Gesundheitswesen.“ Zur Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft will die CSU die Milchquote vorübergehend absenken. Im Gegensatz zur Schwesterpartei wird der kommerzielle Anbau grüner Gentechnik in Bayern abgelehnt.

Neben der Stärkung des Ehrenamts will die CSU dafür Sorge tragen, dass der Rechtsstaat Freiheit und Sicherheit seiner Bürger auch künftig schützen und bewahren kann. Das Ziel sind gute Lebens-, Bildungs- und Arbeitsbedingungen für die Menschen in ganz Bayern. Außerdem bekennt sich die Partei zur kommunalen Selbstverwaltung: „Unsere Kommunen brauchen Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum. Wir wollen, dass öffentliche Aufgaben so nah wie möglich bei den Bürgerinnen und Bürgern erfüllt werden.“

Konkreter Zeitplan

In der Steuerpolitik legt sich die CSU darauf fest, die beiden Schritte zur Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer in den Jahren 2010 und 2011 umzusetzen. Die CDU hat eine konkrete Zeitvorgabe vermieden, um sich in der Krise einen größeren finanzpolitischen Handlungsspielraum offen zu halten. Auch bei der Unternehmenssteuerreform ist der Freistaat konkreter und will die Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter erhöhen.

Die Erbschaftssteuer soll nicht nur geändert werden, damit Geschwister, Nichten und Neffen besser behandelt werden, sondern auch in die Zuständigkeit der Bundesländer übergehen. So könnte der Freistaat einen Wettbewerbsvorteil durch niedrigere Steuersätze nutzen. Konkreter als das gemeinsame Regierungsprogramm wird der Wahlaufruf auch in Sachen Mehrwertsteuer. Im Hotel- und Gaststättengewerbe soll der erhobene Satz auf sieben Prozent gesenkt werden.

Gefordert wird darüber hinaus „eine ausreichende Kreditvergabe der Banken und damit Liquidität für unsere Wirtschaft“. Der Mittelstand dürfe nicht mitten in der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise in eine Kreditklemme geraten. Die CSU drängt mit Nachdruck auf gesetzliche Vorgaben bei der Kreditvergabe, die bei zukunftsfähigen Unternehmen nicht krisenverschärfend wirken.

Fokus Energiepolitik

Neben dem weiteren Ausbau der Zusammenarbeit von Mittelstand, Forschungseinrichtungen und Hochschulen fordert die CSU schließlich eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung. Der Beitrag der Kernenergie zur Stromversorgung wird als Brückentechnologie verstanden. Zusätzliche Gewinne aus Laufzeitverlängerungen sollen zur Forschung im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien sowie zur Senkung der Strompreise genutzt werden. Einen Neubau von Kernkraftwerken lehnt die CSU ab. **DK**

Waigel neuer Ehrenvorsitzender

Der Parteitag ernannte den langjährigen CSU-Vorsitzenden und Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel zum Ehrenvorsitzenden der CSU. Seehofer hob dessen „herausragende Lebensleistung“ hervor. „Seine Verdienste für Bayern, Deutschland und Europa sind von unschätzbarem Wert.“ **DK**

Städte als Orte der Integration...

(Fortsetzung von Seite1)
Diese Kinder besuchen prozentual weniger den Kindergarten, wechseln seltener auf höhere Schulen. Der Vorsitzende: „Wir brauchen ein flächendeckendes Ganztagsschulangebot, um Schüler unterschiedlicher Herkunft individuell zu fördern und ihnen einen besseren Zugang zu Bildungsangeboten zu ebnen.“ Der Städtetag fordert vom Freistaat, das Ausbautempo der ganztägigen Hauptschulen zu verstärken. Und: Um die Integrationsarbeit an Schulen zu verbessern, muss die Forderung der Städte nach bedarfsgerechtem Ausbau für Jugendsozialarbeit an Schulen und Schulsozialarbeit schneller erfüllt werden. Das bedeutet sicher mehr als 1.000 Stellen.

Quartiermanagement

Stichwort Wohnen: „Ghetto-Bildung in den USA oder soziale Brennpunkte in den Banlieus französischer Großstädte sind in bayerischen Städten nicht das Problem. Aber diese internationalen Beispiele geben uns doch ein Warnsignal, stärker auf die Strukturen von Wohnvierteln zu achten: Integration geschieht im Wohnviertel, die Kommunen können mit der Stadtentwicklung Weichen stellen“, führte der Vorsitzende aus. Der Bayerische Städtetag empfiehlt, bei der Neuentwicklung von Stadtquartieren, zum Beispiel über Festsetzungen im Bebauungsplan, dafür zu sorgen, dass sozial stabile Bewohnerstrukturen entstehen. Schaidinger zufolge müssen die Bewohner sich wieder besser mit ihrem Viertel identifizieren. In Problemvierteln könne ein Quartiermanagement helfen. Kommunaler Wohnraum und kommunale Wohnungsunternehmen seien zu erhalten und weiter zu fördern.

Vereine als Schlüssel

Stichwort Kultur und Sport: Laut Schaidinger sind Sport und Kultur „Schlüssel der Integration“. Es dürften nicht ausgerechnet die Angebote ausgehöhlt werden, die eine Chance zur Integration bieten. Der Bayerische Städtetag empfiehlt, zum Beispiel Sport im Verein stärker als Integrationsfaktor zu fördern. Schnuppermitgliedschaften sowie Patenschaften für Vereinsbeiträge sollen gefördert werden, um den Zugang zu Vereinen zu erleichtern. Angeregt wird, Angebote von Kultureinrichtungen verstärkt für die Kunst und Kultur von Migranten zu öffnen. Auch soll das Ehrenamt gestärkt werden, zum Beispiel durch Freiwilligenagenturen oder Ehrenamtsvergünstigungen.

Der Münchner Oberbürgermeister und bayerische Städtetags-Vize Christian Ude sieht in der Aussage „Städte schaffen Integration“ auch einen Anspruch, auf dem Gebiet noch mehr zu leisten. Er verwies darauf, dass die Ausländerfeindlichkeit in Städten mit geringem Ausländeranteil höher sei als in Kommunen mit einem hohen Ausländeranteil. Längst räumten auch politisch konservative Kräfte ein, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei. „Und die Linken geben zu, dass Zuwanderung nicht immer nur ein Gewinn ist“, sagte Ude. „Man wirft sich Ausländer nicht mehr gegenseitig vor.“ Dies sei ein Verdienst der großen Koalition in Berlin.

Hochgefährlicher „E-Sport“

Nachdem Prof. Ernst Kistler vom Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie in Stadtbergen seine Erkenntnisse aus dem 2. bayerischen Sozialbericht vorgestellt hatte, lieferte Prof. Christian Pfeiffer vom kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen für eine von Ursula Heller (Bayerisches Fernsehen) moderierten Podiumsdiskussion erhellende Fakten: Etwa 21 Prozent der männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben Pfeiffer zufolge keinen Schulabschluss. Bei den Mädchen sind es etwa 14 Prozent. „E-Sport“, das Spielen am Computer, ist nach Pfeiffers Dafürhalten der Einstieg in ein „hochgefährliches“ Dasein. Aber dies gelte nicht nur für Migranten: „Je ärmer Menschen im Leben, umso wahrscheinlicher enden sie in der Sackgasse des E-Sports“, warnte Pfeiffer. Um so mehr müssten Ganztagsschulen angeboten werden. Die Nachmittage zu retten, sei ein elementarer Punkt. Zudem sollten die Kinder von Zuwanderern von frühester Jugend an mit Einheimischen Kontakte pflegen. „Mischung ist das große Zauberwort“, hob Pfeiffer hervor.

Gegenseitige Anerkennung

Prof. Friedrich Heckmann vom Europäischen Forum für Migrationsstudien an der Uni Bamberg hält eine Kultur der gegenseitigen Anerkennung für notwendig. Integration sei ein wechselseitiger Prozess. Heckmann sagte, Deutschland sei ein Einwanderungsland. Dies solle man akzeptieren.

Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister von Nürnberg, forderte, Ganztagesschulen in allen Schularten schneller umzusetzen. Man müsse mit dem Freistaat einen Weg zu besserer Bildung finden. Ismanings Bürgermeister Michael Sedlmair wünschte sich bei der Jugendsozialarbeit in Schulen mehr Engagement des Staates. Schließlich seien die Kommunen mit ihrer Sozialarbeit in Vorlage getreten. Sedlmair bedauerte, dass die Förderung der EU für Sprachförderung an der VHS ausgelaufen sei. Erlangens Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis hält das Erlernen der deutschen Sprache für eine „Schlüsselkompetenz“. Bürgermeister sollten Integration zur Chefsache machen.

Ganzheitliche Lösung

Bayerns Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle will an das Problem schließlich „ganzheitlich herangehen“; Ziel sei es, die Sprach- und Teilhabekompetenz zu fördern. Die Möglichkeit der Kooperation von Haupt- und Realschulen sei ein Teil des Gesamtkonzepts, ebenso die Durchlässigkeit der Schularten. Eine Verschmelzung der Schularten hält Spaenle für den falschen Weg. **DK**

Soziale Marktwirtschaft hat Zukunft...

(Fortsetzung von Seite 2)
von Renditen durch hochriskante, die Unternehmenssubstanz gefährdende Manöver.“

3. Globalisierung braucht international verbindliche Regeln und einen wirksamen Stopp des internationalen Deregulierungswettlaufs. Seehofer: „Ein internationaler Unterbietungswettlauf um die laschesten Regeln und Standards muss endlich gestoppt werden. Die aktuelle Krise hat mit ihrer enormen Zerstörungswirkung nicht nur Schaden angerichtet, sondern gleichzeitig auch vielen die Augen dafür geöffnet, den „Laschheitswettbewerb“ der nationalen Wirtschafts- und Finanzstandorte zu stoppen und zu einer stärkeren internationalen Verankerung von Regeln und Standards im Sinne einer Globalen Sozialen Marktwirtschaft zu kommen.“

4. Die Soziale Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts braucht mündige Verbraucher und Anleger. Seehofer: „Nur wenn die Menschen die wirtschaftlichen Abläufe und Gesetze verstehen, können sie auch sinnvoll und wirtschaftlich verantwortlich handeln. Eine Verbesserung des Verbraucherschutzes ist notwendig, aber nicht ausreichend. Mehr wirtschaftliches Verständnis ist auch für die Akzeptanz unserer Wirtschaftsordnung entscheidend.

Hier ist die Wirtschaft selbst in der Pflicht, durch offene Kommunikation, Aufklärungsarbeit und seriöse Beratung für Akzeptanz zu sorgen.“

5. Ein moderner Staat hat im 21. Jahrhundert eine starke Stellung zur Zukunftssicherung von Wohlstand und Arbeitsplätzen. Seehofer: „Vor allem staatliche Investitionen in Bildung, Ausbildung, Forschung und Wissenschaft schaffen auch künftig das Fundament für gutbezahlte Arbeitsplätze.“

Wachstumskräfte freisetzen

Finanzminister Georg Fahrenschon begrüßte den Bericht der Kommission „Zukunft Soziale Marktwirtschaft“: „Der Bericht bestätigt eindrucksvoll die bisherige Haltung der Staatsregierung zu den wichtigen gesellschaftspolitischen Themen“. Gerade die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigten, dass vor allem eine steuerliche Entlastung der Bürgerinnen und Bürger der beste Weg sei, Wachstumskräfte freizusetzen. „Auch der Schuldenabbau ist dauerhaft und wirksam nur durch Wachstum möglich“, sagte Fahrenschon. Die Menschen wüssten selbst am besten, wie sie ihr Geld richtig einsetzten. „Das kommt letztendlich der Gemeinschaft und damit uns allen zu Gute“, so Fahrenschon.

Mehr Informationen unter: www.sozialemarktwirtschaft.bayern.de ❐

Info-Tag für kommunale Entscheidungsträger:

Energie für Bayerns Kommunen

GZ-Fachveranstaltung in Garching präsentierte konkrete Lösungsansätze

Die globalen Entwicklungen der jüngsten Zeit haben die Diskussion um eine sichere und bezahlbare Energieversorgung hierzulande weiter angefacht. Die Kommunalpolitiker fühlen sich stärker denn je in der Verantwortung und brauchen zur Erfüllung ihrer Aufgaben zuverlässige Partner. Über 200 kommunale Entscheidungsträger aus ganz Bayern kamen der Einladung der Bayerischen Gemeindezeitung zum 2. Energie-Fachforum im Garchinger Bürgerhaus nach. Präsentiert wurden neue Produkte, Dienstleistungen und Lösungsansätze, die wegweisend sind für energiesparende Ausstattungsmöglichkeiten sowie Sanierungen der Städte und Gemeinden.

Fachvorträge und die eigens organisierte Fachausstellung schufen die Grundlage für informative Begegnungen, gute Gespräche und interessante Diskussionen. Für die vielfältigen Themen rund um die Energieversorgung gab es ein nachhaltiges Forum.

Die individuellen Möglichkeiten der Energiegewinnung und -versorgung, unter denen inzwischen gewählt werden kann, seien vielfältig, wie GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel bei ihrer Begrüßung betonte. Deshalb sei es so wichtig, dass die politisch Verantwortlichen, die schließlich mit den Steuergeldern der Bürger wirtschafteten, sorgsam informiert werden.

Vorbildwirkung

„Energieeinsparung und erneuerbare Energien sind heute in aller Munde“, hob die „Hausherrin“, Garchings Erste Bürgermeisterin Hannelore Gabor hervor. Der so wichtige Schutz des Klimas verpflichte jeden Einzelnen, über diese beiden Themen intensiv nachzudenken und verantwortungsbewusst Folgerungen zu ziehen. Den Städten und Gemeinden komme dabei zweifellos eine Vorbildwirkung zu. Der Bayerischen Gemeindezeitung dankte Gabor ausdrücklich dafür, dass sie den unterschiedlichen Akteuren aus Politik und Verbänden, Wohnungswirtschaft, Industrie, Gewerbe und Energiewirtschaft mit dieser Veranstaltung eine gemeinsame Diskussionsplattform biete.

Städtische Energiepolitik

„Vor dem Hintergrund der allgegenwärtigen Debatten über den Klimawandel ist es in meinen Augen unerlässlich, auch lokal und regional konkrete, alltagstaugliche Lösungsstrategien zu entwickeln. Als kürzlich gewählte Bürgermeisterin unserer Stadt habe ich mir auch das Thema Energie auf meine Fahnen geschrieben“, so Hannelore Gabor. Garching fange dabei nicht bei Null an: Schon seit längerer Zeit betreibe die Stadt Energiepolitik. Da die Bereitstellung von Energie - von Strom, Heizwärme und Warmwasser - in den Gebäuden nach wie vor erheblich zu den Kohlendioxidemissionen beitrage, liege in der Gebäudesanierung zweifellos ein zentrales Handlungsfeld für den Klimaschutz. Die Stadt sei deshalb sehr darauf bedacht, bei Gebäudesanierungen und auch Neubauten ausschließlich auf erneuerbare Energien zu setzen.

Als Beispiel führte die Bürgermeisterin zunächst eine neue Holz-Pellet-Heizanlage für das Garchinger Feuerwehrhaus an. Für die nunmehr fällige Sanierung der Grund- und Hauptschule sehe das Konzept eine Thermische Solaranlage sowie eine Wärmeisolierung vor. Das Jugendhaus in Hochbrück wiederum erfülle die Richtlinien für ein Niedrigenergiehaus.

Das Umweltreferat der Stadt Garching führt Gabor zufolge eine Energiedatenbank für sämtliche kommunalen Gebäude. Durch ein Controlling-System können jährlich exakte Energieberichte vorgelegt werden. Außerdem wird derzeit die Energieberatung bezuschusst. Zudem hat sich ein privater Investor die Bohrrechte für Erdwärme im Bereich Garching gesichert und möchte zusammen mit einem großen Deutschen Energieerzeuger ein neues Energiekonzept mittels Geothermie in und für Garching anbieten. „Die Tiefenbohrungen sind derzeit voll im Gange und wir hoffen hier natürlich alle auf möglichst warmes Wasser aus der Tiefe der Erde“, so die Rathauschefin.

Hinweis:

Die Vorträge aller Fachreferenten können unter www.gemeindezeitung.de nachgelesen und heruntergeladen werden. ❐

Die Stadt Garching macht vor, wie konsequenter Klimaschutz effektiv umgesetzt wird. Mit der Entscheidung für die Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes hat sich die Kommune für eine nachhaltige Energieversorgung entschieden, wie Vertreter der Kooperationspartner Green City Energy GmbH (Martin Betzold) sowie Identität und Image Coaching AG (Dr. Sabine Hafner) erläuterten. Weiterer Partner ist das Ingenieurbüro Hausladen.

Bis Anfang 2010 wird ein konkreter Maßnahmenplan zur Energieeinsparung, Energieeffizienzsteigerung und zum Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Region ausgearbeitet. Die Stadt Garching bindet alle Gruppen in den Prozess der Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes ein. Hierbei wird die Stadt durch professionelle Moderatoren und Expertise im Energiebereich unterstützt. Ergebnis ist ein kommunaler Klimaschutz- und Energienutzungsplan, der konkrete und messbare Ziele festschreibt und umsetzbare, wirtschaftlich tragfähige Maßnahmen enthält.

Der Energiebereich des Klimaschutzkonzepts Garching umfasst den Energieatlas sowie Energiepotenzialanalyse und Erneuerbare

(Fortsetzung auf Seite 6)

Mit über 200 Teilnehmern war das Fachforum im Bürgerhaus sehr gut besucht. ❐

Andreas Class / E.ON Bayern:

Energetische Gebäudesanierung

Die Gebäudesanierung stellt einen neuen Wachstumsmarkt dar - insbesondere im Bereich Wohnungswirtschaft und bei kommunalen Objekten, so Andreas Class, E.ON Bayern Unternehmensplanung. Oft werde allerdings die erforderliche Sanierung verschoben oder aber ohne schlüssiges Konzept saniert. „Die Investition soll jedoch das Optimum erwirtschaften, dazu sind Fachleute vonnöten." Mit dem neuen Geschäftsmodell E.ON EnergieSpar-Sanierung betätige sich der Energieversorger im Bereich Energieeffizienz.

Wie Class darlegte, ist die Senkung des Primärenergieverbrauchs und der CO2-Emissionen priorisiertes politisches Ziel auf EU-, Bundes- und Landesebene. Die Raumheizung verbrauche in Deutschland rund 71 % der Endenergie der Haushalte und 28 % des gesamten Endenergieverbrauchs. Da die Bausubstanz und Haustechnik bei vielen Gebäuden in schlechtem Zustand seien, habe der Umweltschutz eine hohe Relevanz.

Hoher Umwelteffekt

Mit Sanierungen könne ein hoher Umwelteffekt erzielt werden; dabei seien Einsparungen von 30 bis 50 % realistisch. Die Kommunen sollen und wollen laut Class eine Vorbildfunktion einnehmen; im Konjunkturprogramm II werden Infrastrukturmaßnahmen in Höhe von 10 Mrd. Euro vom Bund gefördert. Zur Beschleunigung werden kommunale Vergabeprozesse vereinfacht.

E.ON Bayern bietet die energetische Sanierung von Gebäuden für Privatkunden, kommunalen Gebäuden und Gebäuden der Wohnungswirtschaft an. Das Angebot deckt alle wesentlichen Maßnahmen ab, wie z. B. Wärmedämmung, Heizungsaustausch oder den Einsatz regenerativer Energien. E.ON Bayern vereint dabei das gesamte Leistungsspektrum von der Analyse über die Planung und Ausschreibung bis hin zur Bauüberwachung und -abnahme. Der Kunde schließt einen Generalunternehmer-Vertrag mit E.ON Bayern, dieser beauftragt die einzelnen Gewerke. Das Geschäftsmodell ist außerhalb der Strom- und Gasversorgung angesiedelt.

„Kernkompetenz von E.ON Bayern ist das Management von Maßnahmen", erläuterte Class. Die Kunden testierten dem Energieversorger diese Kompetenz. Das Unternehmen liefert hohe Qualität (Angebot aus einer Hand und konsequente Prüfung / Überwachung), bietet zudem durch das Angebot ein schlüssiges Sanierungskonzept und damit die Sicherheit beim Kunden, das Richtige zu tun bzw. sich um nichts kümmern zu müssen. E.ON Bayern weise gute Werte hinsichtlich Seriosität auf und sei zuverlässiger Partner im schwankenden Marktumfeld (hohe Insolvenzquote im Baubereich).

Leistungsspektrum

Das Leistungsspektrum von E.ON Bayern umfasst das strukturierte Vorgehen, sprich die Analyse, Konzepterstellung, Ausschreibung und Umsetzung, darüber hinaus die Realisierung unter Einbindung des Handwerks sowie die Begleitung des Projekts durch einen Ansprechpartner über alle Phasen hinweg.

Beispiele

Als Beispiele führte Class das technische E.ON-Standardangebot wie Fassadendämmung, Dachdämmung, neue Fenster, Wärmedämmung, Heizungserneuerung, Einsatz regenerativer Energien und ggf. Eigenerzeugung (z. B. Mini-KWK) an; das kaufmännische Standardangebot wiederum umfasse die datenbankgestützte Förderberatung, die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Maßnahmen, ggf. Unterstützung bei Finanzierungsfragen und die Übernahme aller vertraglichen und kaufmännischen Aufgaben im Namen des Kunden.

Was das Kundeninteresse insgesamt anbelangt, so sind 68 % der Kommunen Kandidaten, 37 % wollen in den nächsten 12 Monaten sanieren und bezeichnen E.ON Bayern als attraktiven Partner für Sanierung. 63 % der Wohnungswirtschaft zeigt deutliches Interesse, während private Zielgruppen geringeres Interesse (26 %) aufweisen. Als Hauptgrund für Sanierungstätigkeiten wird die Senkung des Energieverbrauchs und der Energiekosten genannt. Dabei ist das Interesse an einem Ansprechpartner wie E.ON Bayern, der aufgrund seiner jahrzehntelangen Kompetenz in den Bereichen Energie und Energieeffizienz eine hohe Attraktivität aufweist, sehr groß. **DK**

Andreas Class.

MONTANA Gruppe:

Heute an morgen denken

Die MONTANA Gruppe ist auf den Energiehandel in Südbayern spezialisiert und besteht aus vier selbständigen Gesellschaften: MONTANA Energie-Handel GmbH & Co. KG, MONTANA Heiztechnik GmbH & Co. KG, MONTANA Gas GmbH & Co. (internationaler Flüssiggashandel) und MONTANA Erdgas GmbH & Co. KG.

Das 1960 gegründete Unternehmen beliefert rund 80.000 Kunden mit jährlich bis zu 800 Millionen Litern Mineralöl. Der Jahresumsatz beträgt rund 600 Millionen Euro. Seit Januar 2008 ist MONTANA deutschlandweit das erste private Energieunternehmen, das dem privaten Endverbraucher sowohl Mineralöl als auch Erdgas anbietet.

In der Zentrale im Süden von München sowie zwölf Niederlassungen und Verkaufsbüros arbeiten 160 Mitarbeiter. Seit Anfang 2008 versorgt MONTANA Kunden in Bayern auch mit Erdgas und konnte bereits mehr als 20.000 Kunden gewinnen.

Gemäß dem Firmenleitsatz „Heute an morgen denken" bietet MONTANA Beratung zu energiesparenden Modernisierungsmaßnahmen, zu Einsparmöglichkeiten, staatlichen Förderprogrammen oder auch den kompletten Energiecheck an. Zudem werden Service und Produkte rund um die Solartechnik angeboten.

Logischer Schritt

Durch die Kompetenz im Energiehandel war es für das Unternehmen ein logischer Schritt, nach der Öffnung des Erdgasmarktes für freie Anbieter ab 2008 auch diesen Bereich abzudecken. Hier bietet MONTANA transparente und günstige Tarife für Erdgasverbraucher (Privathäuser, Hausverwaltungen sowie kleine und mittelgroße Gewerbekunden) in Bayern.

In einer groß angelegten Studie im Auftrag des Fernsehsenders n-tv hat das Deutsche Institut für Service-Qualität (DISQ) 36 Gasversorger in sechs Großstädten untersucht. Dabei prüften die Tester nicht nur den günstigen Preis, sondern auch die Service-Qualität in den Bereichen kundenfreundliche Vertragsbedingungen, Kontaktmöglichkeiten und Beratung. In München liegt MONTANA GAS im Gesamtergebnis ganz vorne.

Versprechen gehalten

„Diese Auszeichnung zeigt, dass wir unser Versprechen halten, fallende Gasmarktpreise so schnell wie möglich an unsere Kunden weiterzugeben und das mit bestem Service", freute sich Stefan Koburger, Geschäftsführender Gesellschafter von MONTANA GAS. MONTANA sei ein Familienunternehmen mit schlanken Strukturen und könne deshalb günstiger sein als die Konkurrenz. Wichtig sei aber auch, dass die Kunden weitaus mehr bekämen als nur günstiges Gas, ergänzte Koburger. **DK**

LEW
Lechwerke

REGIONAL. ENGAGIERT. LEW.

Die Lechwerke sind nicht nur der sichere und zuverlässige Energieversorger in Bayerisch-Schwaben, sondern übernehmen auch in den verschiedensten Bereichen Verantwortung für die Region. Zum Beispiel als Investor, Arbeitgeber, Ausbilder, Auftraggeber und Sponsor.

Mehr Informationen unter www.lew.de

VORWEG GEHEN

Michael Schilling / SEW:

Energieeffizienz im Lüftungsbereich

Speziell für den Bereich Luft- und Klimatechnik zeigte Michael Schilling von der SEW Systemtechnik für Energierecycling und Wärmeflussbegrenzung GmbH in Kempen energiesparende Maßnahmen auf. Er benannte die wesentlichen Kriterien, damit die Energieeinsparung gleichzeitig effektiv, effizient, betriebssicher und rentabel ist und somit die Nutzungsqualität erhöht wird.

Wie Schilling erläuterte, basiert die hocheffiziente Energie-Einspar-Technik von SEW auf einer Neuentwicklung eines speziellen Wärmeaustauschers, dem sog. Gegenstrom-Schicht-Wärmeaustauscher. Dieser dient der Rückgewinnung von Wärme und Kälte aus den verbrauchten Abluftströmen der luft- und klimatechnischen Anlagen.

Seit der Markteinführung dieser Wärmeaustauscher im Jahr 1983 wurden bereits Tausende von Wärmerückgewinnungsanlagen mit einer Gesamtluftleitung von etwa 90 Mio. m3/h in allen Branchen ausgeführt, so z. B. in München die Krankenhäuser Schwabing und Harlaching, das Technische Rathaus Friedenstraße, das Hochhaus am Georg-Brauchle-Ring, der Bayerische Rundfunk und in Garching die TUM. Insgesamt sind etwa 150 Anlagen im Münchner Raum installiert worden. Seit 1983 wurden hochgerechnet etwa 500 Mio.m^3 Erdgas eingespart.

Basisbauteil der SEW-Energieeinspartechnik ist Schilling zufolge der Gegenstrom-Schicht-Wärmeaustauscher – „ein Quantensprung in der Wärmeaustauschqualität zwischen flüssigen und gasförmigen Medien". Das Spezielle daran ist, dass die Wärmeaustauscher für jede Luftleistung ab 1.000 m^3/h bis Anlagen zu 1 Mio. m^3/h aus einzelnen GSWT in einer Modul-Schicht-Technik ausgeführt werden. Durch die variablen Abmessungen ist der Wärmetauscher für jedes Lüftungsgerät oder aber auch zur freien Aufstellung im Kanal geeignet.

Als weitere Vorteile benannte Schilling: Die Wärmetauscher sind in Einzelteile zerlegbar; jedes Modul ist separat absperrbar, entlüft- und entleerbar und damit besitzt der Wärmetauscher eine hohe Redundanz und höchste Betriebssicherheit; der Betrieb im Massenstromverhältnis ermöglicht Austauschgrade/Rückgewinnungsgrade von 90%/90% auf der Luft- und Wasserseite; die Wärmetauscher sind 100% reinigungsfähig; geringste Verschmutzungsneigung durch die Strömungskanäle.

Der Austauschgrad sei ein erster wichtiger Faktor für die Energieeinsparung. Ob oder inwieweit er nützlich ist, entscheidet ausschließlich der dafür notwendige Primärenergieeinsatz. „Erfüllt eine Energie-Einspar-Technologie die Bedingungen effektiv und effizient, kann dies bereits sehr positiv sein", erklärte Schilling. „Von Vorteil ist dies allerdings erst, wenn die Wärmerückgewinnung auch konstruktiv betriebs- und ausfallsicher ist." Voraussetzung hierfür sei eine redundante Anlagetechnik.

Bei der GSWT-Technik ist jedes Wärmetauschermodul ein eigenständiger Wärmetauscher. Hinzu kommen eine Doppelpumpentechnik, eine Hardware-Betriebsschaltung, schichtweise Kondensatableitung sowie integrierter Frost- und Vereisungsschutz. Erst unter dieser Voraussetzung können Heizkessel, Kältemaschinen, Rückkühlwerke etc. verkleinert bzw. ersetzt werden. Dies alles vorausgesetzt müssen dazu aber auch die Wirtschaftlichkeitskriterien erfüllt werden.

Energie-Einspar-Systeme jeglicher Art sollten sich mindestens in der zu erwartenden Betriebs- und Lebenszeit durch die eingesparten Energie- und Betriebskosten mehrfach selbst bezahlen.

Rückgewinnungssysteme sollten den apparativen Aufwand nicht erhöhen, sondern mindern. Dies gilt auch für den gebäudetechnischen Aufwand. Die GSWT-Technik bietet laut Schilling dazu folgende Mehrfachamortisation:

- zu 100 % direkt durch reduzierte Bauflächen für die Heiz- und Kältezentralen und Aufstellflächen für Rückkühlwerke
- zu 100 % direkt durch Reduzierung der Wärme- und Kälteerzeugung einschließlich aller Nebenleistungen
- zu 20 bis 50 % pro Jahr durch Energieeinsparung (Wärme, Kälte und sogar Strom).

„Wird Geld in energieeinsparende Technik investiert statt z. B. in größere Wärme- und Kälteerzeugungsanlagen, entstehen für die Rückgewinnungsstechnik keine Mehrkosten", sagte Schilling. Mit der GSWT-Technologie stehe zur hocheffizienten und dauerhaft rentablen Energieeinsparung „eine erprobte Technik zur Verfügung". Aufgrund der Variabilität sei diese Technik auch nahezu überall einsetzbar. **DK**

Energie ...

(Fortsetzung von Seite 5)

Energien. Der Energieatlas erfasst den Wärme- und Stromverbrauch in Garching. Das ist zunächst eine Analyse des momentanen Verbrauchs. Darauf aufbauend wird der Verbrauch unter Berücksichtigung verschiedener Maßnahmen prognostiziert. Diese Maßnahmen werden mit Kosten versehen, Einsparpotenziale werden dargestellt. Gerade im Bereich der Raumwärme verbrauchen private Haushalte sehr viel Energie und können hier sowohl Energie als auch Geld sparen.

Die Energiepotenzialstudien sollen die lokal verfügbaren Energiepotenziale in den Beereichen Solarenergie und Biomasse ermitteln. Ziel ist die Erstellung eines „Fahrplans" zum Ausbau der heimischen Energieträger unter Berücksichtigung von lokalen Strukturen. Je nach Standort und regionalen Gegebenheiten setzt sich der Energiemix aus unterschiedlichen Elementen zusammen. Die Einzelstudien ermitteln die vorhandenen Mengenpotenziale und sollen konkrete Projektansätze aufzeigen.

Nach einer öffentlichen Auftaktveranstaltung im September dieses Jahres sollen zwei Klimaschutzkonferenzen im Oktober und Dezember ein Zukunftsszenario entwerfen, auf dessen Basis dann konkrete Ziele und Maßnahmen formuliert werden können. Die Ergebnisse der energiefachlichen Studien und der Klimaschutzkonferenzen werden der Öffentlichkeit präsentiert. Zum „Markt der Ideen" sind alle Bürger herzlich eingeladen, ihre Projekte und Anregungen einzubringen. Die Projektvorschläge werden dann von Fachleuten zur Umsetzung aufbereitet und fließen ein in den Masterplan Klimaschutz Garching. Dieser wird dem Stadtrat vorgestellt und auf einer Klausurtagung beschlossen.

Die Erstellung des Klimaschutzkonzepts Garching wird durch die Bundesrepublik Deutschland gefördert. Zuwendungsgeber ist das Bundesministerium für Umwelt aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags. **DK**

Bio-Energie ist unsere Zukunft

Der erdgas schwaben Weg: Bio-Erdgasanlage in Altenstadt

Als Pionier in Sachen Bio-Erdgas verfügt erdgas schwaben als einziger Energieversorger Deutschlands in Kürze über drei laufende Bio-Erdgas-Aufbereitungsanlagen. Die Anlage in Graben bei Augsburg speist seit 2008 Bio-Erdgas ins Erdgasnetz ein. Eine weitere produziert seit Ende 2008 in Maihingen in der Nähe von Nördlingen im Donau-Ries. Jährlich werden insgesamt rund 150 Mio. kWh in das bestehende Erdgasnetz eingespeist. Mit der dritten Anlage in Altenstadt können dann ca. 15 000 Haushalte mit umweltschonender Energie versorgt werden.

Diese neueste Bio-Erdgas-Aufbereitungsanlage wird im Herbst 2009 im oberbayerischen Landkreis Weilheim/Schongau in Betrieb gehen. Als innovativen Partner konnte erdgas schwaben Johann Emter gewinnen.

Emter ist kein Neuling im Biogas-Geschäft. Bereits seit 2001 ist er Hauptgeschäftsführer der Öko-Power GmbH&Co. Biogas KG. Die Öko-Power betreibt die eine der weltweit innovativsten Biogasanlagen – in Altenstadt werden gewerbliche Abfälle zu Biogas vergärt.

Johann Emter, Betriebswirt und Geschäftsführer des Familienunternehmens Emter geht mit dieser Anlage völlig neue Wege. Die enorm hohe Energiedichte von Speiseresten ist dabei entscheidend für die hervorragende Energiebilanz der Anlage.

Die Abfälle werden von Unternehmen aus der Region angeliefert und bestehen aus überlagerten Lebensmitteln, Schlachtabfällen, Biomüll und Reststoffen aus Käsereien/Molkereien. Johann Emter :„Gerät eine Partie Joghurt in der Produktion auch nur eine Spur zu süß, kann sie nicht mehr verkauft werden und wäre Biomüll.“

Unternehmer mit Gespür für Wachstumschancen

Johann Emter hat 1985 in Altenstadt mit einem Mitarbeiter angefangen, heute beschäftigt der Breitband-Experte in Sachen Klärschlamm und der Entsorgung von Speiseresten 60 Mitarbeiter. Der europaweit gefragte Emter sah 2000 die Chance, die sich bot, sein Biogas zu verstromen. Doch der Unternehmer erkannte ebenso schnell die Grenzen und orientierte sich um: Die Partnerschaft mit erdgas schwaben entstand. Durch die zusätzliche Nutzung der Wärme wird das Projekt noch wirtschaftlicher.

Die Bio-Erdgas-Aufbereitungsanlage, die die Anlage demnächst ergänzt, bereitet das entstandene Biogas auf Erdgasqualität auf. Die Bio-Erdgas-Aufbereitungsanlage wird eine jährliche Einspeisekapazität von 66 Mio. kWh haben und 20.000 Tonnen CO2 bei Verstromung pro Jahr einsparen.

Bisher wurde die Wärme nicht genutzt und lediglich eine Verstromung vorgenommen. Mit der neuen Bioerdgas-Aufbereitung kann sowohl die Wärme über BHKW von den Kunden genutzt als auch die Verstromung vorgenommen werden. Allerdings ist die Technik anspruchsvoller, da mit schwankenden Biorohgas-Qualitäten gearbeitet wird. erdgas schwaben leistet damit Pionierarbeit in Deutschland.

Der ehrgeizige Zeitplan – Inbetriebnahme der Anlage im Herbst 2009 – konnte und kann nur mit der konstruktiven Unterstützung der Stadtverwaltung Altenstadt und des Landratsamtes Weilheim/Schongau gelingen.

Regional erzeugte Energie aus nachwachsenden Rohstoffen: Das macht Schwaben unabhängig und ermöglicht eine Beteiligungsgerechtigkeit am Energiemarkt. Aus diesem Grund investiert erdgas schwaben jährlich über 10 Mio. Euro in den Ausbau erneuerbarer Energien in der Region und damit direkt in die Zukunft von Kindern und Enkeln.

erdgas schwaben setzt mit Bio-Energie ein Zeichen für die Umwelt. Bio-Energie aus nachwachsenden Rohstoffen, 100 % umweltschonend, immer verfügbar und direkt aus Schwaben. ❒

erdgas schwaben übernimmt Verantwortung

Mit Bio-Energie in eine gemeinsame Zukunft

Bio-Energie für die Region

Biomasse-Heizkraftwerke für Bio-Wärme und Bio-Strom:
- Dillingen[1] 2008
- Mindelheim[2] 2008 (Bio-Wärmeversorgung)
- Kaufbeuren[3] 2009

Erzeugungs- und Aufbereitungsanlagen für Bio-Erdgas:
- Maihingen[4] 2008
- Graben[5] 2008
- Altenstadt[6] 10/2009

Stefan Vetter / iGuzzini:

Energieeffiziente Außenbeleuchtung mit LED

iGuzzini illuminazione gehört laut Stefan Vetter in Europa zu den zehn wichtigsten Unternehmen in der Architekturbeleuchtung. Die Unternehmensphilosophie von iGuzzini besteht nicht nur darin, Leuchten von bester Qualität herzustellen, sondern auch darin, das Licht zu untersuchen, es zu verstehen, zu seinem Verständnis beizutragen und über das Industrial Design schließlich ein besseres Zusammenspiel von Licht und Architektur herbeizuführen.

Aus diesem Grunde arbeiten seit den Gründungsjahren einige der weltweit bekanntesten Architekten und Lighting Designer mit dem Unternehmen zusammen. Und da Lichtplanung nicht nur darin besteht, Umfelder und Räumlichkeiten zu beleuchten, sondern auch darauf basiert, alle Aspekte der Beleuchtungsqualität zu erkennen, und das sowohl im Außenbereich als auch im Innenbereich, wendet sich iGuzzini an zahlreiche Forscher, Ärzte, Soziologen und Physiker, die den bedeutendsten internationalen Forschungseinrichtungen angehören.

Breites Produktangebot

Das landesweite Beraternetz von iGuzzini Deutschland steht mit seinem Know-how in Sachen Kunstlicht flächendeckend mit Beratungen, technischer Assistenz, sowie Leuchten für den Innen- und Außenbereich zur Verfügung. Dank des breit gefächerten Produktangebots kann das Unternehmen bei jeder Art von Bauvorhaben behilflich sein, ob es sich nun um Büros, Verkaufsflächen, Ausstellungen oder im Außenbereich um Parks, Straßen, Wege, Plätze, Fassaden oder Gärten handelt.

Die iGuzzini-Showrooms in Planegg bei München, Hamburg und Berlin dienen nicht allein der Produktpräsentation, sondern darüber hinaus auch der Darstellung einiger der grundlegendsten Elemente des „Lighting Designs“ sowie der Beleuchtungstechnik.

Revolutionäres System

Als „Revolution in der Straßenbeleuchtung“ bezeichnete Vetter das von iGuzzini entwickelte System Archilede, das dank modernster LED-Technologie und höchst innovativer Elektronik ein revolutionäres Einsparpotential von Energie, Kosten und C02 bietet. 39 % weniger Energieverbrauch, 47 % weniger Betriebskosten, 35 % weniger C02-Ausstoß - Archilede ist mit diesem Einsparpotential eines der effizientesten Straßenbeleuchtungssysteme weltweit. Die Straßenleuchte ist in drei Versionen erhältlich - mit 39, 59 oder 84 einfarbigen, kaltweißen LEDs mit jeweils 57, 76 oder 106 Watt Leistung - und überzeugt durch eine Vielzahl technischer Innovationen.

Ideale Lichtstrom-Verteilung

So sorgt die besondere Form des Leuchtengehäuses für eine perfekte Aufnahme und Anordnung der einzelnen LEDs, wodurch sich eine ideale fotometrische Verteilung des Lichtstromes ergibt. Das Licht wird gebündelt und exakt auf die Straßenoberfläche gerichtet, Lichtsmog und Streulicht in den Himmel werden weitestgehend verhindert.

Archilede verfügt über eine patentierte, innovative Straßenoptik, die insbesondere für den Einsatz an kritischen Verkehrspunkten geeignet ist - also an viel befahrenen Straßen, Kreisverkehren und Kreuzungen. Zudem ist Archilede mit einer intelligenten Elektronik zur Steuerung der LEDs ausgestattet. Serienmäßig eingebaut sind ein USB-Port und ein Mikrochip, über die sich die Betriebszeit der Leuchte einfach programmieren lässt. Mit Hilfe der Elektronik kann sich so die Stärke des Lichtstromes dem Verkehrsaufkommen anpassen. Eine optional erhältliche Dämmerungsfotozelle, die das Ein- und Ausschalten der Leuchte steuert, eröffnet ein weiteres Einsparpotential von täglich bis zu einer Stunde Strom.

Spezielle Software

Archilede ist serienmäßig mit vier Standardbetriebszyklen programmiert, die über Dip Switch angewählt werden können. Eine spezielle Software erlaubt aber auch die Erstellung kundenspezifischer Betriebszyklen.

Das automatische Elektroniksystem zur aktiven Steuerung der LED-Temperatur verändert in Abhängigkeit zur Gehäusetemperatur den Strom und erhöht damit die Lebensdauer der LEDs auf bis zu 140.000 Stunden beträchtlich. Mit den genannten Leistungswerten entspricht Archilede der strengen Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzmaßnahmen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Die erste Produktpräsentation der Archilede findet am 23. Juli in der Hauptniederlassung in Planegg statt; weitere Präsentationen im gesamten Bundesgebiet folgen.

Wettbewerb „Kommunen im neuen Licht“

Wie Stefan Vetter zum Abschluss betonte, fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit verschiedenen Verbundprojekten aus Industrie und Wirtschaft seit Jahren die LED-Technologie. Nun startet der Wettbewerb „Kommunen im neuen Licht“, um auch auf kommunalem Gebiet die viel versprechende LED-Technologie zu unterstützen.

Fokus auf Innovation

Gefördert werden die zehn innovativsten Licht-Projekte mit jeweils bis zu 2 Mio. Euro. Bis zum 31. Dezember dieses Jahres können die Projektskizzen eingereicht werden. Neben der Innenbeleuchtung von Projekten mit LED-Leuchten sind auch Projekte für Außenbeleuchtung mit der neuen Lichttechnologie, wie Straßenbeleuchtung oder Tunnelbeleuchtung, ein Teil des Wettbewerbs. Die zehn ausgewählten und prämierten Licht-Projekte werden auf der Fachmesse „Light & Building“ im April 2010 in Frankfurt vorgestellt.

Kontakt:
archilede@iguzzini.de **DK**

Schlaue Kommunen sparen nicht am Licht, sondern an den Kosten.
www.iguzzini.de
39% weniger Energieverbrauch, 47% weniger Betriebskosten, 35% weniger CO2-Ausstoß.
iGuzzini

Rudi Maier / Südwärme AG:

Konjunkturpaket II und Wärmecontracting

Die Südwärme AG mit ihren derzeit etwa 2500 Mitarbeitern ist ein mittelständisch geprägter Energiedienstleister, bestehend aus einem Zusammenschluss von derzeit 30 qualifizierten Gebäudetechnikfachbetrieben. Die Grundidee dieses Zusammenschlusses ist die wirtschaftliche Realisierung der Energielieferung (Contracting) durch den Heizungsfachbetrieb, so Südwärme-Vorstand Rudi Maier.

Südwärme bietet Konzepte für jede Problemstellung und übernimmt dabei die wirtschaftliche Verantwortung für den Betrieb der Heizungsanlage. Das Dienstleistungsangebot ist umfassend und orientiert sich an den individuellen Erfordernissen. Zunächst wird die neue Heizungsanlage nach dem exakt ermittelten Wärmebedarf des Gebäudes optimal ausgelegt. Es folgen die fachgerechte Installation und die Finanzierung der neuen Heizungsanlage. Südwärme betreibt diese Anlage und speist die erzeugte Wärme (bei Blockheizkraftwerken auch Strom) in die Verteilungsanlage ein, die gleichzeitig die Liefergrenze darstellt.

Die Verteilungsanlage (Rohrleitungen, Heizkörper usw.) verbleibt im Besitz des Gebäudeeigentümers. Die Heizungsanlage wird durch Südwärme ständig mit einer Fernüberwachungseinheit überwacht. Dies garantiert den optimalen Betrieb. Störungen werden sofort erkannt und beseitigt. In diese Fernüberwachung können auch andere Bereiche der Haustechnik mit einbezogen werden.

Beim Wärmelieferungskonzept von Südwärme gehen Ökologie und Ökonomie Hand in Hand. Der Grund: Das Unternehmen ist kein Brennstofflieferant und deshalb nicht daran interessiert, dass möglichst viel Energie (Heizöl, Gas, Strom) verbraucht wird; vielmehr muss Südwärme die Energieausbeute des Brennstoffes optimal ausschöpfen, um mit dem vertraglich festgelegten Wärmepreis Gewinn erwirtschaften zu können. Da alle Energiewandlungsverluste zu Lasten des Dienstleisters gehen, wird fortschrittlichste, auf die jeweiligen Verhältnisse abgestimmte Technik eingesetzt.

Rudi Maier.

Primärenergien

Die Wahl der eingesetzten Primärenergien reicht von Erdgas, Heizöl über Biomasse (Hackschnitzel, Pellets) bis hin zur Geothermie. In zunehmendem Maße werden regenerative Brennstoffe für Energie- und Wärmeerzeugungsanlagen verwendet.

Referenzen

Binnen kürzester Zeit ist Südwärme zu einem Markt führenden Unternehmen geworden. An über 250 Standorten versorgt es über 1.000 Gebäude mit Wärme, Kälte, Strom oder Druckluft. Die Wärmeleistung seiner Energieerzeugungsanlagen liegt im Bereich zwischen 40 kW und 25 MW.

Zu den Südwärme-Referenzen zählen unter anderem die Nahwärmeversorgung Unterschleißheim - Tiefengeothermie -, die Biomasseheizwerke in Hilpoltstein, Gundelfingen, Steingaden und Kloster Roggenburg sowie die Nahwärmeversorgung des Schulzentrums Weinstadt, der Stadt Wertingen, des Wohnparks Ottobrunn sowie des Gewerbegebiets Rudelzhausen. **DK**

Thomas Wöber / gibgas consulting und medien:

Bio-Erdgas im Verkehr

Wie Thomas Wöber darstellte, sichert erdgas schwaben für die Menschen in ganz Schwaben und Teilen Oberbayerns die Versorgung mit Erdgas. erdgas schwaben ist der Energiedienstleister in Schwaben für Schwaben. Aktuell werden 159 Städte und Gemeinden mit Erdgas versorgt. Mitarbeiter in sechs Betriebsstellen mit Sitz in Augsburg, Donauwörth, Günzburg, Kaufbeuren, Kempten und Nördlingen garantieren die Versorgung vor Ort.

Das Unternehmen setzt auf Bio-Erdgas, Bio-Wärme und Bio-Strom aus der Region. erdgas schwaben tätigt seine Hauptinvestitionen in den Bereichen der regenerativen Energien und der Energieeinsparung. Jährlich werden rund 10 Millionen Euro in erneuerbare Energien investiert. „Damit werden wir 30 % des Erdgaseinsatzes bis zum Jahr 2020 in Schwaben ersetzen“, prognostizierte Wöber.

Wirtschaftliches Fahren

Serien-Erdgasfahrzeuge wie der VW Passat 1.4 TSI EcoFuel sind nach Wöbers Worten wirtschaftlich, die Alternative für umweltschonendes Autofahren und sicher. Serien-Erdgasfahrzeuge können fast überall tanken, sind politisch gewollt und fahren auch mit Biogas. Bei Berechnung der Wirtschaftlichkeit werden alle Kosten verursachenden Faktoren wie Anschaffungskosten (Aufpreis ähnlich dem Dieselniveau), Fixkosten (Steuern, Versicherung) sowie variable Kosten (Kraftstoffkosten, Wartung, Reifen) berücksichtigt.

Wöber machte diese Argumente an konkreten Zahlen deutlich: Erdgasfahrzeuge haben die Option, erneuerbares und gereinigtes Biogas tanken zu können. Derzeit ist bei knapp 10 % aller CNG-Tankstellen Biogas beigemischt. Gegenüber Benzin fährt der Besitzer eines Erdgasfahrzeugs für 62 Cent mit CNG, gegenüber Diesel für 71 Cent. Grundlage sei die Mineralsteuerbegünstigung. Die neue Kfz-Steuer (seit 1. Juli) beinhalte einen zunehmenden ökologischen Aspekt. Hinzu kommen die günstigere KfZ-Versicherung (zwischen 10 und 20 %) sowie einzelne Förderprogramme wie in Augsburg, München und Ingolstadt. Emissionen, je nach Schadstoff, können bis zu 99 % reduziert werden. Die ausgereifte Technik ist bereits in Serie verfügbar, es gibt über 25 Modelle. Auch sei die Imagebildung für Kommunen nicht zu unterschätzen - Stichwort: „Wir tun was für die Umwelt.“

Ein weiterer Pluspunkt ist, dass das Erdgas/Biogastankstellen-Netz immer dichter wird. So werden an öffentlichen Tankstellen derzeit rund 1000 CNG-Tankanlagen aufgebaut. Bundesweit gibt es derzeit 840 Stationen, davon 350 autobahnnahe Tankstellen. In Augsburg finden sich derzeit drei Erdgastankstellen, an denen ca. 1.400 Autos Erdgas tanken. Aktuell sind in Bayern knapp über 100 Tankstellen in Betrieb. Weltweit fahren ca. 8,5 Mio. Bio-Erdgasfahrzeuge. Deutschlandweit beträgt die Entfernung zwischen CNG-Tankstationen in Großstädten ca. 5 km, in Mischgebieten etwa 10 bis 15 km und in ländlichen Regionen ca. 20 bis 25 km.

Voll nutzbare Ladefläche

Eigenschaften eines CNG-Fahrzeugs sind laut Wöber u. a. die voll nutzbare Ladefläche, da die Gasflaschen unterhalb den Bodens (Unterflur) liegen. Der Motor ist auf die Eigenschaften von CNG (130 Oktan) optimaler eingestellt (Verdichtung, Kolben modifiziert), alle PKW-Modelle haben einen kombinierten Erdgas- und Benzintank, es sind Erdgas-Füllstutzen und Benzin-Füllstutzen vorhanden und die Größe des Benzintanks ist je nach Modell unterschiedlich. **DK**

Tyczka Totalgaz:

Energiekonzepte mit Effizienz

Kommunen, Gemeinden, Bauträger, Architekten sowie Planungs- und Ingenieurbüros stehen immer wieder vor der Frage, wie sie die Attraktivität von neuen, aber auch bestehenden Wohn- und Gewerbegebieten erhöhen können. Ein wichtiger Aspekt hierbei ist die Möglichkeit einer wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energieversorgung.

Viele Gebiete könnten erschlossen werden, jedoch ist die nötige wirtschaftliche Anbindung an das klassische Erdgasnetz nicht immer gegeben. Als erfahrenes Energieversorgungsunternehmen bietet Tyczka Totalgaz das innovative Konzept der „Kommunalen Gasversorgung“ an.

Das frisch geschnürte Konjunkturpaket II offeriert den Kommunen bis Ende 2010 rund 10 Milliarden Euro für Investitionen in den Bildungsbereich und die Infrastruktur. Zeitgleich werden Maßnahmen zur Verringerung der CO2-Emissionen und der Steigerung der Energieeffizienz unterstützt. Auf welche Weise es gut funktionieren kann, zeigt der Einsatz der Energie Flüssiggas. Dieses ist sehr vielfältig in der Anwendung und erlaubt dank seiner sehr guten Umweltverträglichkeit den uneingeschränkten Einsatz auch in Wasserschutzgebieten.

Zu den maßgeschneiderten Konzepten von Tyczka Totalgaz zählt auch der Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die vom Staat und auch vom Unternehmen selbst gefördert werden. Mit dieser Technik lassen sich Energieerzeugungskosten deutlich senken. Als Grundvoraussetzung für den effizienten Einsatz von Kraft-Wärme-Koppelung gilt, dass gleichzeitig ein Bedarf an Strom und Wärme vorhanden ist und der Verbraucher das Blockheizkraftwerk (BHKW) in räumlicher Nähe installieren kann. Positives Resultat: Die Anschaffungskosten amortisieren sich nach relativ kurzer Zeit. Parallel dazu reduziert sich der Ausstoß von CO2 stark, was zu einer deutlichen Umweltentlastung führt.

Alternative BHKW

Gerade für kommunale Einrichtungen wie z. B. Seniorenheime oder Schwimmbäder ist das BHKW eine ausgezeichnete Alternative zu konventionellen Heizungsanlagen: Wärme und Strom fallen gleichzeitig an. Damit steigert es den Wirkungsgrad der eingesetzten Energie erheblich. Dies ist überall dort von Vorteil, wo Wasser oder Räume beheizt und zugleich elektrische Geräte betrieben werden müssen. Auch die Kombination von Flüssiggas mit Solarthermie stellt einen wichtigen Baustein einer zukunftsorientierten Energielösung dar. **DK**

Prof. Dr. Wolfgang Seiler:

Herausforderung Klimawandel

„Wir befinden uns inmitten eines umfangreichen globalen und regionalen Klimawandels (global: 0.9 °C; regional: bis zu 2 °C) mit erheblichen ökologischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen“, erklärte Prof. Dr. Wolfgang Seiler, ehemaliger Direktor des Instituts für Meteorologie und Klimaforschung (IMK-IFU). Der Umweltbeauftragte der Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen und Ressortleiter „Umwelt und Verkehr“ beim Organisationskomitee der Ski-WM 2011 verwies darauf, dass der Klimawandel und seine Folgen schneller und umfangreicher als ursprünglich erwartet erfolgten und immer schneller zu immer größeren Schadenssummen führten.

Die Schäden haben bereits astronomische Dimensionen erreicht: Auf runde 200 Milliarden US-Dollar summierten sie sich weltweit im Jahr 2008. Die weiteren Aussichten sind düster. Seiler: „Wir rechnen bis zum Jahr 2020 mit Schadenssummen von jährlich 1.000 Milliarden US-Dollar.“

Die Folgen des Klimawandels setzen aber auch Menschenmassen in Bewegung. Etwa 20 bis 25 Millionen Umwelt-Flüchtlinge wurden bereits im Jahr 2002 gezählt. Und es werden noch viel mehr, prophezeite der Klimaexperte: „Weil immer mehr Menschen nicht mehr ausreichend über Wasser verfügen, müssen sie zwangsläufig ihren Lebensraum verlassen.“ Weitere Ursachen seien Überschwemmungen, Stürme und Epidemien.

Prof. Dr. Wolfgang Seiler. ❐

„Wir müssen davon ausgehen, dass sich die durchschnittliche Jahrestemperatur in Deutschland in den nächsten 40 Jahren um ca. 1.5 bis 2.0 °C erhöhen wird, wobei die höchsten Temperaturzuwächse in der Nachtzeit erwartet werden“, sagte Seiler. Die bereits beobachtete Entwicklung mit abnehmenden Niederschlägen im Sommer und steigenden Niederschlägen im Frühjahr werde sich verstärken und zu einer stärkeren Austrocknung der Böden im Sommer bzw. zu einer zunehmenden Anzahl von Hochwasserereignissen im Frühjahr führen. Die Waldbrandgefahr nehme zu. Im Winter sei mit mehr Regen und weniger Schnee zu rechnen. Die Schneeschmelze beginne früher, die Verdunstung sei gering.

„Schädlinge werden sich schneller vermehren und neue Arten in unser Gebiet einwandern.“ Besonders betroffen davon sei die Land- und Forstwirtschaft, die unmittelbar von der Witterung abhängig ist. Seiler zeigte zudem Auswirkungen u. a. auf die naturnahen Ökosysteme, die Gesundheit (Herz-Kreislauferkrankungen, zunehmende Allergien, mehr Infektionskrankheiten) und die Wasserverfügbarkeit auf, die mit erheblichen ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen verbunden sind. Diese könnten in ihrem Ausmaß derzeit noch gar nicht abgeschätzt werden.

„Um die Klimaänderung und ihre heute schon deutlich sichtbaren Folgen noch einigermaßen in den Griff zu bekommen, müssen wir unsere Anstrengungen im Klimaschutz erheblich steigern und den Ausstoß von Kohlendioxid als dem wichtigsten Treibhausgas innerhalb der nächsten Jahrzehnte drastisch reduzieren“, meinte Seiler. Wesentliche Möglichkeiten bestünden dazu durch eine effizientere Nutzung der Energie, durch die Entwicklung neuer CO2-freier Technologien sowie durch den vermehrten Einsatz erneuerbarer Energie wie z. B. Biomasse, Sonneneinstrahlung, Wasser und Geothermie.

Laut Seiler sind weitere Gründe für die Senkung des Energieverbrauchs:

- Die Nutzung der fossilen Energieträger ist mit der Emission anderer wichtiger Schadstoffe und damit größeren Umweltproblemen (Luftqualität) verbunden.
- Fossile Energieträger sind endlich und viel zu wertvoll, um verbrannt zu werden, weil sie essentiell für die chemische und pharmazeutische Industrie sind.
- Die nationale Unabhängigkeit von Energieimporten aus politisch instabilen Ländern muss verbessert werden.
- Es gilt, die Wertschöpfung im Inland durch Verringerung des Geldtransfers in das Ausland zu erhöhen.
- Es müssen neue Arbeitsplätze geschaffen und der soziale Frieden gesichert werden.

Als besondere Herausforderung für die Kommunen nannte der Klimaexperte die Bereitstellung von ausreichender und bezahlbarer Energie für die Bürger, die Umsetzung der in Berlin und Brüssel beschlossenen Emissionsreduktionen in Deutschland von 40 Prozent bis zum Jahr 2020, die Anpassung an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels sowie steigende Sozialleistungen aufgrund steigender Energiepreise.

Eine energieeffiziente Kommune erfordere ganzheitliche, integrierte Systemlösungen (keine Einzelmaßnahmen), angepasste Technologien und Finanzierungsinstrumente, integrierte Stadtentwicklungskonzepte (bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Kommunalentwicklung, des Klimaschutzes und Klimaanpassung) sowie die Entwicklung von Modellen und die Durchführung von Modellvorhaben.

Die Kommune stellt Seiler zufolge „die ideale geographische Einheit für die Definition und Durchführung von integrierten, ganzheitlichen Lösungen im direkten Dialog mit den konkreten Akteuren“ dar. Sie sei klein genug, um individuelle Motive in gerichtete und kraftvolle kooperative Aktionen zu verwandeln.

Fazit: „Klimaschutz ist eine der größten Herausforderungen dieses Jahrhunderts. Aber wir haben noch alle Chancen, das gesteckte Ziel zu erreichen! Eine vorausschauende Klimapolitik ist gleichzeitig die beste Wirtschaftspolitik und die Basis für die nationale Sicherheit.“ **DK**

Martin Heun u. Bernhard Reith / Erdgas Südbayern:

Kommunaler Klimaschutz – ein Ziel, viele Wege

Bei der Energieversorgung muss der Klimaschutz im Vordergrund stehen, erklärten Martin Heun und Bernhard Reith. Das Problem: Internationale und nationale Klimaschutzziele stellten Kommunen mit individuellen Bedürfnissen (und Energieversorger) vor die gleichen Herausforderungen. Es gelte, Emissionen zu vermeiden, Energie einzusparen und zugleich wirtschaftlich zu handeln.

Dass es möglich ist, passend zu den individuellen Bedürfnissen und dem Objekt die richtige Technik mit dem richtigen Brennstoff sinnvoll zu kombinieren, beweise ESB-Wärme. Aus langjähriger Erfahrung kennt der Energieversorger die besonderen Anforderungen von Kommunen. Sein Erfahrungsspektrum reicht dabei vom kleinen Bauhof über Rathäuser und Kindergärten bis hin zum großen Schul- oder Gesundheitszentrum, das per Nahwärmenetz versorgt wird.

Entlastung durch Contracting

Neben klassischen Heizanlagen können bei ESB-Wärme auch BHKW zur Stromerzeugung oder Gas-Wärmepumpen zur Klimatisierung eingebunden werden. Dabei hat das Unternehmen für seine Kunden immer die wirtschaftlichste Lösung im Blick, und das auch beim Einsatz unterschiedlicher Brennstoffe wie z. B. Erdgas, Hackschnitzel, Holz-Pellets oder Biogas.

Durch Contracting wird die Kommune von finanziellem und organisatorischem Aufwand entlastet und es werden neue Spielräume für weitere Investitionen geschaffen. Die technische Betriebsführung wird in Kooperation mit örtlichen Fachbetrieben durchgeführt. So wird kommunales Personal bei Bedarf für andere Aufgaben frei. Und da ESB-Wärme auf das lokale Handwerk bei Installation oder Wartung setzt, bleibt auch die Wertschöpfung in der Region erhalten.

Referenzobjekte

Referenzobjekte sind unter anderem das Schul- und Sportzentrum Weilheim mit einer Einsparung der Energiekosten von ca. 21 % und einer Senkung der CO2-Emissionen von etwa 87 Tonnen. Das Biomasseheizwerk und Nahwärmenetz in Seefeld wiederum kann auf eine Einsparung an CO2 von ca. 150 Tonnen (gegenüber extra leichtem Heizöl HEL) verweisen; die neue Gaswärmepumpe im Edeka-Markt, Bad Wiessee, erzielte schließlich eine Energieeinsparung von ca. 35 % und eine Senkung der CO2-Emissionen ebenfalls von ca. 35 % (im Vergleich zu Elektrowärmepumpe mit Kaltwassersatz). Insgesamt konnten Heun und Reith zufolge 1 Mio. Tonnen des Treibhausgases CO2 allein im letzten Jahr im ESB-Grundversorgungsgebiet durch den Einsatz von Erdgas eingespart werden. Dies entspricht den CO2-Emissionen von 1 Mio. PKW.

Effizientere Technik im Visier

Dennoch, so die beiden Referenten, müsse die Technik noch effizienter werden. Einsatzgebiete moderner Technik sollten ausgeweitet und unvermeidbares CO2 anderweitig kompensiert werden. ESB initiiere deshalb technische Weiterentwicklungen wie das Mini-BHKW (ESB hat 2007/2008 acht Mini-BHKW an Haushalte und Gewerbebetriebe vergeben; 50 weitere Anlagen wurden gefördert), das Mikro-BHKW, die Mini-Gaswärmepumpe und den Solar-Eisspeicher. Einen von drei Solar-Eisspeichern in Deutschland hat die ESB 2009 in Betrieb genommen. **DK**

Paul Waning / Lechwerke AG:

Wärmepumpe – die richtige Wahl

In vielerlei Hinsicht ist eine Wärmepumpe konventionellen Heizungsgeräten überlegen, wie das LEW-Vorstandsmitglied darlegte. Zum einen ist sie eine der effektivsten Lösungen zur Minderung von CO2-Emissionen und macht den Anwender von steigenden Rohöl-Preisen unabhängig. Die Wärmepumpe nutzt die in der Natur gespeicherte Sonnenenergie und schont somit die Rohstoffressourcen. Durch ihre ökologische Arbeitsweise entzieht sie bis zu 80 % der bereitgestellten Wärme kostenlos aus der Umwelt.

Stetig steigende Absatzzahlen belegten die Attraktivität der Wärmepumpe als Heizsystem der Zukunft. Eine Wärmepumpe heizt deutlich preiswerter als Öl- oder Gasanlagen. Nur 25% der erforderlichen Heizenergie müssen dem System als Strom zugeführt werden. Die restliche Energie kommt von der Wärmequelle. Etwa die Hälfte der Verbrauchs- und Betriebskosten gegenüber herkömmlicher Heizungstechnik reicht aus, damit die Versorgung mit warmem Brauchwasser gewährleistet ist. Die Wärmepumpe heizt ohne Flamme, deshalb sind Schornstein, Abgasmessung, Bevorratung von Brennstoffen oder ein Gasanschluss nicht nötig. Ein separater Stromzähler genügt. Weitere Preisvorteile: Höhere Investitionskosten amortisieren sich bereits nach wenigen Jahren; hinzu kommt die hohe Lebensdauer.

Beispiele für Wärmepumpen

Als Beispiele für Wärmepumpen nannte Waning die Sole-Wärmepumpe (Erdreich), die Luft-Wärmepumpe, die Großwärmepumpe (Flusswasser heizt Schwimmbad) und die Wasser-Wärmepumpe. Ist Grundwasser vorhanden, eignet sie sich ideal als Wärmequelle, denn ihre Temperatur bleibt während des ganzen Jahres zwischen 8 und 12 °C relativ konstant. Benötigt werden lediglich zwei Brunnen: ein Förderbrunnen, der das Grundwasser zum Verdampfer der Wärmepumpe fördert und ein Schluckbrunnen, der das Grundwasser wieder in das Erdreich zurückleitet.

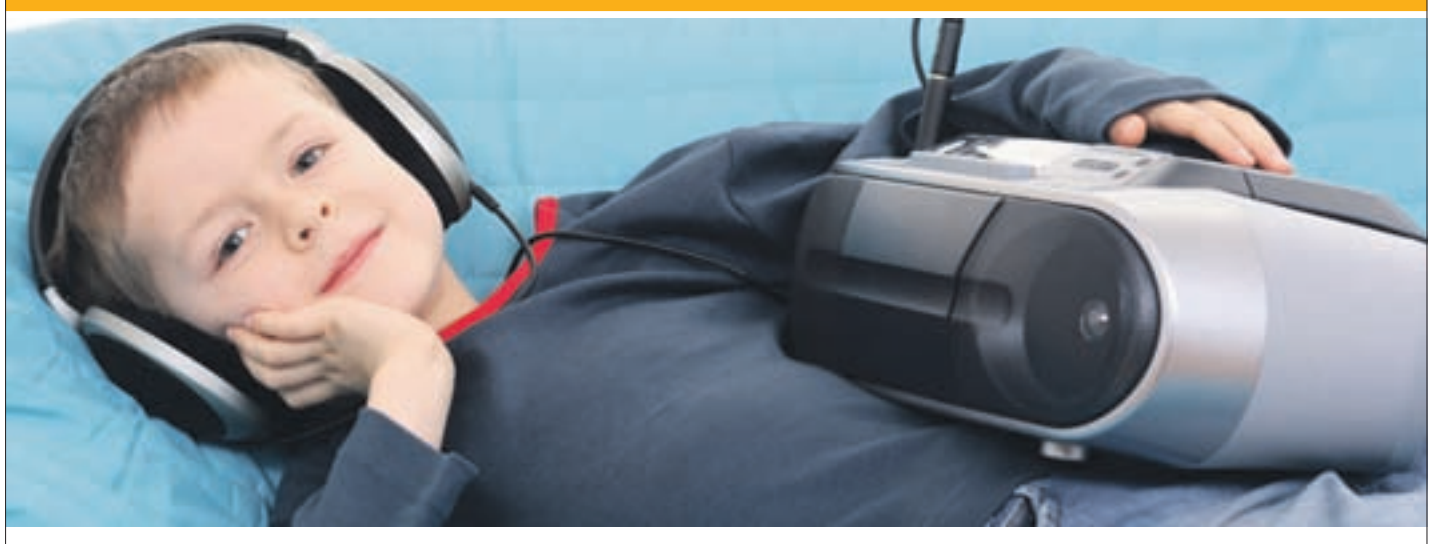
Im Dezember 2008 wurde die Wärmepumpe von der EU als Erneuerbare Energie anerkannt. Ein unschlagbarer Vorteil ist Waning zufolge, „dass die heute eingebaute Wärmepumpe immer besser wird“. Betrage die Primärenergieeinsparung gegenüber fossilen Brennstoffen in diesem Jahr noch 56 %, werden es 2020 bereits 68 % sein. Bei der CO2-Einsparung stehen 50 % zu Buche, 2020 ist mit 72 % zu rechnen.

An konkreten Beispielen machte Waning die hohen Einsparungsergebnisse deutlich: So wird das Cineplex-Center in Memmingen mit einer Wärmepumpe geheizt und mit Grundwasser gekühlt. Jährliche Ersparnis: 55% der Heizkosten, 95% der Kühlkosten. Die Gemeinde Lechbruck wiederum kann ihr Rathaus künftig kostenlos durch die Nutzung von Abwärme aus dem benachbarten Eisstadion beheizen. Jährliche Ersparnis: 23.000 Liter Heizöl, 7762 kg CO2. Die Impuls-Arena in Augsburg wird mit zwei Grundwasser-Wärmepumpen und einem Spitzenlast-Bio-Erdgaskessel beheizt und gekühlt. Der Strom wird aus Wasserkraft erzeugt. Die Lechwerke errichten dort die erste CO2-neutrale Fußballarena der Welt.

Wanings Resümee: „Der Markt ist reif für die Wärmepumpe!“ Die Anschlussleistung im Niedrigenergiehaus sei kleiner als 1 kW, der Jahresenergieverbrauch niedriger als 2000 kWh. Die CO2-Emissionen seien unschlagbar günstig, es seien keine zusätzlichen Versorgungsleitungen notwendig. Ein reversibler Betrieb (Kühlung) sei möglich, die Integrierbarkeit in Belüftungsanlagen gewährleistet.

Die weitere Entwicklung der Wärmepumpe ist Waning zufolge abhängig von der Entwicklung der Öl- und Gaspreise, der Kosten für die Errichtung einer Wärmepumpenanlage, verschiedensten Vorschriften und Auflagen sowie der Unterstützung durch die Politik. **DK**

Märchenstunde mit Papas Strom ...
... aus dem Mini-BHKW im Keller!



Die neuen Blockheizkraftwerke im Miniformat versorgen Sie nicht nur mit Wärme, sondern auch mit Strom.

Werden auch Sie Ihr eigener Stromversorger!

Alle Informationen und Beratung zum kleinen Kraftwerk mit großer Leistung erhalten Sie von Ihrem Kundenberater unter: 01801/56 57 58
(3,9 Cent/Minute im deutschen Festnetz der Telekom, abweichender Mobilfunktarif)

ENERGIEVERBRAUCHERPORTAL TOP LOKALVERSORGER 2009 GAS

ESB Erdgas Südbayern

Erdgas Südbayern wurde von www.energieverbraucherportal.de zum TOP-Lokalversorger 2009 gewählt. Mehr dazu unter www.esb.de/toplokalversorger.

Erdgas Südbayern GmbH • Ungsteiner Straße 31 • 81539 München • E-Mail: info@esb.de • Internet: www.esb.de

Florian Bernatzky/BayernFM GmbH:

Nachhaltigkeit in der Immobilien-Bewirtschaftung

Steigende (Energie-) Kosten sowie der Klimawandel gehören zu den aktuellen Herausforderungen für Politik, Wirtschaft, die öffentliche Hand sowie für jeden einzelnen Bundesbürger. „Dabei liefert uns die Sonne Tag für Tag die Energie, die wir benötigen", so Florian Bernatzky von der BayernFM GmbH. Um genau zu sein, decke die Sonne theoretisch innerhalb einer Stunde den weltweiten Energiebedarf des Menschen für ein Jahr.

„Bis uns die Weiterentwicklung der vorhandenen Sonnenkollektoren und weitere technische Innovationen erlauben, dieses langfristig vorhandene Potenzial zu nutzen, gilt es den Energieverbrauch in allen Bereichen zu senken und die verfügbare Energie effizienter einzusetzen und zu produzieren", so Bernatzky.

Auf dem Weg zu einer ökonomisch und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise kommt die Ressource Immobilie ins Spiel. 40 % des deutschlandweiten Energieverbrauches werden für die Heizung, Kühlung und Beleuchtung von Immobilien sowie für die Warmwassererzeugung verbraucht. Davon entfallen 28 % auf die Haushalte und immerhin noch 12 % auf die so genannten Nichtwohngebäude. Diese 12 % entsprechen rund 100 Tonnen CO2.

Realistische Zielwerte

Die Voraussetzung für erfolgreiche Optimierungsmaßnahmen sind laut Bernatzky die genaue Kenntnis der Stärken und Schwächen sowie realistische Zielwerte, an denen sich das Immobilienmanagement zukünftig orientieren kann. Auf diesem Weg unterstützt RealisBench®, eine speziell für die Zielgruppen Sparkassen und die öffentliche Hand entwickelte Initiative, mit großem Erfolg zahlreiche Immobilienbestandshalter: Seit 2004 haben sich bundesweit 340 Kommunen mit 3500 Objekten an dem Projekt beteiligt. Die Teilnehmer konnten ihre Immobilienkosten seit 2004 im Durchschnitt um annähernd 10 % senken. Daher wird RealisBench® von vielen kommunalen Spitzenverbänden unterstützt und empfohlen.

Bereitschaft zum Wandel

Bei einem Benchmarking-Projekt messen sich vergleichbare Partner (z. B. Kommunen und Finanzinstitute) miteinander und decken in diesem Prozess Unterschiede, deren Ursachen und konkrete Verbesserungsmöglichkeiten auf. Die Voraussetzung für einen Projekterfolg sind eine hohe Datenqualität, eine ausreichend große Grundgesamtheit an vergleichbaren Objekten und die Bereitschaft, sich auf einen kontinuierlichen Wandlungsprozess einzulassen und aus den Ergebnissen zu lernen.

In der Praxis erheben die Teilnehmer ausgewählte Immobiliendaten und erfassen diese über ein Internet-Portal, aus dem die Daten anschließend wieder exportiert und weiterverwendet werden können. Eine Plausibilitätsprüfung garantiert im Anschluss die entscheidende hohe Datenqualität und damit die Aussagefähigkeit der Ergebnisse. Die Zielwerte (Benchmarks) für die einzelnen Themenfelder wie z. B. Flächeneffizienz, Energieeffizienz oder die Reinigungskosten werden zum einen aus dem vorhandenen Datenpool abgeleitet (interner Vergleich) sowie zum anderen aus der langjährigen Erfahrung der BayernFM in der Gebäudebewirtschaftung unter Berücksichtigung offizieller Normen und Richtlinien entwickelt.

Die Erfahrung zeigt, dass in punkto Energieeffizienz bei den teilnehmenden Kommunen noch deutliche Optimierungspotenziale vorhanden sind. Diese betragen bei den analysierten Objekten im Bereich Heizung rund 50 % und beim Strom sogar rund 60 %.

Die Einsparpotenziale beruhen unter anderem auf dem nennenswerten Investitionsstau bei der öffentlichen Hand. Das Dilemma lässt sich in einem Satz zusammenfassen: 70 % der analysierten Gebäude wurden vor 1979 gebaut und zum Großteil bis heute weder saniert noch modernisiert. Beeindruckend ist auch das CO2-Einsparpotenzial, das für die Kommunen unter Berücksichtigung von Inflation, Preissteigerungen und des aktuellen Energiemix rund 200.000 Tonnen CO2 pro Jahr beträgt.

Gebäudeanalyse

Nicht in jedem Fall lassen sich freilich der Energieverbrauch und die Immobilien bezogenen Kosten ohne großen Aufwand und in Eigenregie senken. Folglich ist es im Einzelfall sinnvoll, die Benchmarking-Ergebnisse mit einer detaillierten Gebäudeanalyse zu vertiefen. Ihre Ergebnisse liefern dann alle notwenigen Informationen, auf deren Basis die nächsten Schritte definiert und mögliche Investitionsentscheidungen unter Kosten- und Nutzengesichtspunkten abgewogen werden können. Um Kommunen und Sparkassen auf dem Weg zu einem ökonomisch wie ökologisch effizienten Einsatz der Ressource Immobilie zu unterstützen, bietet die BayernFM Bernatzky zufolge die komplette Leistungspalette von der Beratung, über die Sanierung und Modernisierung bis zur kompletten Bewirtschaftung von Gebäuden an. **DK**

Günter Beermann / BWE Bayern:

Wirtschaftsfaktor Windenergie in Bayern

„Bayern ist mit Hamburg und Berlin Schlusslicht beim Anteil der Windenergie am Stromverbrauch und liegt weit hinter dem deutschen Durchschnitt zurück. Als Flächenland nutzt Bayern das Potenzial der Windenergie nicht", kritisierte der bayerische Landesvorsitzende des Bundesverbandes WindEnergie e. V. (BWE). Dabei ermögliche eine verbesserte Anlagentechnik auch an mittleren Standorten gute Erträge. „Ein Meter mehr Nabenhöhe bringt ein Prozent mehr Ertrag!"

Die wirtschaftliche Bedeutung der Windenergie sei unumstritten, so Beermann. In der Windenergie-Branche gebe es derzeit etwa 800.000 Beschäftigte, davon mindestens 5.000 in Bayern. Durch Pachteinnahmen und das Betreiben eigener Erzeugungsanlagen täten sich neue Perspektiven für die Landwirtschaft auf. Die mittelständische Wirtschaft werde gestärkt, die regionale Wertschöpfung bei relativ geringen Investitionskosten verbessert. Auch seien den Kommunen Gewerbesteuereinnahmen sicher. „Bis 2020 können bei gleich bleibend stabilen Rahmenbedingungen über 110.000 Arbeitsplätze in der Windbranche entstehen", legte Beermann dar. In der gesamten Branche der Erneuerbaren Energien könnten es sogar 500.000 Jobs werden.

Starke Zulieferindustrie

Bereits heute könne Bayern mit einer starken Zulieferindustrie für die Herstellung von Windkraftanlagen aufwarten – und zwar in allen Regionen und mit bedeutenden nationalen und internationalen Marktteilnehmern, mit tausenden von Arbeitsplätzen, innovativen Technologien und erheblichen Investitionen.

Bayern begrüßen Ausbau

Dass die Bayern selbst den Windenergieausbau vor der eigenen Haustür begrüßen, zeigt das Ergebnis von „Ökotrend Bayern", einer repräsentativen Umfrage zu umweltpolitischen Einstellungen, die das Allensbach Institut für Demoskopie im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit durchführte. Der wichtigste Beitrag zur Energieversorgung wird in Zukunft von den Erneuerbaren Energien - vor allem der Solar- und der Windenergie - erwartet und gewünscht. 41 % sind überzeugt davon, dass Windenergie in den kommenden 20 bis 30 Jahren den größten Beitrag zur Energieversorgung liefern wird. 62 % der Befragten würde ein Windrad in der Umgebung ihres Wohnorts nicht stören. Die Mehrheit findet auch nicht, dass „Windräder die Landschaft verschandeln". Ein weiterer Ausbau der Windenergie trifft nur bei rund einem Viertel der Befragten auf Vorbehalte.

Betriebsergebnisse

Guter Wind weht auch in Bayern – und zwar an vielen Standorten. Dies belegen eindrucksvoll die aktuellen Betriebsergebnisse der neuesten Anlagengeneration, die in den letzten beiden Jahren im Freistaat in Betrieb genommen wurde. Selbst der Bund Naturschutz fordert die Windkraftnutzung auf rund 1000 Standorten.

Der BWE geht aufgrund des großen Leistungspotenzials moderner Windkraftanlagen allein für die genannten 1000 Standorte von einem kurzfristig zu realisierenden Potenzial von jährlich bis zu 5 Mrd. Kilowattstunden Windstrom aus. Dies entspricht einem Anteil von etwa 6 % am derzeitigen Stromverbrauch (etwa 75 Mrd. kWh) in Bayern. Bezogen auf die in Deutschland übliche Stromerzeugung würde dies rund 4 Mio. Tonnen CO2 einsparen.

Zeichen gesetzt

Gemeinden wie Fröttmaning bei München, Denkendorf, Luftkurort Wirsberg in Ofr., Schweitenkirchen, Bidingen/Allgäu, Großnottersdorf (Markt Titting) und Neustadt an der Aisch hätten bereits Zeichen gesetzt und sich mit Windkraft versorgt, so Beermann. In der Allgäuer Gemeinde Wildpoldsried gehöre die Windenergie schon seit Jahren zum gewohnten Erscheinungsbild.

Ausgereifte Technik

Für die Windkraftnutzung an Land spricht insbesondere, dass deren Technik nach 20 Jahren Entwicklung als ausgereift, zuverlässig und höchst effizient gilt. Deshalb können moderne Windkraft-Technologien „made in Germany" mit höheren Türmen und größeren Rotorendurchmessern auch in bislang für die Energiegewinnung aus Windkraft nicht relevanten Regionen große Stromerträge erzielen. **DK**

Herbert Dombrowsky / N-ERGIE AG:

Stadtwerke zwischen Eigenständigkeit und Kooperation

„Die aktuellen Gegebenheiten machen es einem als Stadtwerk nicht gerade leicht, einen Alleingang zu starten", meinte der N-ERGIE-Vorstandsvorsitzende. Nicht nur, dass Personal mit entsprechendem Potenzial und Fachkenntnissen für alle Unternehmensbereiche – vom Vertrieb über die Abrechnung, den Netzbetrieb und eventuell bis zur Erzeugung - benötigt werde, auch der technische Aufwand und die Kostenfrage seien nicht zu unterschätzende Faktoren bei der Frage „Eigenständigkeit oder Kooperation?"

„Es kann keine pauschale Empfehlung geben. Ob unabhängiges Agieren oder Kooperieren mit einem Partner – der Erfolg liegt in der Mitte", meinte Dombrowsky. Im Einzelfall könnten Kooperationen durchaus eine

Herbert Dombrowsky.

gute Antwort sein, um den Haupterausforderungen zu trotzen. Die Risiken bei der Beschaffung für Strom und Erdgas seien größer geworden, auf der anderen Seite seien die Erwartungen der Anteilseigner auch nicht eben gesunken. Die Stadtwerke stünden also ordentlich unter Druck.

„Kooperation ist aber nicht gleich Kooperation", betonte der Vorstand. Die loseste Form sei eine Kooperation ohne Vertrag, d. h.: Die Zusammenarbeit der Partner erfolgt nur bei spezifischen Themen. Die strategische Allianz wiederum stelle eine vertraglich abgesicherte Zusammenarbeit, ggf. über Beteiligungen gesichert, dar. Noch fester bindet ein sog. Joint Venture: In diesem Fall wird ein neues, zweckgebundenes Gemeinschaftsunternehmens gegründet. Die N-ERGIE zum Beispiel habe gemeinsam mit den Stadtwerken Hannover das Unternehmen Clevergy gegründet, um bundesweit Privatkunden Strom anzubieten.

Noch fester als das Joint Venture sei eine Fusion, also die vollständige rechtliche und wirtschaftliche Integration. Aus der Verbindung von FÜW und EWAG sei zum Beispiel die N-ERGIE hervorgegangen. Dombrowsky zufolge sind die strategische Allianz und das Joint Venture am meisten verbreitet. „Bei den Teilnehmern können es natürlich Nachbargemeinden sein, Vorlieferanten, bisherige Konzessionsnehmer, Fachfirmen. Auch Kooperationen innerhalb einer Gemeindeverwaltung sind denkbar."

Die Vorteile können laut Dombrowsky vielfältig sein: im Bereich der Erzeugung beispielsweise durch das Bündeln von Kapazitäten und des notwendigen Kapitals für den Bau von Kraftwerken. In mehreren Unternehmensbereichen könnten Synergieeffekte entstehen, z. B. bei der Abrechnung und Verwaltung. Ohnehin könnten die Partner ihr Fachwissen bündeln, sei es bei der Beschaffung und im Handel „oder sie können sich Spezialisten ins Boot holen". Einkaufskooperationen bei kleineren und mittleren Stadtwerken hätten sich bekanntermaßen längst bewährt.

„Um die Eigenständigkeit im vertretbaren Maße zu erhalten, muss es das Ziel sein, dass die Partner über die kooperationsbedingten Vorteile letztlich in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden", hob der Vorstandsvorsitzende hervor. Kooperationen seien also kein Selbstzweck und Kooperationsfelder gebe es viele.

Beispiel Energieeinsparung und Energieeffizienz: Als erfolgreiches Beispiel nannte Dombrowsky das St.-Gundekar-Werk in Eichstätt, wo N-ERGIE gemeinsam mit der Wohnungs- und Städtebaugesellschaft St. Gundekar-Werk umfassende Contracting-Maßnahmen durchgeführt habe. Durch die Umbaumaßnahmen (Solarthermie-Anlage und ein neuer Erdgas-Brennwertkessel) betrage der Primärenergiebedarf künftig nur noch etwa 40 Prozent vom Ausgangswert.

„Aber auch im Bereich Wasser können Kooperationen mit Dienstleistern positive Effekte bringen", erläuterte Dombrowsky. „So bauen wir als Unternehmen auch kleine kommunale Wasserwerke, zuletzt in Stein bei Nürnberg." In Betriebsführung und im Bereitschaftsdienst seien Kosten sparende Kooperationsformen denkbar: „So betreiben wir die Wasserversorgung für die Gemeinde Schwaig bei Nürnberg."

Vor allem lokale oder regionale Kooperationen könnten gewährleisten, dass die Vorteile, von den Steuern über die Beschäftigung bis hin zu möglichen Ausbildungsplätzen, in der Region bleiben, führte der Vorstand weiter aus. Zudem hätten viele Regionalstudien in den letzten Jahren eindeutig ergeben, „dass diese lokale, regionale Verankerung im Energie- und Wasserbereich eine außerordentlich hohe Wertschöpfung mit positiven Beschäftigungseffekten in der Region bewirkt".

Dombrowsky riet jeder Kommune und jedem Stadtwerk dazu, „die eigene Situation nüchtern zu analysieren, sich die verschiedenen Alternativen zu überlegen und eventuelle Partner genau zu prüfen". Wichtig bei all diesen Analysen sei auch die Zukunftsperspektive, also das Einbeziehen der voraussichtlichen Entwicklung.

In Bezug auf die Stadtwerke erwartet der Vorstandsvorsitzende in den kommenden Jahren folgende Entwicklungen: Die Stadtwerke-Kooperationen werden weiter zunehmen – sowohl in der Anzahl als auch in ihrer Intensität. Es wird kein „Stadtwerke-Sterben" stattfinden, aber eine Konsolidierung und damit eine Reduzierung der Zahl klassischer unabhängiger Unternehmen. Das Thema Energieeffizienz wird in Zukunft eine noch wichtigere Rolle spielen. „Stadtwerke sollten ihre Kompetenz im Bereich Energieeffizienz nutzen."

„In der Energieversorgung werden die Stadtwerke weiterhin eine tragende Rolle spielen", prognostizierte Dombrowsky. Jedoch hänge der Erfolg des einzelnen Unternehmens „von der Fähigkeit ab, die Chancen von Kooperationen zu nutzen, ohne sich in nachteilige Abhängigkeiten zu begeben". Denn gerade in Zeiten der Unsicherheit sei es umso wichtiger, einen verlässlichen Partner zu haben; starke Partner, die selbst der Region verbunden sind. **DK**

Andreas Will und Andreas Große Erdmann / PRIMAGAS GmbH:

Kraft-Wärme-Kopplung für kommunale Einrichtungen

PRIMAGAS gehört zu den größten Energie-Lieferanten in Deutschland. Mehr als 120.000 Kunden zählen auf das Unternehmen mit Regionalcentern in Krefeld, Dresden und Würzburg, „denn sie kennen und schätzen die Vorzüge von Flüssiggas“, so Andreas Will und Andreas Große Erdmann.

Flüssiggas ist im wahrsten Sinne reine Energie - denn es verbrennt nahezu rückstandsfrei und erzeugt dabei erheblich weniger CO2, als die meisten anderen fossilen Brennstoffe. Es produziert keinen Feinstaub und ist nicht Wasser gefährdend, so dass es sogar in Wasserschutzgebieten eingesetzt werden kann. Flüssiggas ist überall verfügbar und besitzt außerdem von Natur aus einen extrem hohen Oktanwert.

Als Nummer eins unter den Flüssiggas-Anbietern in Deutschland ist PRIMAGAS Will und Große Erdmann zufolge der ideale Partner für alle Betriebe, die auf saubere Energien setzen. Seit über einem halben Jahrhundert stehe das Unternehmen für eine 100prozentige sichere Versorgung. Bezogen wird das Gas aus deutschen Raffinerien und aus dem Nordseeraum. Neben einem extrem hohen Qualitäts-, Service- und Komfort-Standard bietet PRIMAGAS seinen Kunden ein leistungsfähiges Transportwesen und maßgeschneiderte Versorgungslösungen für deren Betrieb.

Wahre Energiebündel

Blockheizkraftwerke mit Flüssiggas-Antrieb sind wahre Energiebündel. Es handelt sich dabei um Kraftanlagen, in denen Kraft (Strom) und Wärme produziert wird - sie sind eine Mischung aus Generator und Heizung. Da bei der Stromerzeugung ohnehin immer Wärme entsteht, ist die Kraft-Wärme-Kopplung eine höchst effiziente Art der Energiegewinnung. Kleine Blockheizkraftwerke, so genannte Mini-BHKWs, kaum größer als eine Tiefkühltruhe, stellen, so die Referenten, eine Kosten sparende Alternative zu anderen herkömmlichen Energieträgern insbesondere für Kleingewerbebetriebe dar. In Kombination mit Flüssiggas als Antriebsenergieträger seien Mini-BHKWs zudem ausgesprochen umweltschonend.

Durch die Nutzung der Abwärme beträgt der Wirkungsgrad bei einem BHKW bis zu 90 %. Zum Vergleich: Bei der Stromversorgung durch einen Netzanbieter macht der Wirkungsgrad aufgrund von Umwandlungs- und Übertragungsverlusten nur etwa 40 % aus.

Bessere Schadstoffbilanz

Die Energiekosten reduzieren sich bei der Versorgung durch ein Mini-BHKW deutlich. Hinzu kommen staatliche Zuschüsse und Förderungen wie die Einspeisevergütung für Strom, die die Anschaffung zusätzlich attraktiv machen. Aufgrund des größeren Wirkungsgrades haben BHKWs eine im Vergleich zu anderen Stromquellen viel bessere Schadstoffbilanz. Flüssiggasbetriebene Mini-BHKWs sind eine autarke Versorgungslösung; sie verschaffen dem Besitzer Unabhängigkeit von den Strom- und Erdgasnetzbetreibern.

Grundsätzlich ist der Betrieb von BHKWs mit verschiedenen Energieträgern möglich. Während Öl-Blockheizkraftwerke allerdings komplett selbst finanziert werden müssen, werden schadstoffarme Flüssiggas-Blockheizkraftwerke vom Staat mit bis zu 1.550 Euro pro Kilowatt Leistung bezuschusst. Hinzu kommt, dass Flüssiggas noch bis mindestens 2020 steuerbefreit ist.

Vierfacher Profit

Betriebe, die das BHKW-Angebot von PRIMAGAS nutzen, profitieren in finanzieller Hinsicht sogar vierfach: Eine BHKW-Leistung bis 4 kW wird mit 1.550 Euro pro Kilowatt bezuschusst; eine Leistung zwischen 4 kW und 6 kW noch mit 775 Euro pro Kilowatt. Das flüssiggasbetriebene Mini-BHKW Dachs F5.5 zum Beispiel hat eine Leistung von 5,5 Kilowatt - daraus ergibt sich eine Zuschusshöhe von 7362,50 Euro. Wegen der flüssiggastypisch geringen NOX- und CO2-Emissionswerte des Mini-BHKWs gewährt der Staat einen Umweltbonus von 100 Euro pro kW. Für den Dachs F5.5 macht die Förderung demnach 550 Euro aus.

Am Stand von PRIMAGAS.

Geförderter Strom

Nach dem Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz wird der durch ein BHKW erzeugte Strom im Rahmen der Einspeisevergütung zehn Jahre lang staatlich gefördert. Die Vergütung beträgt 5,11 Cent/kW. Für BHKWs, die ab dem 1. Januar 2009 in Betrieb genommen werden, gilt, dass auch der für die Eigenversorgung produzierte Strom gefördert wird. Zudem gibt es den PRIMAGAS Bonus für Kraft-Wärme-Kopplung in Höhe von 1000 Euro für jede BHKW-Anlage mit einer Leistung ab 4 kW - zusätzlich zur staatlichen Förderung und zur Förderung aus dem Konjunkturpaket II.

Einsatzbereiche

Der Brennstoff für flüssiggasbetriebene BHKWs ist von der Steuer befreit. Die jährliche Steuerrückerstattung trägt somit zu den laufenden Einsparungen bei. Als Einsatzbereiche im kommunalen Umfeld nannten Will und Große Erdmann Bürgerhäuser, Schulen, Sporthallen/Sportplätze, Schwimmbäder, Krankenhäuser, Altenheime und Büroeinrichtungen. Die oberbayerische Gemeinde Neuching im Landkreis Erding zählt zum Kreis der zufriedenen Kunden. **DK**

Bernhard Ulbricht / MAWA Handel GmbH:

Permanente Feuchteüberwachung im Flachdach

Flachdächer bieten viele Vorteile, vor allem im kommunalen und gewerblichen Bau: Sie sind gut erweiterbar, weisen optimale Belichtungsmöglichkeiten auf und verfügen über ein vergleichsweise geringes Eigengewicht. Alles Argumente, die bei der Errichtung von Bürogebäuden, Industriehallen, Einkaufsmärkten und auch Schulen sowie Sporteinrichtungen überzeugen. Nur gibt es ein gravierendes Problem: Ein Flachdach ist anfällig, erklärte Bernhard Ulbricht.

Witterungsbedingte und mechanische Einflüsse wirkten permanent auf die Flachdachabdichtung ein und verkürzten deren Lebensdauer. Eine kleine Beschädigung der Abdichtung - möglicherweise aufgrund von Verarbeitungsfehlern oder durch Tritte - sei der Beginn eines großen Schadens. Wasser gelange dann in das Dachschichtenpaket und durchfeuchte die Wärmedämmung, die dadurch ihre Wirkung verliert.

Durch Witterung, Bewegung und Frost gelangt immer mehr Wasser unter die Abdichtung. Die Dampfsperre kann das Wasser nicht länger halten, das Wasser tropft in das Gebäude, eine Dachsanierung ist nun unumgänglich.

Pure Verschwendung

Mit großem Aufwand müsse sodann das durchfeuchtete Dachschichtenpaket abgerissen werden. Einfaches Regenwasser werde hierbei gleichsam als teurer Sondermüll entsorgt; Deponieraum sowie wertvolle Energieressourcen würden verschwendet. Für den Neuaufbau sei dann die gesamte Wärmedämmung neu herzustellen und an die Baustelle zu transportieren. Der Abriss von Flachdächern ist demzufolge laut Ulbricht „in den allermeisten Fällen ein ökologischer und ökonomischer Wahnsinn“.

„SecuThermLog“

Um solche Aktionen zu vermeiden, wurde ein Dachüberwachungssystem entwickelt, bei dem auf eine Leckage schnell reagiert werden kann. „SecuThermLog“ ist ein Sicherheits-Dämmsystem, das durchfeuchtete Wärmedämmungen zuverlässig austrocknet und eindringendes Wasser schadlos nach außen abführt. Es besteht aus Polystyrol-Platten mit unterseitigen Diffusionskanälen und einer Spezialbeschichtung mit hygroskopischen Eigenschaften.

Das Funktionsprinzip beruht auf der Tatsache, dass Wasserdampf immer den Druckausgleich sucht. Er wandert vom Bereich des höheren zum Bereich des niedrigeren Dampf-Teildruckes. Innerhalb einer durchfeuchteten Wärmedämmung herrscht eine relative Luftfeuchtigkeit von 100 % bei - durch Beheizung von unten - vergleichsweise hoher Temperatur. Dies ergibt einen hohen Dampfdruck. Über die Perforation der alten Dachabdichtung, das Kanalsystem der Secutherm-Platten und schließlich die Dachlüfter diffundiert die Feuchtigkeit nach außen, wo ein deutlich geringerer Dampfdruck herrscht.

Einbau von Sensoren

„SecuThermLog“, das mittlerweile auch zum Patent angemeldet ist, besteht unter anderem aus mehreren Sensoren, die in neue oder auch bereits bestehende Flachdächer eingebaut werden. Sie messen an ihrem jeweiligen Standort die Temperatur und die Luftfeuchtigkeit. Aus diesen Parametern wird der Zustand des Daches ermittelt. Zusammen mit einem Referenzsensor, der die gerade aktuelle Wetterlage abbildet, senden sie stündlich ihre Werte an eine autarke, solarbetriebene Basisstation auf dem Dach. Hier werden die Daten umgewandelt und jeden Abend als E-Mail über Mobilfunk zu einem entfernten Datenserver geschickt.

Erste Pilotanlage in Hamburg

Sollten sich die Messdaten an einem bestimmten Sensor so verändern, dass Handlungsbedarf erforderlich ist, werden die Kommune, der Fabrikbesitzer oder die Schule informiert und der Dachdecker vor Ort muss aktiv werden.

Vor zwei Jahren wurde die erste Pilotanlage auf einer Hamburger Wohnanlage in Betrieb genommen. Es folgten u. a. ein Industriegebäude in Trier, das Kreisverwaltungsreferat in Darmstadt, zwei große Wohnanlagen in München, eine Sporthalle in Nürnberg, die Hipp Werke in Pfaffenhofen und die Deutsche Bundesbank in Stuttgart. **DK**

Christian Huber / TU München:

Umsetzung der Energievision

Bei Energiekonzepten verhält es sich wie mit guter Architektur: Für den jeweiligen Ort sowie für die Bewohner und Nutzer muss ein spezifisches Konzept entwickelt werden, betonte Christian Huber. Ein zukunftsfähiges Energieversorgungskonzept berücksichtige Verbraucher und Erzeuger gemeinsam. Gebäude und Anlagentechnik bildeten auch in der Stadt eine untrennbare Einheit. Geringer Energieverbrauch in den Gebäuden und regenerative, regionale Energieversorgung des Restbedarfs müssten gemeinsam geplant werden.

Soll ein Gebäudekomplex mit einem Biomasse- oder Pflanzenölheizwerk aus heimischen Ressourcen, einer Kraft-Wärme-Kopplung auf Biogasbasis, mit einer vorwiegend solaren Lösung oder mit Hilfe oberflächennaher Geothermie bzw. mit einer Abwärmequelle versorgt werden? Bei derartigen Fragestellungen sei es notwendig, zuerst die im Gebäude benötigte Energiemenge und ihr Temperaturniveau zu analysieren. Anschließend gehe es um die vorhandenen und zukünftig möglichen Versorgungskonzepte in der Kommune. „Wir müssen Synergie-Effekte prüfen und die regional vorhandenen Energiepotentiale ermitteln.“ Dabei sei ein Energieleitplan für das gesamte Gemeinde- oder Stadtgebiet unerlässlich, auf dem die Lösungen für die einzelnen Neubauten oder Sanierungen aufbauen.

Energienutzungsplan

Aus diesem Grund hat der Lehrstuhl für Bauklimatik und Haustechnik an der Technischen Universität den Energienutzungsplan entwickelt. Er koordiniert als Masterplan die einzelnen Energiekonzepte in der Kommune und stimmt sie mit den regionalen Energiepotentialen ab.

Mit einem Energienutzungsplan können Gemeinden, zusammen mit den Grundeigentümern und Versorgungsunternehmen, eine fundierte, transparente und längerfristige Energiepolitik betreiben. Der Energienutzungsplan stellt - ähnlich wie der Flächennutzungsplan - im raumplanerischen Maßstab die zukünftige energetische Entwicklung im Bereich der Maßnahmen zur Energieeinsparung und regenerativen Energieversorgung dar. Das Planungsinstrument dient als Grundlage für ihre öffentlichen sowie privaten und gewerblichen Initiativen im energetischen Bereich. Die Kommune und/oder Region setzt sich energiepolitische Ziele und entwickelt mit Hilfe des Energienutzungsplanes Vorgaben zur Umsetzung einer möglichst eigenständigen und regionalen zukünftigen Energieversorgung.

Christian Huber.

Ganzheitliches Konzept

Der Energienutzungsplan basiert auf einer detaillierten Analyse des Ist-Zustandes von Energieverbrauch und Energieversorgung mit Ausblick auf absehbare Entwicklungen. Dabei wird die Gemeinde auf die Energiedichte der privaten und öffentlichen Gebäude sowie der Gewerbe- und Industriebetriebe hin untersucht. Notwendig ist hier die Betrachtung der zukünftigen Energieeinsparpotentiale für die Entwicklung von nachhaltigen Energiekonzepten. Die vorhandene Energieinfrastruktur mit den bestehenden leitungsgebundenen Energieträgern und schon vorhandenen Energieerzeugungs-Anlagen werden in die Überlegungen zu einem ganzheitlichen Energiekonzept der Kommune/Region mit einbezogen. Hinzu kommen die aktuell verwendeten und noch ungenutzten energetischen Potentiale.

Lösungsstrategien

Im Rahmen der Forschungsprojekte beispielhaft untersucht werden sowohl sehr ländlich strukturierte Gemeinden, Bereiche mit denkmalgeschütztem Bestand und Kommunen mit hohem Gewerbeanteil als auch größere Städte. Zur Erarbeitung von Lösungsstrategien für Regionen werden am Beispiel von sechs aneinandergrenzenden Gemeinden im Landkreis München die interkommunale Vernetzung und der Austausch von Energiepotentialen in der Region aufgezeigt.

Leitfaden als Ziel

In weiteren Projekten werden Konzepte für große städtische Strukturen in Megacities und Metropolregionen entwickelt. Ziel der Forschungsprojekte am Lehrstuhl für Bauklimatik und Haustechnik mit seiner Marke und Philosophie „ClimaDesign“ ist es, einen Leitfaden zu erstellen, mit dem Planer und Berater, aber auch Kommunen und Regionen selbständig einen Energienutzungsplan erstellen können. In zukünftigen Überlegungen werden die Strategien auch gemeinsame, regenerative Kühlungskonzepte umfassen. Diese müssen als Anpassungsstrategie auf den Klimawandel gerade auch bestehende Strukturen schon heute mit berücksichtigt werden. **DK**

Hocheffiziente Energie-Einsparung - ein Plus für nachhaltige Gebäudetechnik

SEW

Mit Einsatz multifunktionaler SEW®-Wärme- und Kälte-Rückgewinnungstechnik werden luft- und klimatechnische Anlagen vom einst größten Energieverbraucher zum Energiesparer für das gesamte Gebäude.

Seit 1983 sind tausende Anlagen mit einer Gesamtluftleistung von über 100 Mio. m³/h Luftleistung auf Basis der SEW®-Einspar-Technologie in allen Branchen erstellt worden.
Mit den bereits in Betrieb befindlichen Anlagen werden **jährlich etwa 600 Mio. kWh Wärme und Kälte eingespart**, womit über 150.000 t CO_2 substituiert werden.

Und so wirkt die SEW®-Rückgewinnungstechnik:

- **hocheffektiv:** bringt Rückwärmgrade von 80% auf **hohem Effizienzniveau**
- **hocheffizient:** erzielt Jahres-Leistungsziffern von 1:20 bis 1:100, d.h. mit **1 kWh Strom** bis zu **100 kWh Wärme und Kälte einsparen**
- **hochredundant:** ausfall- und funktionssicher durch **redundante Modultechnik** in Gegenstrom-Schicht-Bauweise, frost- und vereisungssicher
- **hochrentabel:** die Rückgewinnungstechnik macht sich bereits durch Substitution herkömmlicher Anlagetechnik bezahlt (kleinere Heizkessel, Kältemaschinen, Rückkühlwerke etc. entfallen ganz), Reduzierung der sonst üblichen Gebäudeflächen. **Ab Betriebsbeginn ist die Energieeinsparung bereits Gewinn!**
- **hoher Gesamtnutzen:** zukunftsweisende Technik ohne Mehrkosten und mit weniger apparativen Aufwand, keim- und schadstoffübertragungsfrei **für höchste Raumluftqualität**, die umluftfreie Lüftungstechnik ist **präventiv ohne Rauch- und Brandübertragung**

Vorbildprojekte

Bundeskanzleramt Berlin
Wärme*: 2.157 kW
Kälte*: 715 kW

Baureferat München
Wärme*: 273 kW
Kälte*: 105 kW

Leopoldina-Krankenhaus, Schweinfurt
Wärme*: 2.450 kW
Kälte*: 890 kW

* eingesparte Wärme- / Kälteleistungen

Wer heute neu plant, baut oder saniert, sollte zuvor diese bewährte Technik in unserem Hause oder bei einem von uns ausgeführten Projekt in Augenschein nehmen.
Den Bauherrn bzw. Fachplaner können Sie gemäß unserer Referenzliste selbst auswählen.

SEW® GmbH seit 1983
47906 Kempen
Industriering Ost 90
Tel: 02152 / 91 56-0
www.sew-kempen.de

Zweites Geothermieheizwerk in Erding:

Offizielle Inbetriebnahme

Im oberbayerischen Erding ist das zweite Geothermieheizwerk, das der Zweckverband für Geowärme Erding und die Evonik New Energies GmbH gebaut haben, offiziell in Betrieb genommen worden. Die neue Anlage ist Teil der Fernwärmeversorgung in Erding. Dazu investierte der Zweckverband rund 19 Mio. Euro. Allein für das neue Geoheizwerk wurden 4,7 Mio. Euro aufgewendet. Im Endausbau wollen die Betreiber einen Anschlusswert von 67 Megawatt (MW) erreichen. Derzeit sind etwa 47 MW unter Vertrag. Im Auftrag des Zweckverbandes baut und betreibt Evonik New Energies GmbH das erweiterte Fernwärmenetz.

„In Erding wird im Endausbau eine Heizölmenge von über 7 Mio. Liter pro Jahr oder der Energiebedarf von ca. 4000 Einfamilienhäusern durch geothermisch erzeugte, einheimische Wärmeenergie kompensiert“, erklärte Max Gotz, Erster Bürgermeister der Stadt Erding und Vorsitzender des Zweckverbandes. Neue Wohnbaugebiete und gewerbliche Entwicklungen im benachbarten Gewerbepark, aber auch Erweiterungen im Altstadtbereich unterstützen so entscheidend den Ausbau der Geothermie.

Gotz hob für dieses Vorhaben besonders die Bedeutung der größten Therme Europas hervor, die Josef Wund vor zehn Jahren gebaut hatte. Die Therme sei einer der wichtigsten Kunden und einer der ersten Partner, die der Geothermie in Erding zum Durchbruch verholfen habe. Gotz betonte in seiner Rede nicht ohne Stolz, dass - unter Zugrundelegung des Anteils der Geothermie an der verteilten Wärme – bisher ca. 10 Prozent der Erdinger Bevölkerung und im Endausbau 20 bis 25 Prozent ausschließlich aus Geothermie mit Wärme versorgt werden können.

Nutzen der Geothermie

Den enormen Nutzen der Geothermie hob Thomas Billotet, Mitglied der Geschäftsführung der Evonik New Energies GmbH hervor: „Sie ist eine grundlastfähige, d. h. bedarfsgerecht regelbare Energie und unterliegt keinen witterungsbedingten Schwankungen wie Wind- oder Sonnenenergie.“ Geothermie ist ein wesentlicher Bestandteil beim Ausbau nachhaltiger Energieversorgung und ist außerdem CO2-neutral und bewahrt mittelfristig vor immer weiter steigenden Energiekosten.

Durch den Bau des zweiten Geoheizwerkes besteht nun die Möglichkeit, die Entnahmemenge aus der Förderbohrung am ersten Geoheizwerk von 24 l/sek. auf 48 l/sek. zu verdoppeln. Das Prinzip ist einfach: Dem Thermalwasser wird mittels einer neuen Wärmepumpe die Wärmeenergie entzogen und so als Fernwärme genutzt. Das so „abgearbeitete“ und in der Wasserversorgung nicht genutzte Thermalwasser wird anschließend über die Reinjektionsbohrung wieder in den Boden verpresst. Billotet: „Neue Thermalwasserleitungen verbinden dazu beide Geoheizwerke mit der Förderbohrung bzw. der Verpressbohrung. Somit können beide Energieerzeugungsanlagen eine Thermalwasserquelle nutzen.“

Die Technik

Die Wärmepumpe wurde Ende Januar installiert. Etwa 86 m³ Thermalwasser werden pro Stunde durch die Wärmepumpe laufen, um dem Thermalwasser seine Wärmeenergie zu entziehen. Angetrieben wird die Wärmepumpe nicht wie im ersten Geoheizwerk mit Heißwasser, sondern mit Sattdampf. Ein separater Dampfkessel liefert hierzu 7,5 Tonnen Dampf pro Stunde. Die neue Wärmepumpe ist weltweit einmalig. Bei der Konzeptionierung der Wärmepumpe hat Evonik New Energies GmbH die gesammelten Erfahrungen aus dem ersten Geoheizwerk genutzt. So sind unter anderem die Rohre des Verdampfers aus Titan, um zukünftige Korrosionsschäden durch das Thermalwasser zu vermeiden. Insgesamt können durch die Nutzung dieser heißen Tiefenwässer ca. 11.000 Tonnen CO2-Emissionen vermieden werden. „Das ist ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung des Klimas“, sagte Billotet.

Die Anfänge

Martin Bayerstorfer, Landrat und stellvertretender Verbandsvorsitzender, erinnerte an die Anfänge. Zunächst sei man auf der Suche nach Erdöl gewesen. Dann kam mit der ersten Bohrung 65 Grad heißes Wasser an die Oberfläche. Man habe sich in den 90er Jahren mit der Erdwärme beschäftigt. „Viele waren skeptisch, ob es ein Erfolg wird und ob die Häuser richtig warm werden“, so der Landrat. „Aber schließlich hat man dem Erfolg goldene Brücken gebaut. In Erding ist das größte bundesweite Geothermiewerk entstanden.“ ❐

Von links: Landrat Martin Bayerstorfer, Erster Bürgermeister Max Gotz, Zweckverbands-Geschäftsführer Alois Gabauer, Thomas Billotet, Mitglied der Geschäftsführung der Evonik New Energies GmbH. ❐

Evonik Industries AG:

Erfolg und Wertschaffung

Evonik ist ein moderner Industriekonzern aus Deutschland mit Aktivitäten in der ganzen Welt. Der Konzern gibt wesentliche Antworten auf ökonomische Megatrends und erschließt dadurch neue, zukunftsträchtige Märkte.

Kernkompetenzen des Geschäftsfelds Energie sind Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb hoch effizienter Kraftwerke für fossile Brennstoffe. Als netzunabhängiger Stromerzeuger betreibt Evonik in Deutschland neun Steinkohle- und zwei Raffineriekraftwerke.

Auch bei der Entsorgung und Verwertung von Kraftwerksreststoffen ist Evonik in Deutschland führend. Im wachstumsstarken Zukunftsmarkt für erneuerbare Energien besitzt das Unternehmen eine gute Ausgangsposition und nimmt in Deutschland bei Grubengas, Biomasse und Geothermie eine führende Stellung ein. Sein Know-how bei Grubengas bringt Evonik auch in internationale Klimaschutzprojekte ein, um zusätzliche Emissionszertifikate zu erlangen.

Auf der Hannover Messe wurde Evonik mit dem Energy Efficiency Award 2009 (3. Preis) geehrt. Das Unternehmen erhielt die Auszeichnung der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) für eine Maßnahme zur Energieeinsparung am Standort Münchsmünster. Dort beschäftigt das Unternehmen rund 175 Mitarbeiter, einen großen Teil davon in Anlagen für die Herstellung von Cyanurchlorid.

Die während des Produktionsprozesses entstehende Abluft wurde vor der Maßnahme mit Hilfe von 400 kg Erdgas pro Stunde verbrannt. In insgesamt vier Schritten ließ sich der Primärenergiebedarf um 72,5 Prozent auf nur noch 110 kg/h senken. Damit wurde der jährliche CO2-Ausstoß um knapp 9.300 Tonnen reduziert. Bei einer einmaligen Investitionssumme von 500.000 Euro konnte der Standort Münchsmünster seine Kosten um 680.000 Euro pro Jahr senken. Dazu wurden unter anderem ein Rohrbündelwärmetauscher und ein Economizer für die Vorwärmung des Kesselspeisewassers installiert und ein Edelstahl-Kaminzug mit Isolierung zur weitern Absenkung der Rauchgastemperatur eingebaut.

„Evonik stellt die eigenen Prozesse und Verfahren immer wieder auf den Prüfstand – um Geld zu sparen, die Wettbewerbsfähigkeit abzusichern und dabei auch noch die Umwelt zu entlasten“, betonte Dr. Klaus Engel, Vorstandsvorsitzender von Evonik. „Wir zeigen, dass es möglich ist, Klima und Umwelt zu entlasten und zugleich nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg zu erzielen.“ Evonik hat das sog. Effiziente Energiemanagement (EEM) etabliert, um die Effizienz der Energienutzung stetig zu steigern. Dabei werden die Erfahrungen einzelner Bereiche und Standorte auf das gesamte Unternehmen übertragen. **DK**

Der Ersatzbau des Alten- und Pflegeheims Wilhelm-Löhe-Haus in Kempten wurde unter Berücksichtigung energieeffizienter Gebäudetechnik neu errichtet. Bild: Grammer Solar

Sonne sorgt für warme Luft im Wilhelm Löhe Haus

Teilneubau des Alten- und Pflegeheimes des Diakonischen Werkes Kempten

Anfang 2006 entschied sich der Vorstand des Diakonisches Werkes-Johannisverein Kempten e.V. für einen Teilneubaus seines Alten- und Pflegeheimes. Und schon am 14. September 2007 konnte dieser feierlich eingeweiht werden. Damit stehen wieder 100 Betten für die pflegerische Arbeit zur Verfügung. Neben den Wohnbereichen wurde der gesamte Eingangsbereich mit Rezeption und eine offene Halle mit Speisesaal, Kiosk und Cafeteria neu gestaltet.

Soviel zur sichtbaren Raumgestaltung, doch was dem Besucher oft verborgen bleibt, ist die Anlagentechnik. Nicht so auf dem Dach, des von den Architekten Holzbock + Müller, Kempten, entworfenen Gebäudes, auf dem sichtbar eine Luftkollektor-Anlage installiert wurde. In den letzten Jahren haben sich vor allem im Einfamilienbau wassergeführte Kollektorsysteme etabliert. Doch seit Jahren sind ebenso Solar-Luft-Systeme im Einsatz, die vor allem in großvolumigen Gebäuden erstaunlich hohe Einsparungen im Bereich Heizung/Lüftung vorweisen können.

Denn der Einsatz von thermischer Solarenergie ist nicht nur auf die Erwärmung von Trinkwasser beschränkt, heizungsunterstützende Systeme sind möglich und werden in Zukunft noch viel stärker gefordert sein. Und genau hier zeigen Solar-Luft-Systeme, auf die der in Kempten ansässige Planungsingenieur Kurt Güttinger setzt, ihre Stärken: mit einfachen Mitteln kann unabhängig vom bestehenden Heizungssystem frische Solarwärme ins Gebäude gebracht werden.

Mit der 70 m² großen Anlage auf dem Wilhelm Löhe Haus sind dies 3.000 m³ Luft pro Stunde mit einer Spitzeleistung von 47 kW. Güttinger kalkuliert, dass damit ca. 25 % des Jahresheizbedarfes eingespart werden.

Das Einsparungspotential mag beispielsweise eine Langzeitstudie verdeutlichen: Seit etwa 15 Jahren ist ein Solar-Luft-System für den Turnhallenkomplex des Münchener Karlsgymnasiums in Betrieb. Dank einer solarthermischen Anlage mit dem Energieträger Luft sowie weiteren flankierenden Maßnahmen durch Kesselerneuerung einschließlich Regelung konnte der Verbrauch von herkömmlicher Heizenergie um etwa die Hälfte reduziert werden. Dazu wurden auf dem Dach der Schule 180 m² Solar-Luft-Kollektoren errichtet, die seit 1993 in Betrieb sind – im Winter zum Heizen und Lüften, im Sommer zur Erwärmung des Duschwassers. Das Resultat ist eine beachtliche durchschnittliche Verbrauchsreduzierung von 51 % bzw. 22.400 m³ Erdgas/Jahr.

Die Vorteile von Solar-Luft-Systemen liegen in der schnellen Anlaufzeit, der geringen Vorlauftemperatur – selbst bei bedecktem Himmel wird die für einen effektiven Heizbetrieb notwendige Temperatur bereits erreicht – sowie im Trägermedium selbst: Zwar ist Luft kein optimaler Wärmespeicher, aber sie erwärmt sich relativ schnell und lässt sich einfach verteilen; dabei friert sie weder ein, noch kann sie überkochen.

Infos unter: www.grammer-solar.de ❐

Bürgermeister Hans Popp:

Merkendorf zeigt Energiegröße

Die Stadt Merkendorf im Landkreis Ansbach hat frühzeitig die Zeichen der Zeit erkannt. Wie Bürgermeister Hans Popp erläuterte, nutzte die 3000-Einwohner-Kommune, seit dem 18. Jahrhundert auf den Krautanbau spezialisiert, die Vorteile der Erneuerbaren Energien, um sich im ländlichen Raum zu einem High-Tech-Standort zu wandeln.

Beim elektrischen Strom aus Erneuerbaren Energien erreicht Merkendorf einen Selbstversorgungsgrad von 160 Prozent (Stand: 2008). Dafür sorgen über 70 Photovoltaikanlagen, ein Wasserkraftwerk und acht Biogasanlagen. Allein 1.800 Quadratmeter Dach- und Außenflächen im Energiepark sind mit verschiedenen Modulen ausgestattet, die zusammen 180 kWp erreichen. Bürgersolaranlagen auf den Dächern der Grundschule sowie der Schulsporthalle und der Feuerwehr bringen zusätzlich über 100 kWp.

Die Stromnetze werden ebenfalls gespeist aus neun Biogasanlagen. Sie werden als Blockheizkraftwerke betrieben und liefern fast 80 Prozent des Stromanteils. Deren Abwärme trägt zur Unterstützung der Wärmeversorgung von Privathaushalten, öffentlichen Gebäuden und Industriebetrieben über zwei Fernwärmeleitungen und fünf Nahwärmenetze bei. Die Fernwärmeleitung führt dabei in den Ort, wo die Wärme in einer Verteilerstation an die Nahwärmenetze übergeben wird. Im Energiepark übernehmen 150 Quadratmeter Solarthermie-Kollektoren die Trinkwassererwärmung und Gebäudeheizung. Zwei saisonale Pufferspeicher von 17.500 Litern sorgen für die ganzjährige Wärmebereitstellung. Unterstützt werden sie durch einen Pelletkessel sowie eine kontrollierte Be- und Entlüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung. Die Klimatisierung im Sommer erfolgt über Erdwärmetauscher.

„Energiepark Merkendorf“

Hervorzuheben ist beim Themenfeld Energie laut Popp auch die Etablierung Merkendorfs als ein regionales Cluster der Erneuerbaren-Energien-Branche. Der „Energiepark Merkendorf“ profitiert nicht nur von seiner autarken Energieversorgung mit Überschusseinspeisung, sondern er bietet auch den Raum, um Informationsabende, Diskussionen und Fachveranstaltungen abzuhalten sowie Energieberatungen und Schulungen durchzuführen. Hier werden Handwerker sowie Heimwerker geschult und Landwirte können sich zu Energiewirten weiterbilden lassen. Außerdem findet eine kostenlose Energieberatung durch unabhängige Energieberater statt. Das Informationsangebot wird durch die Veranstaltung der „Energietage“ abgerundet.

Auf den 90.000 Quadratmetern des Energieparks hat sich eine ganze Reihe von Unternehmen der Erneuerbaren-Energie-Branche angesiedelt. Mit diesem Erneuerbare-Energien-Cluster konnten bei Landwirten im Bereich Biomasse sowie im Handwerk für Montage von Photovoltaikanlagen rund 150 Arbeitsplätze geschaffen werden. Für diese positiven Effekte investierten sowohl die Stadt im Bereich Fernwärme und dem Gewerbegebiet „Energiepark“ als auch die ansässigen Firmen und nicht zuletzt die Bürger im Bereich der Bürgersolaranlagen. Unabhängig von weiteren Fördermitteln aus EU- oder Bundesprogrammen erwirtschaftet Merkendorf bereits Erlöse in Millionenhöhe. „Wir generieren heute achtzig Prozent unseres Gewerbesteueraufkommens aus dem Umfeld der erneuerbaren Energien“, so Hans Popp.

Ökologisch und ökonomisch sinnvoll

Die Vorteile neben dieser regionalen Wertschöpfung und den Steuereinnahmen sind weitere Kostensenkungen und ein reizvolles Image für die gesamte Region. Außerdem konnten im „Energiepark“ seit 2005 über 150 Arbeitsplätze geschaffen werden. Ein Beweis dafür, dass kommunaler Klimaschutz sich sowohl ökologisch als auch ökonomisch auszahlt.

Die Gemeinde Merkendorf ist Teil der kommunalen Energieallianz der Altmühl-Mönchswald-Region. Die gesamte Energieregion Westmittelfrankens erarbeitete 2008 ein übergreifendes Energiekonzept. „Erneuerbare Energien verbinden Ökologie und Ökonomie in hervorragender Weise“, berichtete Rathauschef Popp. Unter anderem durch das energiepolitische Engagement der Stadt sowie das der ansässigen Firmen produziert Merkendorf heute Energie aus der Region für die Region, unterstützt durch das „Energieforum“, das als Diskussionsplattform dient und einen intensiven Dialog von Wirtschaft und Politik fördert. Für ihre realisierten Projekte wurde die Stadt im Fränkischen Seenland „Ausgewählter Ort 2008“ in der von der Bundesregierung getragenen Initiative „Deutschland – Land der Ideen“.

Früher, so Bürgermeister Popp, glaubte man, regenerative Energien seien noch zu teuer, noch nicht wirtschaftlich, noch nicht ausgereift und würden noch billiger. Heute jedoch wisse man: Fossile Energie (Öl und Gas) sei teuer, unwirtschaftlich technisch überholt und werde nie wieder billig. Die (geheime) Formel laute: „Energie Effizienz plus Erneuerbare Energie“. **DK**

Informationsbesuch von Wirtschaftsminister Zeil bei „Heizomat“:

Präsenz auf dem Weltmarkt

Gunzenhausen (wefa) – Auf nachwachsende Rohstoffe setzen immer mehr Kommunen, wenn es gilt, sich von den großen Stromversorgern unabhängig zu machen. Riesige Biogasheizwerke sind entstanden, die Rathäuser, Schulen, Turnhallen, Kindergärten und Bibliotheken kostengünstig zu beheizen. Und es werden immer mehr, vor allem Biogasanlagen schießen aus dem Boden, darunter große, die ganze Dörfer mit Energie versorgen.

Schon vor 25 Jahren hat der Gunzenhäuser Unternehmer Robert Bloos („Heizomat“) die Chancen erkannt, die in der Nutzung der heimischen nachwachsenen Rohstoffe (sprich: Holz) liegen. Der Tüftler von einst gehört heute zu den innovativsten Unternehmern in Franken, was die „Metropolregion Nürnberg“ im letzten Jahr erkannte, als sie der Firma ihren „Jobstar“ verlieh. „Heizomat“ beschäftigt heute 220 Mitarbeiter in zwei Werken. Eines befindet sich an ungewöhnlichem Ort: der früheren Bundeswehrkaserne in Heidenheim. Bloos hat 2004 das 380-Hektar-Areal mitsamt dem Truppenübungsplatz vom Bund günstig gekauft und in den einstigen Panzerhallen eine riesige Fabrikationshalle eingerichtet.

Wirtschaftsminister Martin Zeil informierte sich kürzlich bei „Heizomat“. Er lernte dabei einen burschikosen Unternehmer kennen, „der sich nicht von der Weltuntergangsstimmung anstecken lässt“. Bloos hat den Betrieb in einem Vierteljahrhundert von der Ein-Mann-Garagenfirma zu einem mittelständischen Unternehmen entwickelt, das heute auf dem Weltmarkt präsent ist.

Produziert werden hauptsächlich Hackschnitzelheizungen in jeder Größe. Zum Portfolio gehören auch Holzhackmaschinen („Heizohack“), mit denen die Firma inzwischen an der Spitze der Technologie steht. Verarbeitet werden Hölzer bis zu einem Stammumfang von 80 Zentimetern. Immer mehr Gemeinden gehören zu den Bloos-Kunden, denn auch mit den kleineren Geräten lassen sich Hecken, Sträucher, Säge- und Holzabfälle zerkleinern und zu hochwertigem Brennmaterial verarbeiten.

Daneben hat Bloos den „Heizogreif“ konzipiert, mit dem Stamm- und Wipfelholz oder Strauchwerk problemlos transportiert werden können. Zu den „Erfindungen“ des innovativen Unternehmers gehört auch der „Heizobaum“, ein natürlicher Energiespeicher.

Der Heizobaum ist eine stocktriebige Pflanze, sehr schnell wachsend, widerstandsfähig und ein hervorragender Energiespeicher. Er ist genügsam, was den Boden betrifft. Sein Platz sind Wege, Grabenränder, brachliegende Feuchtflächen, Straßenböschungen usw. Er liebt Feuchtigkeit und braucht Platz.

Er wird in einer frostfreien Zeit von Oktober bis April mit einer Lebensgröße von einem bis zwei Meter gepflanzt. Nach fünf bis acht Jahren bringt die „Asternte“ 100 Kilogramm Hackschnitzel (entspricht 35 Liter Heizöl). Die Äste können dann jeweils nach fünf Jahren geerntet werden. Mit dem Baum als energetische Biomasse schließt sich ein natürlicher Kreislauf. „Es gibt wohl kaum eine ökologisch bessere Alternative“, sagt Robert Bloos, der alles andere ist als ein „grüner Spinner“, aber nicht blind ist gegenüber den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen. Im Angebot hat er auch den „Heizotrans“, ein Hochleistungsgebläse, sowie den „Heizoschneck“ (Beförderungsanlage). Neuerdings hat er den „Heizostroh“ konzipiert, der aus Getreide- und Rapsstroh billige Energie produziert. ❐

Mit Unternehmer Robert Bloos (rechts) beschickt Wirtschaftsminister Martin Zeil den „Heizohack“, der Stämme bis zu einem Durchmesser von 80 Zentimetern zu Hackschnitzeln verarbeiten kann. Foto: Falk

Andreas Maier / IWO:

Flüssige Brennstoffe - Perspektiven in der Kommune

Die Verbreitung verbrauchs- und schadstoffarmer Ölheizungstechnik im Gebäudebestand und in Neubauten aktiv voranzutreiben, ist die zentrale Aufgabe des Instituts für wirtschaftliche Oelheizung e.V. (IWO). Mit 1,44 Millionen Ölheizungen ist Bayern der wichtigste Heizölmarkt in Deutschland. Gleichzeitig liegt hier aber auch das größte Sanierungspotenzial, denn mehr als 420.000 Ölheizungen im Freistaat sind 19 Jahre und älter, wie Andreas Maier berichtete.

Der Einsatz effizienter Brennwerttechnik sowie ergänzend die Einbindung regenerativer Energien wie Solar oder Biomasse sei im Gebäudebestand eine der effektivsten und wirtschaftlichsten Maßnahmen zur Energieeinsparung und Reduzierung der CO2-Emissionen, so Maier. Zudem gelte die Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebestand unter Experten als vorrangiger und wesentlicher Schritt für erfolgreichen Klimaschutz.

Mit einer Energieausnutzung von nahezu 100 Prozent erfüllen Öl-Brennwertgeräte bereits die Anforderung höchstmöglicher Effizienz. Die Energieeffizienz von Gebäuden insgesamt lässt sich darüber hinaus durch zusätzliche Maßnahmen wie Wärmedämmung und die Einbindung regenerativer Energieträger optimieren. Bewährt hat sich die Kombination der Öl-Brennwerttechnik mit Solarthermie zur Warmwassererzeugung und Heizungsunterstützung, nicht zuletzt auch wegen ihres vergleichsweise günstigen Kosten-Nutzen-Verhältnisses.

Genauso problemlos kann die Solar-Öl-Brennwertheizung zusätzlich mit Biomasse kombiniert werden. Dabei wird ein wasserführender Holz-Kaminofen mithilfe eines Wärmetauschers in die gesamte Wärmeversorgung des Hauses integriert. Zentrales Element der Heizungsanlage ist dann ein Pufferspeicher, der alternativ mit Sonnenenergie, Wärme aus dem Kaminofen oder dem Öl-Brennwertkessel beheizt wird.

Diese Kombination kann schrittweise umgesetzt werden. Wer zunächst einen Öl-Brennwertkessel einbaut, erreicht mit einer verhältnismäßig geringen Investition eine Energieersparnis von bis zu 30 Prozent gegenüber einem veralteten Standardkessel. Im nächsten Schritt kann dann eine Solaranlage oder ein Kaminofen installiert werden. Damit wird die Versorgungssicherheit immer weiter erhöht. Für das Heizungshandwerk bietet das Heizkonzept Brennwerttechnik plus Solarthermie plus Holzkaminofen – das sog. trivalente Heizsystem mit dem Speicher als „Heizzentrale“ – eine gute Möglichkeit, neue Aufträge zu generieren und sollte daher verstärkt in der Kundenberatung berücksichtigt werden.

Sinkender Energiebedarf

Der Vorteil eines dezentral beim Kunden gelagerten Energievorrates bekommt bei der zukünftigen Entwicklung im Wärmemarkt eine besondere Bedeutung: Dank effizienter Heiztechnik und energetisch verbesserter Gebäude sinkt der Energiebedarf. Größere Wärmemengen werden im Jahresverlauf nur noch in relativ kurzen Phasen benötigt. Einen Großteil der Zeit schaffen die regenerativen Komponenten eines trivalenten Heizsystems die Wärmeversorgung allein.

Da eine unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten akzeptable Versorgungssicherheit unter diesen Rahmenbedingungen nur ein flexibel verfügbarer Energieträger gewährleisten kann, der ohne kostenintensiv erstellte Leitungsnetze zum Verbraucher gelangt, werden flüssige Brennstoffe laut Maier langfristig bedeutende Energieträger im Wärmemarkt bleiben. **DK**

Ostwind Gruppe:

„Wind ist unsere Stärke“

Die Regensburg, Straßburg und Prag ansässige OSTWIND-Gruppe entwickelt, projektiert und errichtet europaweit Windparks. Seit 1994 hat OSTWIND 55 Projekte mit 399 Windenergieanlagen und einer Leistung von 549 MW geplant, gebaut und ans Netz gebracht.

Zentraler Erfolgsfaktor der Projektentwicklung ist, dass OSTWIND nur wirklich geeignete Standorte auswählt und die besten vertraglich sichert. Dem schließen sich eine fundierte Standortentwicklung und eine optimale Konfiguration des Windparks an - ausgehend von eigenen zertifizierten Windmessungen, über das gesamte Genehmigungsverfahren bis hin zu einer reibungslosen Anbindung an das Stromnetz.

Die Planung und Realisierung der Projekte erfolgt dabei von Beginn an in enger Abstimmung mit allen Beteiligten vor Ort, also mit Behörden und Kommunalparlamenten, aber auch Nachbarn, Landwirten und Grundstückseigentümern. Ein Markenzeichen ist, dass OSTWIND bevorzugt Firmen aus der Region mit der Bauausführung beauftragt.

Dialog am Ostwind-Stand. ❐

Das Unternehmen arbeitet mit starken Partnern zusammen - darunter alle namhaften Hersteller von Windkraftanlagen. Die Investoren haben so die Gewissheit, dass jeder der Windparks herstellerunabhängig mit der jeweils modernsten Technologie ausgestattet wird. Zusätzlich integriert OSTWIND auf Wunsch eigene Online-Überwachungs- und Mess-Systeme, um die Leistungsfähigkeit der Anlagen zu kontrollieren, zu optimieren und auf lange Sicht zu bewahren.

Windmessmasten

Pünktlich zum heuer erstmals stattfindenden „Global Wind Day 2009“ hat die OSTWIND-Gruppe gemeinsam mit der Firma Enercon vor den Toren Regensburgs Deutschlands höchsten Windmessmasten installiert. Auf dem Gemeindegebiet von Beratzhausen nahe der Autobahn A3 wird in 140 m Höhe untersucht, woher der Wind in Bayern weht - vor allem aber in welcher Stärke.

Hintergrund ist, dass die technische Entwicklung bei Windkraftanlagen inzwischen Nabenhöhen von weit über 100 m möglich macht. Dies erlaubt auch im Süden Deutschlands die Nutzung sehr dauerhafter Windströmungen in größeren Höhenlagen und oberhalb „rauer“ Oberflächen - wie sie zum Beispiel Bayerns Waldregionen bieten. Bislang mussten die hiesigen Projektentwickler bei der Abschätzung möglicher Erträge auf einen völlig veralteten Windatlas aus dem Jahr 1984 zurückgreifen.

Spitzentechnologie

„Die Windenergie hat sich in den vergangenen 25 Jahren zu einer Spitzentechnologie entwickelt, die modernster und genauester Messmethoden bedarf“, erläuterte OSTWIND-Unternehmensleiterin Gisela Wendling-Lenz die Notwendigkeit der auf ein ganzes Jahr angelegten Messkampagne. „Der von uns aufgestellte Messmast“, führte sie aus, „ermittelt beispielhaft für hiesige Regionen die Windgeschwindigkeiten in Höhen, die bislang noch nicht untersucht werden konnten. Das ist eine echte Premiere!“ Zusätzlich könnten auf diese Weise neue Erkenntnisse darüber gewonnen werden, mit welchen Turbulenzen über Bayerns Wäldern zu rechnen sei.

Kommunale Interessenten

Unternehmensleiter Ulrich Lenz kündigte gleichzeitig an, dass es OSTWIND nicht bei diesem einen Windmessmast in Bayern belassen, sondern noch weitere in dieser Größenordnung errichten wolle, um künftig für möglichst viele relevante Standorte im Land aussagekräftige Windprognosen liefern zu können.

„Immer mehr kommunale Vertreterinnen und Vertreter melden sich bei uns, weil sie gerne eigenen sauberen Strom aus Windkraft gewinnen wollen“, betonte Lenz. Diesen könne OSTWIND in Zukunft besser als bisher Auskunft geben, ob vor Ort genügend Wind weht. „Dann werden viele bayerische Gemeinden und Stadtwerke überrascht sein, welches Windenergie-Potenzial in ihrer Region steckt.“ **DK**

E.ON Bayern verlieh Kinderbibliothekspreis

Auszeichnung im Bereich der Leseförderung

Zehn bayerische Bibliotheken hat die E.ON Bayern AG in der Weidener Max-Reger-Halle mit dem unternehmenseigenen Kinderbibliothekspreis ausgezeichnet. Seit 2007 verleiht das in Regensburg ansässige Energieunternehmen diesen Preis, der besondere Leistungen bayerischer Bibliotheken und Büchereien im Bereich der Leseförderung würdigt.

Der Kinderbibliothekspreis der E.ON Bayern ist mit jeweils 5.000 Euro dotiert. Das Preisgeld ist zweckgebunden und dient der weiteren Verbesserung der Buch- und Medienausstattung der jeweiligen Preisträger. Gemeinsam mit dem Staatssekretär aus dem Bayerischen Kultusministerium, Dr. Marcel Huber, hat der Vorsitzende des Vorstands der E.ON Bayern AG, Thomas Barth, die Preise an die Gewinner überreicht.

Wichtige Anregung

„Es ist unbestritten, dass die Leseförderung bei Kindern eine entscheidende Bedeutung für die Entwicklung der Sprach- und Kommunikationskompetenz hat“, erklärte Thomas Barth. Zudem sei Lesen ein wichtiger Beitrag für die Bildung und Ausbildung junger Menschen. Deshalb will das Unternehmen nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden auf die Bedeutung der Leseförderung aufmerksam machen und mit den bayerischen Bibliotheken und Büchereien diejenigen unterstützen, die sich täglich um Fortschritte im Bereich des Lesens kümmern. „Mit unserer Auszeichnung wollen wir die ins Rampenlicht rücken, die sich mit besonderem Engagement und kreativen Ideen dieser Sache annehmen. Sie sind beispielgebend und regen andere zum Nachahmen an“, begründete Barth das gesellschaftliche Engagement des Unternehmens.

Die Fähigkeit und Freude am Lesen zu fördern, ist nach den Worten des Staatssekretärs nicht nur eine rein politische Aufgabe, sondern in erster Linie ein gesellschaftlicher Auftrag. „Alle müssen dabei an einem Strang ziehen. Eltern, Schulen, Bibliotheken und Büchereien, aber auch die Wirtschaft, die künftig gut ausgebildete und kompetente junge Nachwuchskräfte benötigt“, begrüßte Staatssekretär Huber das Engagement der E.ON Bayern. „Die rasanten Veränderungen im Bereich der Mediennutzung und Fortschritte bei Kommunikationstechnologien haben großen Einfluss auf das Heranwachsen von Kindern und Jugendlichen. Auf der einen Seite ist es natürlich wichtig, Kinder frühzeitig an diese neuen Entwicklungen heranzuführen. Auf der anderen Seite spüren wir aber, dass der Stellenwert des Buches oftmals in den Hintergrund gerät, worunter die Lesefähigkeit bei vielen jungen Menschen leidet“, erklärte der bayerische Kultus-Staatsekretär.

Preisträger

Die Preisträger des Jahres 2009 sind die Stadtbibliothek Cham, die Gemeindebücherei Donaustauf, die Gemeindebücherei Frensdorf, die Stadtbibliothek im Kellereischloss in Hammelburg, die Bücherei am Stadtpark in Kulmbach, die Stadtbücherei Landshut, die Stadtbücherei Miltenberg, die Gemeindebücherei Reichertshausen, die Bücherei im Fohlenhof in Steingaden und die Katholische Öffentliche Bücherei Tittmoning.

Im Zuge des Kinderbibliothekspreises unterstützt E.ON Bayern 50 weitere Büchereien und Bibliotheken mit dem sogenannten Lesezeichen, das mit jeweils 1.000 Euro dotiert ist. Auch dieser Betrag ist zweckgebunden und dient der verbesserten Ausstattung der Bibliotheken. ❐

Neuerscheinung im C.H. Beck Verlag:

Beamtenrecht in Bayern

Durch die Föderalismusreform wurde die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern grundlegend neu geordnet. Im Beamtenrecht hatte dies den Entfall der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz im Bereich des Besoldungs- und Versorgungsrechts sowie den Wegfall des Rechtsinstituts der Rahmengesetzgebungskompetenz zur Folge.

Auf der Grundlage der neuen Gesetzgebungskompetenz des Bundes zu Regelung der Statusrechte und -pflichten der Beamten wurde das Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) am 19.6.2008 im Bundesgesetzblatt bekanntgemacht. In den Bundesländern mussten die Landesbeamtengesetze entsprechend bereinigt und angepasst werden. In Bayern wird dieses Ziel durch das neue Bayerische Beamtengesetz (BayBG) vom 29.7.2008 erreicht. Beide Gesetze treten zeitgleich am 1. April 2009 in Kraft.

Leichter Einstieg in Materie

Die Einführung erleichtert das Verständnis und den Einstieg in die Materie des Beamtenrechts, wie es sich nach den Veränderungen durch die Föderalismusreform darstellt. Durch Gegenüberstellung der alten und neuen Vorschriften in der Synopse kann sich der Nutzer rasch einen Überblick über die neue Rechtslage verschaffen. Ein Sachregister hilft beim schnellen Suchen einzelner Normen. Das Werk wendet sich an die öffentliche Verwaltung in den Gemeinden, Richter sowie an Studierende der Beamtenfachhochschulen.

Dr. Alexander Voitl/Florian Orlitsch, Beamtenrecht in Bayern, Verlag C.H.Beck, 2009, XIV, 96 Seiten, kartoniert € 16,00, ISBN 978-3-406-59037-5 ❐

Neuerscheinung im Rehm Verlag:

Das neue Vergaberecht 2009

Nur wenige Wochen vor Erscheinen dieses Buches ist es in Kraft getreten: Das Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts. Die Änderung der bestehenden Regelungen soll zu einer Verschlankung und Vereinfachung des Vergaberechts führen sowie der Förderung des Mittelstands, der Umsetzung von EU-Richtlinien und der Schaffung einer größeren Transparenz bei der Vergabe von Aufträgen dienen.

Die vorliegende Neuerscheinung ermöglicht den einfachen und schnellen Einstieg in das neue Vergaberecht, wie es sich nach dem Inkrafttreten des Modernisierungsgesetzes darstellt.

Übersicht über Neuerungen

Zunächst werden in einer kompakten Einführung die Neuerungen zusammengefasst. Dann folgt das Vergaberechtsmodernisierungsgesetz im Wortlaut mit Erläuterungen. Ergänzend sind die aktuellen, konsolidierten Textfassungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen GWB und der Vergabeverordnung VgV abgedruckt.

Praxisgerechtes Hilfsmittel

Und schließlich – besonders hilfreich für die praktische Umsetzung – finden sich in der Neuerscheinung Synopsen zu GWB und VgV, die durch eine Gegenüberstellung von alten und neuen Regelungen alle Änderungen klar augenfällig machen. Mit diesem handlichen Buch legt der Rehm Verlag wieder ein praxisgerechtes Hilfsmittel vor, das sich an all jene richtet, die in ihrer täglichen Arbeit das neue Recht rasch und zuverlässig umsetzen und/oder kennenlernen müssen.

Das neue Vergaberecht. Ein Schnelleinstieg in das Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts vom 20. April 2009. Von Rudolf Ley. Mit einer Einführung von Thomas Schnabel. 2009. VII, 191 Seiten. Kartoniert. € 29,95. ISBN 978-3-8073-0123-5 ❐

Wenn die Drähte glühen

Versicherungskammer Bayern bietet kommunale Elektronikversicherung

Fax, Telefon und andere elektronische Geräte laufen täglich auch in den kommunalen Verwaltungen der Gemeinden und Städte „heiß“. Technisierte Anlagen und Geräte erleichtern auf vielfältige Weise den Alltag, sind aber häufig schadenanfällig. Denn Bedienungsfehler, Überspannung, Wasser, Brand oder Fahrlässigkeit können schnell zu einem Defekt der Geräte führen. Werden sie beschädigt oder zerstört, können die anfallenden Reparaturkosten oder der Ersatz der Geräte mit oft unkalkulierbaren Kosten verbunden sein. Abhilfe bietet in diesem Fall eine Elektronikversicherung. Sie schützt vor den finanziellen Folgen nach einem Schadenfall.

Für kommunale Verwaltungen bietet die Versicherungskammer Bayern als einziger Versicherer die kommunale Elektronikversicherung. Gemeinden und Stadtverwaltungen können damit ihre elektronischen Geräte und Anlagen gegen jede Art von Schäden und Zerstörung absichern. Lediglich Beleuchtungseinrichtungen und Anlagen der Verkehrsregelung und - überwachung sind ausgenommen; ebenso elektronische Geräte und Anlagen in speziellen kommunalen Einrichtungen wie Krankenhäusern, Stadt- oder Gemeindewerken, Wasser- und Energieversorgungseinrichtungen sowie Kläranlagen.

Idealerweise wird die kommunale Elektronikversicherung genau auf den Versicherungsbedarf der jeweiligen Kommune zugeschnitten. Die Beiträge werden nach der Einwohnerzahl der Kommune bemessen und nicht nach der Zahl der versicherten Geräte. Dadurch entfällt eine langwierige Ermittlung der Versicherungssumme. Auch alle geleasten oder gemieteten elektronischen Anlagen der Gemeinde sind in den Versicherungsschutz aufgenommen, sobald die Gemeinde dafür die Gefahr trägt. Beweglich eingesetzte Geräte sind auch außerhalb des Versicherungsortes versichert.

Ein weiterer Vorteil ist, dass Änderungen des Bestands der versicherten Anlagen nicht gemeldet werden müssen. Damit entfällt die Gefahr, dass im Schadenfall einmal ein Gerät nicht versichert ist.

Für Fragen zum Thema Elektronikversicherung stehen neben den Kommunalbetreuer auch die Spezialisten der Abteilung Elektronik- und Maschinenversicherung der Versicherungskammer Bayern gerne zur Verfügung. ❐

Energieeffizienz in Gebäuden

Mit dem Jahrbuch 2009 „Energieeffizienz in Gebäuden“ hat der VME Verlag und Medienservice Energie ein Fachbuch auf den Markt gebracht, das Einsteigern wie Branchenkennern dabei hilft, sich sowohl im Dschungel der Anreiz- und Förderprogramme zurechtzufinden als auch die passende Energieeffizienztechnik zum Einsatz zu bringen.

Wer heute baut, saniert oder modernisiert, sollte zwei Dinge im Auge behalten:

- Welche Maßnahmen helfen mir auch zukünftig Energie zu sparen?
- Wie lässt sich damit das Klima schützen?

Dabei deckt das Jahrbuch folgende Themenfelder ab:

- Politische Positionen und Strategien für Energieeffizienz
- Praxisprojekte und mustergültige Sanierungen
- Techniktrends in den Bereichen Dämmung, Fenster, Brennwertkessel, KWK und Solarenergie
- Neue Konzepte im Bereich Energiedienstleistungen (u.a. Contracting und Gebäudeautomation)

Neben prominenten Autoren wie Bundesminister Wolfgang Tiefensee haben viele weitere Experten an diesem praxisorientierten Buch mitgewirkt und es so zum Standardwerk zum Thema Energieeffizienz in Gebäuden gemacht.

Bestellmöglichkeit und weitere Informationen unter: www.vme-energieverlag.de ❐

Jahrespressekonferenz der DATEV eG:

Mehr Umsatz trotz Krise

Obwohl das wirtschaftliche Umfeld bekanntermaßen schwierig ist, hat die DATEV eG aus Nürnberg, im vergangenen Jahr ihren Umsatz um 35,6 Mio. Euro auf 649,7 Mio. Euro deutlich erhöht - ein wie Vorstandsvorsitzender Prof. Dieter Kempf bei der Jahrespressekonferenz betonte, „bemerkenswertes Ergebnis“. Mit dieser Umsatzsteigerung von 5,8 Prozent (Vorjahr 5,0 Prozent) liege der IT-Dienstleister auch über dem Durchschnitt für die Softwarebranche von 4,2 Prozent.

Das operative Ergebnis der Genossenschaft stieg um 12 Prozent oder 4,5 Mio. Euro auf 42,3 Mio. Euro (Vorjahr. 37,8 Mio.). Davon fließen 40,7 Mio. Euro (35,0 Mio.) als genossenschaftliche Rückvergütung wieder an die Mitglieder. „Niemals zuvor wurde den Mitgliedern so viel zurückgegeben wie für das Jahr 2008“, erläuterte Kempf.

Für das laufende Jahr rechnet der DATEV-Vorstandsvorsitzende wieder mit einem Umsatzwachstum, allerdings nicht mehr in gleicher Höhe wie im Vorjahr. „Trotz der Unwägbarkeiten im Markt glauben wir, unsere Planungen von etwa 2,8 Prozent Umsatzzuwachs für das Gesamtjahr zu erreichen.“ Das erste Halbjahr 2009 wurde mit einem Umsatz von 340,6 Mio. Euro (Vorjahr 328,6 Mio.) abgeschlossen.

Erfahrung bei Datenschutz

Deutliches Wachstum verzeichnete das Unternehmen im vergangenen Jahr auch bei seinen Rechenzentrumsdienstleistungen. Unter dem Einfluss der Digitalisierung und elektronischen Vernetzung des Wirtschaftslebens werden immer mehr Geschäfte via Internet angebahnt, abgewickelt sowie die Verwaltungsvorgänge arbeitsteilig neu strukturiert. Software und Sicherheitsdienstleistungen lassen sich zunehmend aus dem Netz beziehen. Das stärkt auch die Rolle des Dienstleistungsrechenzentrums der Genossenschaft. Neben unterschiedlichen Arten der Bereitstellung von Software, Outsourcing-Diensten und klassischer Datenverarbeitung fungieren die Nürnberger als Drehscheibe für die Datenverteilung, organisieren Datensicherung und -archivierung und kümmern sich um eine sichere Internet-Nutzung für ihre Kunden. Hier könne die Genossenschaft mit ihrer jahrzehntelangen Erfahrung beim Thema Datenschutz und Datensicherheit punkten, so Kempf.

Weite Verbreitung der Software für Kommunen

Wie Kempf zudem betonte, nutzen kommunale Kunden in mittlerweile 14 Bundesländern DATEV-Produkte und Dienstleistungen. Mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt und Bremen verfügt der IT-Dienstleister damit in jedem Bundesland über Referenzkunden. Der Vorstandsvorsitzende: „Aktuell arbeiten 27 unserer öffentlichen Verwaltungen ‚im Echtbetrieb’ nach Doppik. Besonders erfreulich ist, dass über 70 Prozent aller Anwender zusätzliche Lösungen aus weiteren Produktgruppen einsetzen.“

Die in Folge der deutlich schwächeren Konjunktur sinkenden Steuereinnahmen werden Kempf zufolge auch Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft der Kommunen in neue Lösungen haben. „Mit unserem preislich sehr attraktiven Angebot erhoffen wir uns hier allerdings eher eine Verbesserung unserer Position gegenüber der unserer Wettbewerber.“

DATEV ist auch dann von der Partie, wenn die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (FHVR) in Hof und die Hochschule Deggendorf mit Beginn des kommenden Semesters ihren gemeinsam konzipierten berufsbegleitenden Masterstudiengang „Public Management“ starten. Das DATEV-Planspiel zur Veranschaulichung des Übergangs von der Kameralistik zu einem doppischen Rechnungswesen ist Bestandteil des Lehrplans und dient als Auftaktveranstaltung für den neuen Weiterbildungsstudiengang.

Dozenten beider Fachhochschulen haben das Planspiel getestet und sich so vom pädagogischen Wert des Konzepts für die Aus- und Weiterbildung von Verwaltungsfachleuten überzeugt. Laut Hildegard Zeilinger, Studiengangsleiterin an der FH-VR Hof, „haben wir bisher generell gute Erfahrungen mit dem Einsatz von Planspielen gemacht“. „Das von der DATEV erarbeitete Spiel basiert auf praktischen Beispielen und ist nach unserer Überzeugung hervorragend geeignet, um den Umstieg vom kameralen Rechnungswesen auf die Doppik zu simulieren“, so Prof. Konrad Schindlbeck von der Hochschule Deggendorf. Deshalb soll es nun bei dem von beiden Bildungseinrichtungen gemeinsam geschaffenen Studiengang zum Einsatz kommen.

Weiterbildung

Die angehenden Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung werden in Gruppen von drei bis vier Personen an das Thema herangeführt. Als Team übernehmen sie die Verantwortung für die finanzielle Entwicklung einer Musterkommune über einen Zeitraum von zwei Haushaltskreisläufen. Im ersten Jahr beginnen sie mit der kameralen Haushaltsplanung und wechseln in den Haushaltsvollzug bis hin zur kameralen Rechnungslegung mit Kassenabschluss. Im zweiten Geschäftsjahr werden dann die kommunalen Produkte neu definiert und das neue Rechnungswesen mit dem Drei-Komponenten-System (Finanzrechnung, Ergebnisrechnung und Vermögensrechnung/Bilanz) eingeführt. **DK**

Erfolgreich im Mandat –
mit dem Wissen der Profis

Als Mandatsträger müssen Sie sich nicht nur in vielen kommunalen Belangen auskennen. Sie müssen auch jederzeit souverän agieren, sicher entscheiden und kompetent mitreden können. Schaffen Sie sich deshalb eine fundierte Wissensgrundlage, auf die Sie sich immer verlassen können.

Brandl/Huber/Walchshöfer (Hrsg.)
Dirnberger/Schneider/Wölfel
Praxiswissen
für Kommunalpolitiker
Erfolgreich handeln als Gemeinde-, Stadt-, Kreis- und Bezirksrat

Softcover, 432 Seiten,
ISBN 978-3-7825-0516-1, € 18,60

Das Handbuch hat sich als schneller und kompetenter Praxishelfer bereits zigtausendfach bewährt. Die Neuauflage berücksichtigt alle rechtlichen Änderungen und greift zahlreiche neue Themen auf. Neben grundlegenden Informationen finden Sie sofort nutzbare Tipps und Hinweise von Praktikern.

Ihr besonderes Plus:
Unter **www.praxiswissen-fuer-kommunalpolitiker.de** finden Sie zahlreiche Leseproben und wertvolle Online-Links, mit denen Sie Ihr Wissen zu einzelnen Themen jederzeit vertiefen können!

In einem ABC der kommunalen Praxis werden die wichtigsten Begriffe übersichtlich zusammengefasst und erläutert.

Ein Angebot der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg/München/Landsberg/Frechen/Hamburg; im Fachbuchhandel erhältlich; Preisänderung vorbehalten! Weitere Informationen unter **www.huethig-jehle-rehm.de.**

::jehle

WAN 513602 Stand Juli 2009

Aktivkohle-Filteranlage für gesundes Trinkwasser

Projekt der Wasserzweckverbände Laber-Naab und Eichlberger Gruppe wird eingeweiht

Ein weit mehr als zwei Jahre währendes Bauprojekt wird am 8. August feierlich eingeweiht und damit seiner Bestimmung übergeben: Die gemeinsam von den Wasserzweckverbänden Laber-Naab und Eichlberger Gruppe geschaffene Aktivkohle-Filteranlage in Hohenlohe (zwischen Beratzhausen und Oberpfraundorf) geht damit ans Netz und sorgt für ein von Pflanzenschutzmitteln unbelastetes Nass. Summa summarum sechs Millionen Euro investierten die beiden Zweckverbände dafür, dass die Kunden auch in Zukunft ein gesundes Trinkwasser geliefert bekommen.

Bereits bisher war dieser Standort wichtig für das Wasser dieser Region. Denn hier steht der Hochbehälter Hohenlohe des Zweckverbandes der Wasserversorgungsgruppe Laber-Naab (so der ausführliche Name der Einrichtung). In unmittelbarer Nähe im Nordosten davon wurde nun das Wasserwerk mit den Nebengebäuden gebaut, das die Aktivkohleaufbereitungsanlage und

So sieht die Aktivkohle aus, die für den Filterprozess eingesetzt wird. (Foto: Markus Bauer)

alle damit zusammenhängenden notwendigen Einrichtungen beherbergt. Darüber hinaus sorgt ein Erdbecken zum Auffangen von nicht verunreinigtem Wasser für den Ablauf des Überlaufes.

„Bereits vor längerer Zeit hatten die Wasserzweckverbände Laber-Naab und Eichlberger Gruppe den gemeinsamen Bau einer Aktivkohleaufbereitungsanlage beschlossen, um auf dieser Weise dem Problem „Pflanzenschutzmittelrückstände“ Herr zu werden“, blickt Ludwig Scheuerer, Vorsitzender des Wasserzweckverbandes Laber-Naab, zurück. Am 20. April 2007 wurde dazu eine Studie vorgelegt, ein erster Planungsentwurf für die Anlage ist auf Ende Oktober 2007 datiert. Am 2. Januar 2008 wurde die Baugenehmigung erteilt, im März die Vergabe der Rohbauarbeiten, von acht weiteren Gewerken sowie der Technik für die Aufbereitung. Am 4. April 2008 erfolgte der Spatenstich. Im Spätsommer 2008 konnten die vier Filterkessel eingebaut und das Elementdach montiert werden. Nach dem Richtfest am 10. Oktober standen noch die Installation der hydraulischen Teile, die Rohmontage, die Ausbaugewerke, die Elektroinstallationen und diverse Feinarbeiten an.

Nicht nur die Problematik der Pflanzenschutzmittelrückstände löst die neue Anlage. „In Zukunft ist man nun auch im Falle von

Ludwig Scheuerer, Vorsitzender des Zweckverbandes der Wasserversorgungsgruppe Laber-Naab, und Wassermeister Manfred Achhammer. (Foto: Markus Bauer)

Ölunfällen oder ähnlichen Ereignissen gerüstet, da laut Auskunft des Wasserwirtschaftsamtes derartige Schadstoffe ebenfalls mittels der Aktivkohle aus dem Wasser gefiltert werden können“, erläutert Scheuerer. Er vergleicht die gesamten Anlagen gerne mit dem zentralen menschlichen Organ. „Hier steht das Herzstück unserer Zweckverbände – und es hat mit der Aktivkohle-Filteranlage nun einen Bypass erhalten“. Dieser kostete dem Wasserzweckverband Laber-Naab fünf, der Eichlberger Gruppe eine Million Euro.

Verschiedene Filterschritte

Konkret sind in unmittelbarer Nähe des Hochbehälters zwei Gebäude mit jeweils rund 300 qm und einer Höhe von ca. sechs Metern entstanden. In dem einen Gebäude findet die aus vier Filtern bestehende Aufbereitungsanlage Platz. Die zwei kleineren Filter reinigen das aus dem Brunnen „Alter Ofen“ kommende Rohwasser, das zunächst einen Sandfilter durchläuft. Die zwei größeren werden für das Wasser aus den Brunnen der Neumühle und der Pexmühle gewonnene Wasser eingesetzt.

Das genaue Procedere der Reinigung beschreibt Franz Herrler, Werkleiter des Zweckverbands: „Bevor das durch die Aktivkohle von den Schadstoffen befreite Wasser in den Hochbehälter Hohenlohe läuft und von dort den Endverbraucher erreicht, passiert es eine UV-Desinfektionsanlage. Mittels eines Manometers wird die Auslastung der Filter geprüft, um rechtzeitig die Kohle absaugen und mittels eines Brennvorgangs wieder aufbereiten zu können. Ein Spülbecken sorgt für die Reinigung der neu angelieferten Kohle. Den steten Betrieb der Desinfektionsanlage sichert eine Notstromanlage im Nebengebäude.“

Frostsicherheit

Ergänzt wird das Wasserwerk durch LKW- und Baggergaragen, Lager, ein Labor und sanitäre Anlagen. Die Wasserleitungen verlaufen im Keller, um so die Frostsicherheit zu gewährleisten. „Die Abwässer werden über eine abflusslose Grube entsorgt. Im Nebengebäude befindet sich eine Schaltwarte, die aber nur im Falle des Kohleaustausches und ähnlich gelagerten Fällen vom Personal des Wasserzweckverbandes Laber-Naab besetzt wird“, erläutert Herrler. Generell wird der Betrieb durch die zentrale Prozessleitwarte in den Räumen des Zweckverbandes Laber-Naab überwacht.

Laboranalyse vor Ort

Das Labor ermöglicht die Untersuchung der gezogenen Wasserproben vor Ort, wobei auch die Probenentnahme durch entsprechende Leitungsführung effizient geregelt werden wird.

Einen wesentlichen Teil trug die Firma BUT Bayerische Umwelttechnik GmbH bei. Dieses Unternehmen bietet alle Ingenieurdienstleistungen bei technischen Anlagen an, schwerpunktmäßig im Bereich der Trinkwasseraufbereitung. Die Mitarbeiter GmbH können auf eine langjährige Erfahrung verweisen und sind mit den neuesten Techniken und Verfahren der Trinkwasseraufbereitung vertraut. Speziell bei der Aktivkohle-Filteranlage wurden folgende Instrumente der Verfahrenstechnik geliefert und eingebaut: Vier Druckfilter mit Aktivkohle-Füllung; zwei Automatik-Filter zur Sandentfernung, die rohwasserseitig vorgeschaltet sind; die Desinfektion über eine UV-Anlage, die Belüftung mittels ölfreier Kompressoren; die Spül- und Treibwasserpumpen; die Dosieranlage für Flockungsmittel; die beiden schwimmenden Klarwasserabzüge für das Schlammwasserabsetzbecken sowie die Lieferung und Montage der Verrohrung und aller Armaturen und Messgeräte. **Markus Bauer**

Interview mit Diplom-Ingenieur Gerhard Petter:

„Erweiterung nach Norden ist möglich“

Das in Neumarkt/Opf. angesiedelte Ingenieurbüro Petter Ingenieure GmbH war neben anderen Fachplanern für die Gesamtplanung dieser Baumaßnahme zuständig. Wir sprachen mit Diplom-Ingenieur Gerhard Petter über die Funktionsweise dieser Aktivkohle-Filteranlage und besondere Herausforderungen bei Planung und Bau.

GZ: Warum wurde die Anlage notwendig und wie funktioniert in wenigen Worten die Anlage?

Gerhard Petter: *Zur Reduzierung der über den geltenden Grenzwerten liegenden Konzentrationen an Pflanzenschutzmitteln und Biozidprodukten im Brunnenwasser der beiden Zweckverbände wurde eine Aufbereitung des Rohwassers erforderlich. Über geschlossene Filterkessel, die mit Aktivkohle gefüllt werden, erfolgt die Adsorption dieser Stoffe. Im Anschluss wird das Wasser über eine UV-Anlage desinfiziert, bevor das aufbereitete Reinwasser zur Zwischenspeicherung in den vorhandenen Hochbehälter gelangt. Für das Rohwasser aus dem Brunnen „Alter Ofen“ wurde aufgrund seiner erheblichen Sandführung ein gesondertes Sandfilter vorgeschaltet.*

GZ: Können Sie für unsere Leser das Gebäude, in dem die Aktivkohle-Filteranlage untergebracht ist, etwas detaillierter beschreiben?

Gerhard Petter: *Zur Unterbringung der Verfahrenstechnik entstand ein Gebäude, das über einen unterirdischen begehbaren Gang mit dem Rohrkeller der benachbarten Hochbehälter-Schieberkammer verbunden wird.*

Das Wasserwerk wurde in konventioneller Bauweise hergestellt. Das hallenartige Bauwerk mit 25 Grad geneigten, im First versprungenden Pultdachhälften ist eingeschossig mit teilweise genutztem Dachraum. Im Firstbereich ist ein von Süden her belichtetes Oberlichtband, das in die Filterhalle ausreichendes Tageslicht fallen lässt. Die waagrechten schmalen Fensterbänder für die Nebenräume sind mit einbruchhemmenden Glas bestückt, um einen möglichst hohen Objektschutz zu erlangen.

GZ: War bei der Planung die Berücksichtigung der vier riesigen Filterkessel nicht eine große Herausforderung?

Gerhard Petter: *Das Gebäude selbst ist in seiner Raumaufteilung funktional durch die Aufbereitungstechnik vorgegeben, da die geschlossenen Filterkessel mit einer Höhe von 8,0 m nur über zwei Geschosse untergebracht werden konnten. In der zwischen den Geschossen offenen Filterhalle sind auf der Nordseite die vier Aktivkohlefilter untergebracht. Im Erdgeschoss ist mittig der Bedienungs-*

Diplom Ingenieur Gerhard Petter. Foto: Privat

gang und auf der Südseite die Nebenräume wie Schaltraum, Niederspannungshauptverteilung (E-Technik) Labor und ein WC, sowie das Treppenhaus angeordnet. Die Nebenräume haben eine begehbare Decke erhalten, über die im Obergeschoss auch der Zugang zu den Filterkesseln von oben her möglich ist. Im Kellergeschoss sind in der offenen Halle neben den Filterkesseln auch die Rückspülpumpen, die Kompressoren und die UV-Anlage untergebracht. Der für die Rückspülung erforderliche Klärbehälter wurde als offenes

(Fortsetzung auf Seite16)

PETTER INGENIEURE
BERATEN PLANEN ÜBERWACHEN
PETTER INGENIEURE GMBH
Regensburger Straße 112
92318 Neumarkt i. d. Opf.
Telefon: +49 9181 2687-0
Telefax: +49 9181 2687-30
post@pettering.de
www.pettering.de
Wasser, Abwasser, Strassen, Ingenieurbau, Hochwasser
Bauleitplanung, Erschliessung, Vermessung, Geoinformation, Visualisierung

shp
Sixt, Heiß + Partner GbR Ingenieurbüro
Am Fischergries 1a
85570 Markt Schwaben
Tel.: 08121 / 93 21 - 0
Fax: 08121 / 93 21 - 90 / - 92
shp.ing.buero@t-online.de
Wasserchemie, Korrosionschemie, Mikrobiologie, Mischbarkeit, Beratung, Planung, Bauleitung, Projektsteuerung
Aufbereitung von Trinkwasser • Badebeckenwasser Thermalwasser • industriellen Brauchwässern Beckenwässern in zoologischen Gärten Technische Ausrüstung für geothermische Nutzungen

PfK
Projektgesellschaft für die kommunale Ver- und Entsorgungstechnik
► Beratung
► Planung
► Bauüberwachung
► Projektsteuerung
PfK Ansbach GmbH
Technologiepark 1 • 91522 Ansbach
Tel. 0981_970330 • Fax 0981_9703399
@: ansbach@ib-pfk.de • http://www.ib-pfk.de

Mersch GmbH
Weiler 15 · 91171 Greding-Untermässing · Telefon 08463/1001 · Fax 08463/9391
E-Mail: post@mersch-elektrotechnik.de
Systemlösungen für Automatisierungs und Energietechnik
· Automatisierungs-, Prozessleit- und Fernwirktechnik
· Anlagenprojektierung Schaltanlagenbau
· Ortsmontage Inbetriebsetzung
· Trafostationen 20kV
· Niederspannungsverteilungen

BUT Bayerische Umwelttechnik GmbH
Sonnentaustraße 12, 80995 München
Telefon +49 (0) 89 / 1434 7627-0
Telefax +49 (0) 89 / 1434 7627-9
E-Mail: info@butgmbh.de
www.butgmbh.de
Wir bedanken uns für die sehr gute Zusammenarbeit mit dem Zweckverband WV Laber-Naab, dem Ingenieurbüro Sixt, Heiß + Partner und Petter Ingenieure GmbH.
Trinkwasseraufbereitungsanlagen aller Art, wie zum Beispiel: Enteisenung, Entmanganung, chemische und physikalische Entsäuerung, Oxidation, Aktivkohlefiltration, Ultrafiltration

Gruber HOCH- UND TIEFBAU
M. Gruber GmbH
Further Straße 33
93413 Cham
Telefon (0 99 71) 200 19 - 0
Telefax 72 36 oder 2 06 09
E-Mail: info@gruberbau-cham.de
• Hoch-, Tief- und Stahlbetonbau
• Kanal- und Wasserleitungsbau
• Brückenbauten und Straßenbauten
• Vermittlung von Baugrundstücken
• Erstellung von schlüsselfertigen Bauten
• Wasser- und Flußbau
• Auto – Teleskop – Kran - Verleih

Erheblicher Finanzbedarf für den ÖPNV

Deutscher Städtetag, Länder und der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen stellten Studie zum „Finanzierungsbedarf des ÖPNV bis 2025“ vor

Für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) besteht in den kommenden Jahren ein erheblicher Finanzbedarf, um Infrastruktur und Betrieb zu sichern und weiterzuentwickeln. Das hat die Studie „Finanzierungsbedarf des ÖPNV bis 2025“ ergeben, die gemeinsam vom Deutschen Städtetag, den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen sowie dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) in Auftrag gegeben und heute in Frankfurt vorgestellt wurde.

„Der ÖPNV in Deutschland hat heute einen im internationalen Vergleich herausragenden Standard. Die vorhandenen Standards wollen und müssen erhalten und in Anbetracht des Klimawandels und der Ressourcenknappheit effizient weiterentwickelt werden“, sagten für die Auftraggeber der Studie Petra Roth, Präsidentin des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main, Lutz Lienenkämper, Verkehrsminister von Nordrhein-Westfalen, und Volker Sparmann, VDV-Vizepräsident und Sprecher der Geschäftsführung der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV). Mit der Studie sei Basismaterial für eine faktenbasierte politische Diskussion über die Zukunft der Finanzierung des ÖPNV in Deutschland erarbeitet worden. Losgelöst von allen aktuellen Einzelinstrumenten der ÖPNV-Finanzierung liege jetzt der Gesamtmittelbedarf für ein angemessenes und effektiv bedientes bundesweites Angebot vor. „Diese objektive Ermittlung stellt damit die umfassendste Untersuchung zu dieser Thematik dar, die jemals in Deutschland durchgeführt wurde“, betonten die Auftraggeber.

Erneuerungsinvestitionen

Ziel sei es, den stetigen Rückzug der öffentlichen Hände zu stoppen: „In der Realität der vergangenen Jahre hat sich zunehmend die Tendenz gezeigt, dass die Kofinanzierung des ÖPNV aus öffentlichen Kassen massiv zurückgenommen wird“, kritisierten die Auftraggeber gemeinsam. So seien z. B. die Regionalisierungsmittel des Bundes durch das Haushaltsbegleitgesetz 2006 stark gekürzt und die Bundesfinanzhilfen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) durch die Föderalismusreform I zum Auslaufmodell erklärt worden. Die bisherige Zweckbindung bei den Länderprogrammen im Entflechtungsgesetz ist nur bis einschließlich 2013 gewährleistet und der Auslauf dieser Finanzhilfen für Ende 2019 vorgesehen. „Das Argument, dass die Infrastrukturen Deutschlands bis dahin fertig gestellt sein werden, trägt nicht. Insbesondere für Erneuerungsinvestitionen werden erhebliche Mittel benötigt“, so die Auftraggeber der Studie.

Verlässliche Finanzierung

Die Vorgaben der Auftraggeber für die Gutachter der Intraplan Consult GmbH, was ein angemessenes ÖPNV-Angebot ist, seien bewusst bodenständig gewählt worden: „Es ist also kein ‚politischer Wunschzettel‘“, betonten die Auftraggeber. Die Arbeit der Gutachter sei zudem durch einen Lenkungskreis begleitet worden, in dem auch Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung beratend tätig waren. Dabei wurden alle ÖPNV-Angebote unter den Gesichtspunkten der Effizienz und des demographischen Wandels auf den Prüfstand gestellt. „Damit ist das Ergebnis die untere Grenze dessen, was zukünftig tatsächlich notwendig sein wird. Die Studie belegt, dass auch nach 2019 eine verlässliche Mitfinanzierung des ÖPNV aus öffentlichen Kassen erforderlich bleiben wird.“

Großer Nachholbedarf

Die wichtigsten Ergebnisse der Studie der Intraplan Consult GmbH:

- Inzwischen besteht ein Nachholbedarf für bis heute nicht ausgeführte Erneuerungsinvestitionen in die Fahrwege und Bahnhöfe der U-Bahnen, Stadt- und Straßenbahnen in Höhe von knapp 2,4 Milliarden Euro. Für turnusmäßige Reinvestitionen werden bis zum Jahr 2025 darüber hinaus jährlich 550 Millionen Euro benötigt. Hiervon können zurzeit aus Eigenmitteln der Aufgabenträger und Infrastrukturbetreiber jährlich 220 Millionen Euro finanziert werden. Durch die verbleibende Finanzierungslücke erhöht sich der Finanzierungsbedarf also Jahr für Jahr um 330 Millionen Euro.
- Der ermittelte Finanzierungsbedarf für den Betrieb des ÖPNV erhöht sich von 8,58 Milliarden Euro im Jahr 2007 um real etwa 6,8 Prozent auf 9,16 Milliarden Euro im Jahr 2025 und wird damit in diesem Zeitraum um etwa 580 Millionen Euro ansteigen.
- Ferner besteht für die Fahrwege der Nichtbundeseigenen Eisenbahnen ein jährlicher Reinvestitionsbedarf für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Höhe von etwa 80 Millionen Euro im Jahr, für dessen Mitfinanzierung aus öffentlichen Kassen derzeit keine gesetzliche Grundlage besteht.
- Die genannten Beträge enthalten noch keinen Inflationsfaktor.
- Der Bedarf an Neuinvestitionen für ÖPNV-Projekte steigt von 1,65 Milliarden Euro 2007 nominal bis zum Jahr 2025 auf 2,03 Milliarden Euro pro Jahr.
- Die anteilige Deckung dieses Bedarfs durch das GVFG bzw. das Entflechtungsgesetz ist bis 2019 nur teilweise und nach 2019 gar nicht gesichert. Angesichts der notwendigen Planungsvorläufe ist eine zeitnahe Entscheidung über eine Nachfolgeregelung unerlässlich. Will man die als gesamtwirtschaftlich vorteilhaft erkannten Infrastrukturvorhaben realisieren, ist gegenüber dem Status quo auch eine höhere Quote des ÖPNV an den für Investitionen verfügbaren Mitteln erforderlich.

Hohes Mobilitätsbedürfnis

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages und Frankfurter Oberbürgermeisterin, Petra Roth, erklärte: „Ohne ein gut ausgebautes Netz an U-Bahnen, Stadt- und Straßenbahnen sowie Bussen können die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung in den Ballungsräumen nicht befriedigt werden. Außerdem sind sie Voraussetzung für ein lebendiges Wirtschaftsleben. Ohne Bus und Bahn wären viele hunderttausende Pendler aufs Auto angewiesen. Das hätte dramatische Folgen für die Luftqualität und die Lärmbelastung in den Städten. Bereitstellung und Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs sind deshalb auch gelebter Klimaschutz.“

Lutz Lienenkämper, Verkehrsminister von Nordrhein-Westfalen, sagte: „Als führende Industrienation und einer der bedeutendsten Wirtschaftsplätze der Welt brauchen wir diesen hochwertigen ÖPNV als unabdingbare Voraussetzung, um an Stellenwert nicht zu verlieren. Hier werden zahlreiche Investitionen auf Bund, Länder und Kommunen zukommen, insbesondere auch vor dem Hintergrund der inzwischen notwendig gewordenen Erneuerungsinvestitionen.“

Erfolgsgeschichte ÖPNV

Für den Verband Deutscher Verkehrsunternehmen betonte Vizepräsident Volker Sparmann: „Der ÖPNV ist extrem erfolgreich: Die Fahrgastzahlen sind in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Das liegt zum einen an den Anstrengungen der Unternehmen, zum anderen aber auch an der Einführung der Regionalisierung im Jahr 1996 und der Mitfinanzierung des ÖPNV aus öffentlichen Kassen, die einen hohen Standard des Systems ermöglicht haben. Internationale Vergleichsstudien zeigen, dass der ÖPNV in Deutschland wirtschaftlich effizient ist. Dazu kommt der erhebliche Umweltvorteil. Auch für den Arbeitsmarkt habe der ÖPNV eine bedeutende Rolle. Die Studie belegt, dass rund 400.000 Arbeitsplätze in Deutschland direkt und indirekt vom ÖPNV abhängen. Das sind Arbeitsplätze, die lokal gebunden und nicht ins Ausland verlagerbar sind. Nimmt man die so genannten induzierten Arbeitsplätze noch dazu, werden sogar etwa 660.000 Arbeitsplätze in Deutschland nachhaltig durch den ÖPNV gesichert.“

Handlungsbedarf

„Aus den Ergebnissen der Studie resultiert dringender Handlungsbedarf für die neue Legislaturperiode“, sagten die Auftraggeber und schlugen eine gemeinsame Kraftanstrengung von Politik, Aufgabenträgern, Verbundorganisationen und Verkehrsunternehmen vor, um das System ÖPNV zum Wohle des Wirtschafts- und Wohnstandortes Deutschland weiterhin zukunftsfähig zu halten. „Auch wenn durch den zunehmenden Wettbewerb schon einiges erreicht wurde, geht es dabei auch um weitere Effizienzsteigerungen durch die Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger. Gleichzeitig muss die bedarfsgerechte Mitfinanzierung des ÖPNV aus öffentlichen Kassen langfristig sichergestellt werden. Die Zahlenbasis hierzu liefert die vorliegende Studie. Erarbeitet werden muss nun ein politischer Konsens zur Deckung des ermittelten Bedarfs“, so die Auftraggeber. ❒

Quer durchs Land mit der Bahn

„Je Mitfahrer, desto günstiger“: mit dem neuen DB-Nahverkehrsticket. Das Ticket gilt montags bis freitags in allen Nahverkehrszügen und S-Bahnen für bis zu fünf Personen in ganz Deutschland. Die Fahrscheine von 34 Euro bis 54 Euro sind in unbegrenzter Zahl verfügbar.

Zum 1. August führt die Deutsche Bahn mit dem Querdurchs- Land-Ticket ein bundesweites Nahverkehrsticket ein. Das neue Angebot gilt für Einzelreisende oder bis zu fünf gemeinsam reisende Personen. Es kostet 34 Euro für Einzelpersonen, jeder Mitfahrer zahlt nur fünf Euro – maximal kostet das Ticket somit 54 Euro. Durch jeden zusätzlichen Mitfahrer sinkt also der Fahrpreis pro Person.

Die Tickets gelten von Montag bis Freitag einen Tag lang für beliebig viele Fahrten von 9 Uhr bis 3 Uhr des Folgetags in der 2. Klasse in allen Nahverkehrszügen und S-Bahnen der Deutschen Bahn. Das Angebot ist in unbegrenzter Zahl verfügbar und zunächst bis zum 31. Januar 2010 befristet. Mit dem neuen Quer-durchs-Land-Ticket führt die Bahn erstmals ein bundesweit montags bis freitags gültiges Nahverkehrsticket ein. „Fünf Reisende können nun für weniger als elf Euro pro Person in Nahverkehrszügen flexibel quer durch ganz Deutschland reisen und interessante Freizeitziele günstig erreichen“, sagt Thomas Schaffer, Leiter Marketing der DB Regio AG. Reisende können das Ticket über alle DB-Verkaufskanäle erwerben. Informationen zum Angebot der Deutschen Bahn auf www.bahn.de/quer-durchs-land. ❒

Münchner Verkehrsverbund:

Neuer Fahrgastzahlenrekord

Gut 617 Millionen Fahrgäste haben 2008 die Münchner Verbundverkehrsmittel benutzt. Das sind rd. 16 Millionen mehr als noch 2007, als erstmals seit Verbundgründung die Fahrgastzahlen die 600-Millionen-Marke überschritten haben.

Das Verbundsystem MVV mit seinen fast 50 beteiligten Verkehrsunternehmen hat damit 2008 erneut eine Rekordmarke gesetzt und bleibt auf Wachstumskurs. Diese Bilanz ist umso eindrucksvoller und erfreulicher, als die Fahrgastzahlen im MVV ohnedies seit jeher überdurchschnittlich hoch liegen: Mit aktuell etwa 232 Fahrten pro Jahr fahren die Bürgerinnen und Bürger in München und seinem Umland nach wie vor so häufig mit Bus und Bahn wie in keinem anderen Ballungsraum in ganz Deutschland.

Kontinuierliches Wachstum

Insgesamt hat sich die Zahl der Fahrgäste im MVV seit Verbundgründung dank kontinuierlichen Wachstums nahezu verdreifacht. Dass die Fahrgastzahlen im MVV auch im 36. Jahr nach Verbundgründung immer noch kontinuierlich wachsen, kommt natürlich nicht von ungefähr.

Dazu Oberbürgermeister Christian Ude: „Zum einen ist und bleibt der Großraum München dank seiner exzellenten Infrastruktur und seiner einzigartigen Lage ein außerordentlich attraktiver Standort, der Menschen und Unternehmen anzieht. Zum anderen stellt das Verbundsystem MVV mit seinem über die Jahre immer engmaschiger gewordenen, integrierten Netz an S-Bahnen, U-Bahnen, Trambahnen und Bussen ein durchgängiges Mobilitätsangebot für München und seine Region dar, dem auch im internationalen Vergleich eine Spitzenposition bescheinigt wird.“ ❒

Der Flexibus in Krumbach:

Mobilität nach Wunsch

Neues Konzept zur Personenbeförderung

Seit dem 1. Juli steht im Stadtgebiet Krumbach und den Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Krumbach (Aletshausen, Breitenthal, Diesenhausen, Ebershausen, Waltenhausen und Wiesenbach) mit allen Ortsteilen der Flexibus, ein neues Angebot im öffentlichen Linienverkehr, zur Verfügung.

Das Prinzip des Flexibus ist denkbar einfach: Auf Wunsch holt er an 365 Tagen im Jahr die Fahrgäste an einer nahe gelegenen Haltestelle (insgesamt sind es über 320) ab, bringt sie an jedes gewünschte Fahrziel und falls erforderlich auch wieder nach Hause. Schnell, preiswert, komfortabel, individuell, bequem, sicher und flexibel befördert der Flexibus seine Fahrgäste - ohne einen festen Fahrplan, ohne feste Linienverbindung, aber mit festgelegten Haltestellen. Der Flexibus richtet sich an jeden, der sich innerhalb des Einzugsbereichs geplant und flexibel bewegen möchte. Möglich ist dabei die Mitnahme von Kinderwagen, Gehhilfen oder Rollstühlen.

Das Projekt ist in dieser Form bundesweit einmalig und wird vom Freistaat Bayern gefördert. Insgesamt wurden rund 200.000 Euro investiert. Erwartet werden 25.000 Fahrgäste im Jahr.

Vorbildliches Projekt

Zur Feierlichen Inbetriebnahme des Konzeptes wurde unter anderem Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel willkommen geheißen. Sie würdigte den Flexibus als vorbildliches Projekt für den öffentlichen Personennahverkehr im ländlichen Raum.

Das Ziel, dem Bürger ein attraktives Alternativangebot zum motorisierten Individualverkehr zu machen, kann Hessel zufolge nur in einer gemeinsamen Anstrengung von Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen erreicht werden. Mit dem Verkehrsverbund Mittelschwaben (VVM) bestehe im Flächenlandkreis Günzburg ein leistungsfähiger Verkehrsverbund, der auch bereits über ein modernes, vom Freistaat finanziell unterstütztes Rufbussystem verfügt.

Attraktive Leistungen

Der Flexibus sei nunmehr ein weiterer Baustein zur Versorgung der Bürger im Landkreis Günzburg mit attraktiven ÖPNV-Leistungen, bemerkte Hessel. Da das Konzept die Freiheit biete, Leistungen nur dann und dort zu erbringen, wo sie nachgefragt werden, seien die Kostenvorteile enorm. Der Flexibus berge die Chance, für junge Menschen (und deren Eltern) als Alternative zum „Taxi Mama“ und für Senioren als kostengünstige Alternative zum eigenen PKW wahrgenommen und genutzt zu werden. **DK**

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen:

„Wachstumsprogramm für den Schienenverkehr“

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) begrüßt das von der DB Netz AG vorgestellte „Wachstumsprogramm für den Schienenverkehr“. Mit diesem Programm will die DB Netz AG die Kapazität des Bundesschienenwegenetzes in Engpassabschnitten durch Nutzung von Alternativrouten und Ausbau von Knoten beträchtlich erhöhen.

„Es ist ein wichtiges Signal, dass Bundesregierung und Deutsche Bahn gerade in der Wirtschaftskrise ins Schienennetz investieren. Damit greift die DB Netz AG langjährige Forderungen der Netznutzer auf“, so VDV-Präsident Günter Elste.

Sicht der Nutzer beachten

„In dem Wachstumsprogramm der DB Netz AG finden sich viele Vorschläge aus der Umfrage des VDV zum Investitionsbedarf im Bundesschienenwegenetz aus Sicht der Nutzer wieder“, so Elste. Diese im letzten Jahr durchgeführte Umfrage habe ergeben, dass man mit vergleichsweise kleinen und unkonventionellen Maßnahmen im vorhandenen Netz der DB AG mittelfristig erhebliche zusätzliche Kapazitäten erschließen könne.

Schnelle Umsetzung

„Es kommt jetzt darauf an, diese Maßnahmen schnellstmöglich umzusetzen“, sagte Elste. Denn es sei absehbar, dass Teile des Netzes - Wirtschaftskrise hin oder her - schon in wenigen Jahren für überlastet erklärt werden müssten. ❒

„Erweiterung nach Norden ist möglich“...

(Fortsetzung von Seite 15)

Becken im Nordwesten des Grundstücks errichtet.

Das Gebäude ist so konzipiert, dass später bei Bedarf eine Erweiterung nach Norden hin möglich ist. Darum sind die Wände mit Stahlbetonstützen statisch tragfähig ausgebildet und mit KS-Mauerwerk ausgefacht. Die übrigen tragenden Umfassungswände wurden aus Stahlbeton hergestellt. Für die Wärmedämmung sorgen Mineralfaserplatten von zehn Zentimetern, eine fünf Zentimeter dicke Luftschicht, sowie ein neun Zentimeter dickes Vorsatz-Mauerwerk mit Modulsteinen. Dieser Aufbau gewährleistet eine optimale Wärmedämmung und konstante Temperaturen zwischen acht und zwölf Grad sowohl im Sommer wie auch im Winter, was etwa auch der Wassertemperatur im Inneren der Rohrleitungen und Kessel entspricht. Zudem wird mittels Luftentfeuchter die Luft trocken gehalten. Durch beide Maßnahmen wird Schwitzwasser auf den Installationen vermieden, die Unterhaltskosten halten sich in Grenzen.

GZ: Da im Herbst vergangenen Jahres die Filterkessel ja durch das offene Dach in das Gebäude gehievt werden mussten, war wohl auch die Dachkonstruktion etwas außergewöhnlich?

Gerhard Petter: *Als Dachkonstruktion sahen wir ein Elementdach vor, in dem sowohl die Tragkonstruktion als auch die Wärmedämmung bereits enthalten ist. Dies hat den Vorteil, dass später - bei einem eventuell notwendigen Austausch der Filterkessel - einzelne Felder der Dachelemente ab- und wieder eingebaut werden können. Und auf dieser Konstruktion wurde eine Profilblech-Eindeckung aus Aluminium mit Kunststoffbeschichtung montiert.*

Interview: Markus Bauer

Winterstreugeräte:

Neue Gmeiner TruckConcept Baureihe

Gmeiner, der bayerische Hersteller von Winterdienstgeräten aus Wernberg-Köblitz, präsentiert die neue Baureihe TruckConcept.

Diese Baureihe ist in Behältergrößen von 4,0 m³ bis 9,0 m³ sowohl in Trockenstoff-, als auch in Feuchtsalzausführung lieferbar. Das innovative Streusystem garantiert sowohl bei der Trocken- als auch bei der Feuchtsalzstreuung stets ein optimales Resultat. Der neue Streuteller gewährleistet dank des drucklosen Austrages, dass die Streurichtung unabhängig von der Dosierung und der Geschwindigkeit des Streufahrzeuges nicht variiert. Der neue Feuchtsalzverteiler ist so konzipiert, dass die Sole in jedem Segment des Streutellers optimal mit dem Feststoff vermischt und das Streumittel ungeachtet der Asymmetrie und ohne Beeinträchtigung durch die vom Fahrzeug verursachten Turbulenzen gleichmäßig auf dem Straßenbelag verteilt wird. Durch diese exakte Streustoffausbringung kann Streu-material eingespart werden - das schont die Umwelt und kommt dem wirtschaftlichen Aspekt im Winterdienst zu Gute.

Die Neue TruckConcept Baureihe des Winterdienstgeräteherstellers Gmeiner aus Wernberg-Köblitz. ❐

Drei verschiedene Fördersysteme

Bei der Baureihe TruckConcept handelt es sich um ein variables System, das bei nur einer Behälterkonstruktion drei unterschiedliche Streugutzuführungen aufnehmen kann. Je nach Anforderungsprofil des Kunden stehen folgende Systeme zur Auswahl: ein bewährtes Schneckenfördersystem mit Stahlwindungen und progressiver Steigung, ein jahrelang erprobtes Gummibandsystem mit Schaufelwalzen sowie ein Kettenförderband, ebenfalls mit Schaufelwalzen. Somit können mit der neuen Baureihe alle erdenklichen Anwendungssituationen im modernen Straßenwinterdienst abgedeckt werden.

Bestmöglicher Schutz gegen Korrosion

Der Förderschacht, der Streuschacht mit Streuteller sowie die Schutzabdeckungen mit allen Verschraubungen sind aus Edelstahl gefertigt, um einen umfassenden und dauerhaften Schutz gegen Korrosion zu gewährleisten. Der Streubehälter wird in einer hochmodernen automatischen Lackieranlage lackiert. Diese Speziallackierung vereint eine ausgezeichnete Haftung der flüssigen Epoxydpolyamid-Grundierung mit der abschließenden Härte der Pulverbeschichtung auf Polyesterharzbasis. Die Schutzabdeckung des Streutellers besteht aus Kunststoff und beinhaltet den Spritzschutz am Streuteller. Auf Wunsch kann auch der gesamte Streubehälter aus Edelstahl geliefert werden.

GS-Abnahme und Streugenauigkeitsprüfung

Die Baureihe TruckConcept wurde einer ausgiebigen GS-Sicherheitsprüfung unterzogen und gewährleistet somit maximale Sicherheit für den Anwender im täglichen Winterdiensteinsatz. Die vorbildliche Streugenauigkeit wurde in einer Streugenauigkeitsprüfung nach TLG Teil B 3 erfolgreich nachgewiesen. ❐

Der neue Mitsubishi Fuso Canter verfügt über Motoren, die die Euro 5 Norm erfüllen. ❐

Leichter LKW Mitsubishi Fuso Canter:

Neuer Antriebsstrang für noch effizienteren Transport

Anlässlich der Markteinführung des neuen Fuso Canter mit Euro 5- Motoren in Europa wurde der Lkw in München der internationalen Fachpresse vorgestellt. Runter mit Kraftstoffverbrauch, Emissionen und Gewicht, rauf mit Wirtschaftlichkeit, Umweltfreundlichkeit und Nutzlast – die neue Generation des leichten Lkw Fuso Canter profitiert weltweit von einer neuen Motor- und Getriebegeneration.

„Heutige und zukünftige Abgasvorschriften erfordern ein hohes Maß an Investitionen und technologischer Spezialisierung. Der neue Canter mit Euro 5-Motor bietet unseren Fuso-Kunden einen der modernsten, technisch fortschrittlichsten und umweltfreundlichsten Light Duty Trucks für ihren Geschäftsbetrieb“, erklärt Andreas Renschler.

Hohe Wirtschaftlichkeit durch Euro 5-Motoren

Praxisnahe Tests ergaben einen Minderverbrauch von fünf bis acht Prozent Kraftstoff im Vergleich zum Vorgänger. Erreicht wird diese Einsparung unter anderem durch die Verringerung des Hubraums von 4,9 auf 3,0 Liter, die dadurch geringere Füllung bei der Kraftstoffeinspritzung und die Reduzierung des Motorgewichts. Darüber hinaus werden die Bremsen des Fuso Canter durch die serienmäßige Motorbremse (Retarder) erheblich geschont. Weiter werden die Wartungskosten durch verringerte Arbeitsumfänge um rund 20 Prozent gesenkt.

BlueTec jetzt auch im Fuso Canter

Der neue Fuso Canter Euro 5 wird stufenweise eingeführt und tritt international einheitlich unter seinem Markennamen Fuso auf. Die neuen Motoren decken das Gesamtspektrum des Canters von 3,5 bis 7,5 Tonnen Gesamtgewicht ab und erfüllen die Abgasnorm Euro 5. Alle Motorvarianten verfügen über eine Abgasreinigung. In den beiden unteren Leistungsstufen reinigt eine Kombination von gekühlter Abgasrückführung (AGR), Oxidationskatalysator und Partikelfilter die Abgase. Erstmalig kommt in der leistungsstärksten Ausführung des Fuso Canter die BlueTec-Technik mit AdBlue hinzu. Somit verfügt der Canter mit 129 kW (175 PS) über die zurzeit fortschrittlichste Abgasreinigung. BlueTec kommt bereits in vielen Modellen aus dem Hause Daimler zum Einsatz.

Umweltfreundlichkeit

Der Fuso Canter wird ab dem Frühjar 2010 auch in der Version mit den attraktiven EEV (Enhanced Environmentally Friendly Vehicle)- Motoren erhältlich sein. Gegenüber den schon strengen Euro 5-Grenzwerten garantiert der EEV-Standard eine weitere Senkung der Partikelemission um rund ein Drittel. Damit ist der Fuso Canter auch für verschärfte Umweltauflagen bestens gerüstet.

Ab Juli startet die Auslieferung des neuen Fuso Canter Euro 5 in Europa. Der Fuso Canter ist ein echtes Erfolgsmodell. Er wird seit 1963 gefertigt und ist heute in der siebten Generation am Markt. Inzwischen sind rund 3,5 Millionen Canter vom Band gelaufen. Im vergangenen Jahr erreichte der Canter eine Stückzahl von 144.000 Einheiten. Damit ist der Fuso Canter als Leicht-Lkw zwischen 3,5 und 7,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht der Weltbestseller seiner Klasse und der meistgebaute Lkw aus dem Daimler-Konzern. Für Europa produziert Fuso den Kompakt-Lkw nach japanischem Konzept mit ca. 70 Prozent europäischen Komponenten seit dem Jahr 1980 in Tramagal/ Portugal, inzwischen in einer Gesamtauflage von mehr als 150.000 Fahrzeugen. Fuso ist in 33 Märkten Europas mit mehr als 900 Servicepartnern vertreten. ❐

Unimog U20 mit Schmidt Winterdienstausrüstung:

„Alleskönner“ für kleine Kommunen

Speziell zugeschnittene Ausrüstung

Aus dem kommunalen Fuhrpark ist der Unimog wohl nicht mehr wegzudenken. Konkurrenzlose Robustheit und hohe Leistung sowie die vielseitigen Einsatzmöglichkeiten mit Anbaugeräten machen das Universal-Motorgerät (Unimog) zum wahren Alleskönner.

Die noch junge Baureihe U 20 mit 110 kW (150 PS) und bis 9,3 t zGG ist auf den Bedarf kleinerer bis mittlerer Kommunen zugeschnitten. Mit einem Pkw-ähnlichen Wendekreis von nur 12,60 Metern kommt der „kleine“ Unimog in jedem Gelände zurecht, verrichtet den leichten Winterdienst genauso agil wie gelegentliche Mäharbeiten. Selbst mit Kipp-Pritsche und Anbaugeräten verfügt er über beachtliche Nutzlastreserven.

Allwettertauglichkeit

Permanenter Allrad-Antrieb und Singlebereifung, Portalachsen und Schraubenfedern, leistungsstarke Hydraulik und Nebenantriebe sind einige der technischen Finessen, mit denen der jüngste Spross der Unimog-Familie überzeugt.

Seine kompakten Maße, die niedrige Bauweise, der kleine Wendekreis und das ergonomische Frontlenker-Fahrerhaus machen ihn konkurrenzlos. Sein Telligent-Schaltgetriebe mit bis zu 16 Vorwärts- und 14 Rückwärtsgängen sowie winterspezifische Sicherheitsfeatures wie verstärkte Batterie, Motorvorwärmung oder beheizter Lufttrockner für die Bremsanlage machen den U 20 zum allwettertauglichen Ganzjahresfahrzeug, das durch Flexibilität und Wirtschaftlichkeit besticht.

Vorteilhaft für die Personalstrategie der Kommunen: Der Unimog U 20 kann auch mit dem Führerschein Klasse 3 bzw. C1 gefahren werden. Neu ist ab 2009 ein luftgefederter Fahrersitz, der als Sonderausstattung erhältlich ist.

Allroundfahrzeug

Auf der „Kommunal Live“ in Hannover war - neben anderen Ausstattungsvarianten - ein U 20 mit Schneepflug und Streuautomat zu sehen, den der An- und Aufbauspezialist Schmidt Winterdienst und Kommunaltechnik in Sankt Blasien ausgerüstet hat.

Für den Unimog U 20 haben die Schwarzwälder ein komplettes Winterdienst-Paket zusammengestellt. So wurden der Leicht-Schneepflug SNK 30 und die Anbau-Schneeschleuder HS 5 für das neue Fahrzeug adaptiert, während der Schneepflug CPM 30 und die Aufbau-Streumaschine STRATOS FST 14 sogar speziell für den Unimog U 20 entwickelt wurden. Damit kann der Allrounder seine Stärken im Winterdienst voll ausspielen. ❐

Der Unimog U20 mit komplettem Winterdienstpaket vom Schwarzwälder Aufbauspezialisten Schmidt. ❐

Seine Größe: Kleine Gassen.

Der Mercedes-Benz Unimog U 20.

Kompakt, wendig und günstig in Anschaffung und Unterhalt: Gerade, wenn's eng wird, zeigt er seine wahre Größe. Mit bis zu 9,3 t zulässiges Gesamtgewicht, einem Radstand von nur 2,70 m und einem Wendekreis von nur 12,60 m macht der Unimog U 20 jeden Weg frei. Eine Räumbreite von 2,50 m und Feuchtsalztechnik mit 1,4 m³ Streuervolumen ermöglichen große Räumschleifen. Jetzt bei Ihrem Unimog Partner oder unter: **www.mercedes-benz.de/unimog**

Mercedes-Benz

Beutlhauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt
Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten
Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127
E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com
Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm
Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410
E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com
Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beutlhauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG
Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach
Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.beutlhauser.de

Jahresbericht des Landkreises Neu-Ulm:

Wirtschaftsraum mit Zukunft

„Wer aufhört, besser werden zu wollen, hört auf, gut zu sein.“ Diesen Satz der österreichischen Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach hat sich der Landkreis Neu-Ulm auf seine Fahnen geschrieben und mit der brandaktuellen Veröffentlichung seines Jahresberichts 2008 nun erstmals das gesamte Kalenderjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember abgebildet.

Auf über 150 Seiten gibt die Handreichung nach Darstellung von Landrat Erich Josef Geßner einen kompakten Überblick über das, was der Kreistag, die Verwaltung und die Einrichtungen des Landkreises im vorigen Kalenderjahr auf die Beine gestellt und bewerkstelligt haben. „Die Jahresbilanz 2008 kann sich einmal mehr sehen lassen. Aber natürlich ist - das hat Menschenwerk so an sich - nicht alles perfekt gelungen und lässt sich manches noch verbessern“, so der Landkreischef.

Bildungsoffensive

In erheblichem Maße wurde im vergangenen Jahr wieder in den Bildungsbereich investiert. „Diese beispiellhafte Bildungsoffensive werden wir auch in den nächsten Jahren fortsetzen“, verspricht Geßner. So hat der Kreistag für die Erweiterung und Generalsanierung der Fach- und Berufsoberschule Neu-Ulm mit Gesamtbaukosten von rund 18 Millionen Euro grünes Licht gegeben. Am Nikolaus-Kopernikus-Gymnasium Weißenhorn und am Bertha-von-Suttner-Gymnasium Pfuhl wurde 2008 mit dem Umbau und der Erweiterung begonnen. Beim Lessing-Gymnasium Neu-Ulm und der Realschule Vöhringen laufen seit 2008 die Planungen für Erweiterungen. Für die Schülerinnen und Schüler werden auch die Mittagsbetreuungsangebote kontinuierlich weiter bedarfsgerecht ausgebaut.

Leben und Wohlfühlen

Junge Familien finden im Landkreis Neu-Ulm alles, was sie zum Leben und Wohlfühlen brauchen, so der Landrat. Im Hinblick auf die frühkindliche Förderung in Tageseinrichtungen oder in Tagespflege wird das Betreuungsangebot in Kindertagesstätten, Kinderkrippen und Horten ständig verbessert. In einem Internetportal können Eltern, die auf der Suche nach einer Tagesmutter sind, seit Oktober 2008 über das Jugendamt des Landkreises freie Tagespflegeplätze in ihrer Nähe finden.

Dem demografischen Wandel will der Landkreis Neu-Ulm mit einem integrativen seniorenpolitischen Gesamtkonzept Rechnung tragen, das nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ die Lebenswelt älterer Menschen mit den notwendigen Versorgungsstrukturen sowie neuen Wohn- und Pflegeformen im ambulanten Bereich umfasst. Die Weichen zur Erstellung des Konzepts wurden gestellt.

Stiftungsklinik Weißenhorn

Sehr gut angenommen wird Geßner zufolge die geriatrische Abteilung in der Illertalklinik Illertissen, die erweitert wurde und nun über 50 Betten verfügt. Bei der Stiftungsklinik Weißenhorn sind die Planungen für den dritten Bauabschnitt abgeschlossen und genehmigt worden. Mit der Realisierung des dritten Bauabschnitts und dem Neubau des Parkhauses findet das Gesamtprojekt „Umbau und Erweiterung der Stiftungsklinik Weißenhorn“ seinen Abschluss.

Auch an der Donauklinik in Neu-Ulm werden inzwischen steigende Patientenzahlen registriert. „Dass wir mit der Neustrukturierung und Spezialisierung unserer Kliniken den richtigen Weg eingeschlagen haben, beweist die Tatsache, dass nicht nur schwäbische Landkreise unserem Beispiel folgen“, betont der Landrat.

Verkehrsinfrastruktur

Wichtige Impulse wurden auch in der Verkehrsinfrastruktur gesetzt. Das Radwegenetz wurde kontinuierlich weiter ausgebaut, und mit der Verkehrsfreigabe des letzten Teilstücks der Kreisstraße in Vöhringen konnte das größte Straßenbauprojekt des Landkreises in den vergangenen Jahrzehnten erfolgreich abgeschlossen werden. Auch was die Reaktivierung der Bahnstrecke Weißenhorn-Senden anbelangt, ist man ein großes Stück weitergekommen.

Für den Landkreis Neu-Ulm war 2008 ein arbeitsintensives Jahr, wie Geßner berichtet. Der Kreistag habe bei vielen Entscheidungen den verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen und Energien berücksichtigt. So ist beim Schulzentrum Pfuhl ein Biomasse-Heizwerk entstanden, und die aufwendige Generalsanierung der Fachober- und Berufsoberschule erfolgt im Passivhausstandard. Wie aus dem im Umwelt- und Werkausschuss vorgestellten Energiebericht 2007 hervorgeht, zeigt das Energieeinsparcontracting für landkreiseigene Gebäude erste positive Wirkungen. Die Beteiligung des Landkreises an der regionalen Energieagentur ist nun „in trockenen Tüchern“. Als nächstes Ziel wird die Nutzung von Abwärme des landkreiseigenen Abfallwirtschaftsbetriebes in Weißenhorn ins Auge gefasst. Dazu soll ein Fernwärmenetz aufgebaut werden.

Wirtschaftsfaktor Tourismus

Der Tourismus wird immer mehr ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor, stellt Geßner mit Genugtuung fest. Der Landkreis Neu-Ulm habe sich zu einem beliebten Ziel für Naherholungssuchende und Kurzurlauber entwickelt. Seine reizvolle Landschaft und kulturellen Glanzpunkte sowie das vielseitige Freizeitangebot machten ihn für Einheimische wie für Gäste attraktiv.

Von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise war bis zum Jahresende 2008 im Landkreis noch wenig zu spüren. Die Arbeitslosenquote des Landkreises lag im Dezember bei 2,9 Prozent, damit herrschte faktisch immer noch Vollbeschäftigung. Zudem stand jedem Lehrstellenbewerber eine Lehrstelle gegenüber. Die Infrastruktur zwischen Elchingen und Kellmünz biete sehr gute Rahmenbedingungen - zum Arbeiten und zum Leben.

Dank der richtigen Mischung aus harten und weichen Standortfaktoren steht der Landkreis Neu-Ulm laut Geßner für eine hohe Lebensqualität: „Leistungsstarke und hervorragend aufgestellte Unternehmen, ein ausgewogener Branchenmix, gute Arbeitsmarktchancen, eine flächendeckende Gesundheitsversorgung sowie ausgezeichnete Bildungs- und Betreuungseinrichtungen“ garantierten dem Landkreis „beste Perspektiven für die Zukunft“. **KI.**

Europäischer St.-Ulrichs-Preis für Anne-Sophie Mutter

Mit dem international beachteten „Europäischen St.-Ulrichs-Preis 2009“ wurde die weltweit bekannte deutsche Kulturbotschafterin, die Geigerin Anne-Sophie Mutter, in Dillingen ausgezeichnet. Die von der Großen Kreisstadt und dem Landkreis Dillingen gegründete „Europäische St.-Ulrichs-Stiftung“ würdigte den herausragenden Einsatz der großen Künstlerin für die friedenstiftende und völkerverbindende Förderung der „Kraft der Musik“.
In den Mittelpunkt der Feierlichkeiten rückten der ökumenische Festgottesdienst in der Studienkirche und der Festakt im Goldenen Saal der früheren Jesuiten-Universität. Verliehen wird der „Ulrichs-Preis“ an Personen und Institutionen, die sich „in christlich-abendländischer Tradition und im Geiste des Hl. Ulrich für die Einheit Europas eingesetzt haben“. Unser Bild zeigt Anne-Sophie Mutter mit (von rechts): Landrat Leo Schrell, Prof. Lothar Späth, Bischof Dr. Walter Mixa, Regionalbischof Michael Grabow, Oberbürgermeister Frank Kunz und Regionaldekan Gottfried Fellner. -jdt-

Halbjahres-Pressekonferenz der NürnbergMesse:

Von Krisenstimmung keine Spur

„Wir sind auf Kurs“, bekräftigte Geschäftsführer Bernd A. Diederichs bei der Halbjahres-Pressekonferenz der NürnbergMesse Group. Für das laufende Geschäftsjahr erwartet er eine Punktlandung bei Umsatz und Jahresergebnis gegenüber Plan. Die Veranstaltungen am Messeplatz Nürnberg, aber auch international sind laut Diederichs bis auf wenige Ausnahmen ausgesprochen stabil; zum Teil unverändert glänzten sie mit einem Flächenwachstum zwischen fünf und neun Prozent.

Dass die Besuchsentwicklung daran nicht anknüpfen kann, sei freilich nicht verwunderlich, so der Geschäftsführer. „Der Rückgang von durchschnittlich acht Prozent bei unseren internationalen Eigenveranstaltungen liegt absolut im Rahmen unserer Erwartungen.“ Nicht erwartet haben die Nürnberger Messemacher allerdings die hohe Zufriedenheit der Aussteller. „Von unseren Messen geht derzeit vor allem das optimistische Signal aus: Es geht weiter, es gibt ein Leben nach der Krise“, so Diederichs. Dieses Signal will er auch für die NürnbergMesse setzen.

2008 erfolgreichstes Jahr in der Konzerngeschichte

Mit dem abgelaufenen Geschäftsjahr 2008 verzeichnet die NürnbergMesse das erfolgreichste in der Konzerngeschichte. So stieg der Konzernumsatz gegenüber 2007 um 23 Prozent auf 153,2 Millionen Euro. Der Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) betrug 29,0 Millionen Euro (2007: 27,6), das operative Ergebnis (Betriebsergebnis zuzüglich Beteiligungsergebnis) 10,9 Millionen Euro (2007: 9,4). Trotz der zu über 90 Prozent selbst finanzierten, umfangreichen Investitionen der vergangenen zehn Jahre und den daraus resultierenden hohen Belastungen aus Zinsen und Abschreibungen konnte die NürnbergMesse erneut ein ausgeglichenes Jahresergebnis erreichen.

Im Jahr 2008 haben alle Geschäftsfelder der NürnbergMesse überdurchschnittlich zugelegt und damit einen Rekordumsatz im Konzern ermöglicht, der gut zwölf Prozent über dem entsprechenden Wirtschaftsplan liegt. So kletterte der Umsatz im Geschäftsfeld Eigen- und Partnerveranstaltungen um 27 Prozent auf 70,8 Millionen Euro. Der direkt damit im Zusammenhang stehende Umsatz im Geschäftsfeld MesseService erhöhte sich um 23 Prozent auf 25,5 Millionen Euro. Der Geschäftsbereich Gastveranstaltungen legte um zehn Prozent auf 35,7 Millionen Euro zu. Weiter nach oben schraubte sich auch der Umsatz im Segment CCN CongressCenter Nürnberg: um 21 Prozent auf 12,6 Millionen Euro.

„Diese gute Entwicklung bestätigt den Entschluss zum Ausbau der Kongresskapazitäten, der mit dem CCN Ost begonnen wurde und nun mit der Neugestaltung des CCN Mitte fortgesetzt wird. Ich bin mir sicher, dass wir in den kommenden Jahren in diesem Segment weitere überdurchschnittliche Wachstumsraten sehen werden“, zeigte sich Diederichs überzeugt. Überzeugt hat im vergangenen Jahr auch die Entwicklung des Geschäftsfelds International. Hier konnte der Umsatz um 50 Prozent auf 8,7 Millionen Euro gesteigert werden. Durch den Kauf der NürnbergMesse Brasil im April 2009 wird sich der Umsatz in diesem Geschäftsfeld im laufenden Geschäftsjahr nahezu verdoppeln.

Umsatzprognose

Insgesamt belegten 2008 über 27.000 Aussteller (Internationalität: 37 %) rund 882.000 m² Ausstellungsfläche. 895.000 Fachbesucher (Internationalität: 20 %) und 365.000 Konsumenten beteiligten sich an 173 Veranstaltungen im In- und Ausland. Was das laufende Geschäftsjahr 2009 anbelangt, „so haben wir derzeit keinen Anlass, unsere Planungen aus dem Spätsommer 2008 zu korrigieren“. Wegen des turnusgemäßen Aussetzens zahlreicher Messen insbesondere im zweiten Halbjahr werde sich der Umsatz auf dem Volumen der Jahre 2006 und 2007 einpendeln und ca. 125 Millionen Euro betragen.

Keine Pause will Diederichs beim Thema Akquisitionen einlegen: „Auch nach dem Kauf der NürnbergMesse Brasil ist hier von uns noch einiges zu erwarten, insbesondere in Südamerika aber natürlich auch in Deutschland und Europa.“ Bereits im Herbst dieses Jahres (6. und 7. Oktober) findet die jüngste Akquisition der NürnbergMesse statt: die VOICE Days plus, eine Kongressmesse im Kern zum Thema Sprachtechnologie. „Wir investieren damit in ein Zukunftsthema und bilden gleichzeitig eine der Stärken der Metropolregion ab“, freut sich Diederichs.

Insgesamt erweitert sich das Veranstaltungsportfolio der NürnbergMesse in 2009 um ein Dutzend neue Fach- und Kongressmessen: vier in Brasilien, jeweils eine in Nordamerika, Indien und China sowie fünf in Nürnberg. „Die regionale Verteilung macht deutlich: Nürnberg bleibt ein Schwerpunkt unserer Aktivität“, betonte der Geschäftsführer, der mit Blick auf das Jahr 2010 „bisher fest davon ausgeht, dass wir bereits im kommenden Jahr unseren Wachstumspfad wieder aufnehmen und das Rekordergebnis aus 2008 übertreffen werden“. **DK**

KPV-Kreisverband Bad Tölz-Wolfratshausen:

Wechsel an der Spitze

Thomas Gründl löst Werner Weindl ab

Bei der Jahreshauptversammlung des KPV-Kreisverbandes Bad Tölz-Wolfratshausen in Königsdorf wurde der Bürgermeister von Bad Heilbrunn, Thomas Gründl, zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er löste damit den Lenggrieser Rathauschef Werner Weindl ab, der aufgrund von Arbeitsüberlastung sein Amt zur Verfügung stellte. Als Stellvertreter fungieren Hilde Fruth aus Bad Tölz und Heiko Arndt aus Egling.

Gast der Hauptversammlung war Innenstaatssekretär Dr. Bernd Weiß, der zunächst das Thema Finanzen beleuchtete. Der Freistaat, so Weiß, unterstütze seine Gemeinden, Landkreise und Bezirke nach Kräften. Gerade mit dem kommunalen Finanzausgleich 2009 erweise er sich einmal mehr als fairer und verlässlicher Partner seiner Kommunen.

Fairer Partner

Der kommunale Finanzausgleich 2009 beinhalte wesentliche Verbesserungen - sowohl in struktureller als auch in finanzieller Hinsicht. Die Zahlen sprächen für sich: Die Leistungen liegen mit 6,83 Milliarden Euro um nochmals 3,4 % über dem Vorjahresniveau. Die kommunale Investitionskraft könne durch Anhebung der Investitionsfördermittel um rund 115 Millionen Euro weiter gestärkt werden. Damit verfüge Bayern über den kommunalfreundlichsten Haushalt aller Länder.

Im Mittel stünden die Gemeinden gut da, sagte Weiß, verhehlte aber nicht, dass die Gewerbesteuereinbrüche teilweise erst noch kommen werden. Er schlug vor, den Kommunen in dieser schwierigen Zeit zu erlauben, für Investitionen Schulden aufzunehmen.

Kochels Bürgermeister Thomas Holz beklagte, dass die Mittel aus dem Konjunkturpaket II in Bayern nicht wie in anderen Bundesländern nach dem Gießkannen-Prinzip ausgeschüttet wurden. Weiß führte zum einen an, dass es in Bayern viel mehr Kommunen gebe als etwa in Nordrhein-Westfalen. Hätte man jeder 15.000 Euro gegeben, wäre mit dem Geld kaum etwas anzufangen gewesen. Außerdem hätte sich die zweckgebundene Verwendung schwer nachprüfen lassen.

In punkto Feuerwehren verwies der Innenstaatssekretär auf den bayerischen Antrag für eine unbürokratische und kostengünstige Lösung zur Neuregelung des Führerscheinrechts. Da der bisherige Entwurf von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee, der noch eine praktische Ausbildung und eine eigene Fahrprüfung verlange, nachgebessert werden müsse, habe Bayern einen Antrag in den Bundesrat eingebracht, der eine Sonderfahrberechtigung für die Feuerwehren und Rettungsdienste bis 4,75 Tonnen ohne Ausbildung und Prüfung vorsieht. Für das Fahren bis 7,5 Tonnen schlägt der Freistaat eine praktische Unterweisung der Fahrer vor, bei der die besonderen bei Einsatzfahrzeugen zu beachtenden Belange speziell berücksichtigt werden. Die Details dieser praktischen Unterweisung sollen aber die Länder selbst regeln können. **DO.**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Telefon 08171 / 9307-13
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Dr. Sabine Schwarz (Berlin)
Jakob Döring
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Constanze von Hassel (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 43 vom 01.01.2009
Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Sparkasse Dillingen
Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
Pressedruck Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

12. Gunzenhausener luK-Tage:

Informationen aus erster Hand

Einen festen Platz im Terminkalender all jener Bürgermeister und Rathausmitarbeiter, die sich intensiv mit Fragen der Informations- und Kommunikationstechnologien in öffentlichen Verwaltungen befassen, nehmen die Gunzenhausener luK-Tage ein. Die von der Bayerischen Akademie für Verwaltungsmanagement in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden in Bayern organisierte Veranstaltung beschäftigte sich heuer mit den Themen EU-Dienstleistungsrichtlinie, elektronisches Personenstandsregister, neue Wege in der elektronischen Kommunikation sowie Dokumenten-Management-Systeme (DMS). In parallelen Workshops wurden hierbei einerseits Kommunen angesprochen, die sich bereits für die Einführung eines DMS entschlossen haben, andererseits wurden aber auch Neueinsteigern Ratschläge zur Ersteinführung mit auf den Weg gegeben.

EU-Dienstleistungsrichtlinie - die Zeit wird knapp. Zum 31. Dezember 2009 müssen die Vorgaben der Richtlinie umgesetzt sein. Walter Ganßer vom bayerischen Innenministerium informierte aus erster Hand über den Sachstand in Bayern und die notwendigen Maßnahmen und Aufgaben aus dem Blickwinkel des IT-Verantwortlichen. Dabei gehe es vor allem um die elektronische Verfahrensabwicklung. Im Anschluss zeigte Klaus Eisele von der Stadt Nürnberg auf, welche Konzepte die Kommune verfolgt.

Personenstandsgesetz

Am 1. Januar 2009 ist das Personenstandsrechtsreformgesetz in Kraft getreten. Dadurch erfolgen wesentliche Änderungen im bislang geltenden Personenstandsgesetz, wie Prof. Dr. Manfred Mayer, Bayerische Staatskanzlei, darlegte. So sind beispielsweise die Standesämter verpflichtet, elektronische Register zu führen und elektronisch mit anderen Standesämtern, Behörden und Bürgern zu kommunizieren. Unter dem Namen „ePR21“ wurde der bundesweit erste Prototyp eines elektronischen Personenstandsregister entwickelt. Die Softwarelösung wurde auf der CeBIT vorgestellt.

Das bislang verwendete Familienbuch (nicht zu verwechseln mit dem „Stammbuch der Familie“) wurde durch Eintragungen in den elektronischen Personenstandsregistern ersetzt. Das Standesamt hat seit Jahresbeginn folgende elektronische Register zu führen: Eheregister, Lebenspartnerschaftsregister, Geburtenregister, Sterberegister. Mit der Umstellung von Papierbüchern auf elektronische Register sind Effizienzsteigerung und Kosteneinsparung verbunden. Für die Standesbeamten bedeutet dies wesentliche Arbeitserleichterungen und für die Bürger eine Verbesserung kommunaler Dienstleistungen. Sämtliche Eintragungen (Beurkundungen) sollen mit der qualifizierten elektronischen Signatur versehen werden.

Identifizierungsverfahren

Gerade die Identifizierung von Personen im Internet bereitet nach wie vor Probleme. Zuverlässige elektronische Identifizierungsverfahren sind erforderlich, um die Kommunikation im Internet auf eine solide Basis zu stellen und juristische Probleme zu vermeiden, so Frank Rüdiger Srocke vom Bundesinnenministerium. In diesem Zusammenhang werden zwei neue Lösungen diskutiert: der neue elektronische Personalausweis und die online-Kommunikation De-Mail. Die De-Mail soll im Jahr 2010 starten und ermöglicht u. a. beweiskräftige Versand- und Zustellbestätigungen.

Mit der Frage, ob das Web 2.0 auch für Kommunen und Verwaltungen neue Wege bietet, beschäftigte sich Andreas Huber, Public One GmbH & Co. AG, Berlin. Web 2.0 sei vor allem eine veränderte Nutzung und Wahrnehmung des Internets. Die Nutzer werden als Informations- und Meinungslieferanten an der Erstellung der Internetangebote beteiligt. Auch für die Kommunen und die Kommunalpolitik birgt es somit erhebliche Potenziale. Insbesondere die Entstehung einer neuen Öffentlichkeit und die aktive Einbindung der Bürger in Arbeitsabläufe der kommunalen Behörden sind attraktiv. Neben den neuen Chancen und Möglichkeiten sind Huber zufolge vor allem klare Konzepte sowie Sicherheits- und Integrationsfragen zu klären.

Vision für Verwaltung 2020

Eine Zukunftsvision für die Verwaltung 2020 zeigte zum Abschluss der Tagung Prof. Maria A. Wimmer von der Universität Koblenz auf. In einer künftigen Europäischen Wissensgesellschaft leiste der öffentliche Sektor einen wesentlichen, oft aber nicht wahrgenommenen oder unterschätzten Beitrag, prognostizierte Wimmer. Der zielgerichtete und Wert schöpfende Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) werde dabei immer wichtiger.

Im Jahr 2020 werden sich das politische Klima und das institutionelle System total verändert haben, so Prof. Wimmer. Es gibt dann eine obere Verwaltung auf EU-, internationaler und transnationaler Ebene, die auf Selbstverwaltung aufbaut, sowie Vernetzung und Wissensmanagement. Bildungshoheit ist kollektive Aufgabe, die ein hohes Bildungsniveau garantiert. Hauptaufgabe der Verwaltung in der Zwei-Klassen-Gesellschaft ist es, den Prozentsatz der Verlierer so gering wie möglich zu halten. Öffentliche Leistungen werden über eins-zu-eins Beratungen bezogen auf die individuellen Bedürfnisse erbracht. Bürgernähe wird durch physische Präsenztechnologie erzeugt.

Bildung als Ressource

Bildung wird in 2020 als Ressource gesehen. Der Leistungsdruck, so viel Wissen wie möglich anzusammeln, ist hoch und wächst stetig, erklärte die Wissenschaftlerin. Es existiere eine Zweiklassen- und „Ellenbogen“-Gesellschaft, in der einfachere Tätigkeiten automatisiert sind. Augrund einer überalterten Gesellschaft folgt der Arbeitsmarkt neuen Regeln. Globalisierung bringt allgemeine Standardisierung. Die Prozesse in Regierungen und Verwaltungen sind automatisiert und ein einheitliches übergreifendes Backoffice ist vorhanden.

Im Jahr 2020 arbeiten Europas Mitgliedstaaten eng zusammen, so Prof. Wimmer. Nationale Denkansätze migrierten zu europäischem Denken. Technologie sei allgegenwärtig und überall im Einsatz. Statt E-Government spreche man von Verwaltung, das „e” sei der Standard und werde nicht mehr extra erwähnt. **DK**

Weiterbildung für den Bürgermeister

1. Bundesweiter Bürgermeisterkongress vermittelt erfolgreiche Strategien für die kommunale Zukunft

Kissing. Kommunikationsprofi und Basisdemokrat in Personalunion – so muss der moderne Bürgermeister sein, will er heute für das dauerhafte Wohl seiner Gemeinde sorgen. Wie das möglich ist, zeigt der 1. Bundesweite Bürgermeisterkongress vom 1. bis 2. Oktober 2009 auf der historischen Festung Marienberg in Würzburg.

In Workshops, Vorträgen und Podiumsdiskussionen vermitteln Experten aus Verwaltung und Wirtschaft neueste Methoden und Erkenntnisse zur strategischen Steuerung von Städten und Gemeinden. Als Redner konnte der Veranstalter WEKA MEDIA unter anderem Hamburgs ehemaligen ersten Bürgermeister Dr. Klaus von Dohnanyi sowie den Vorstand der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) Rainer Christian Beutel gewinnen.

Langfristige Konzepte, die Unternehmen und Bürger gleichermaßen einbeziehen, sind der Garant für eine erfolgreiche Kommunalpolitik. „Strategie und Steuerung“ heißt daher eines der zentralen Themen. Wie Bürgermeister mit vorausschauender Planung ihrem Ort Prägung und Stabilität verleihen können, zeigen erprobte Best-Practice-Beispiele. „Führung und Management“ ist ein weiterer Themenblock betitelt. Dort erfahren Bürgermeister, wie sie Methoden aus der freien Wirtschaft oder von anderen Kommunen für die eigene Verwaltungsarbeit adaptieren können, um ihre Gemeinde durch Sturm und Flaute zu führen.

Im Themenbereich „Kommunikation und Außenwirkung“ geht es daher um die richtigen Methoden der Öffentlichkeitsarbeit und zwar nach innen und außen. Denn ein Bürgermeister kommuniziert mit Mitarbeiter/innen, Stadt- und Gemeinderäten ebenso wie mit Unternehmern, Vereinen, Bürger/innen und der Presse.

Unter dem Titel „Neue Modelle für mehr Qualität“ erfahren die Teilnehmer, wie sie ihren Ort mit innovativen Ansätzen fit für die Zukunft machen. Bürgerbeteiligung, Prozessoptimierung und Servicekommune sind hier die Stichworte.

Bürgermeister und Landräte erhalten durch ihre Teilnahme neue Ideen und Anregungen für die kommunale Führungsarbeit. Mit Expertenvorträgen, spannenden Diskussionen und Workshops bietet der Kongress einen idealen Ort für den persönlichen Erfahrungs- und Wissensaustausch.

Die Kongress-Teilnahmegebühr beträgt 599 Euro, bis zum 31. August gibt es einen Frühbucherrabatt in Höhe von 100 Euro. Weitere Informationen und Anmeldung unter: http://www.weka.de/buergermeisterkongress oder Telefon: 08233/23-40 01 bzw. service.info@weka.de ❐

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Kennt ihr den? Kommt ein Mann aufs Amt, um sich über eine Entscheidung zu beschweren. Der Beamte beharrt stur auf seinem Standpunkt. Schließlich fleht der Mann verzweifelt: So nehmen Sie doch Vernunft an! Daraufhin der Amtsträger ungerührt: Ich bin Beamter, ich darf nichts annehmen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, lachte schallend in Richtung der etwas betretenen Gesichter der verbeamteten Rathausmitarbeiter, als er diesen Witz in einer Dienstbesprechung erzählte.

Dabei war die Sache, um die es ging, eigentlich gar nicht komisch. Der Bürgermeister traf vor ein paar Tagen die Tochter eines befreundeten Ehepaars, die ihm eine haarsträubende Geschichte berichtete, wie man mit ihr und ihrem Anliegen im Sozialbürgerhaus München-Moosach umgesprungen ist.

Moloch Münchner Sozialbürokratie

Die junge Dame aus gebildetem, wenngleich wegen zahlreicher Nachkommenschaft nicht eben reich begütertem Elternhaus, hatte in München studiert und sich nach dem erfreulich erfolgreichen Abschluss eine mies bezahlte, aber unumgängliche Praktikumsstelle als Berufseinstieg gesucht. Ein nun folgender, fataler Fehler warf sie dann allerdings in den Schlund eines Molochs namens Münchner Sozialbürokratie: Sie suchte sich eine Wohnung in der Landeshauptstadt.

Weil man sich München von einem Praktikantinnen„gehalt“ und ohne anderweitige dicke Brieftasche eigentlich nicht leisten kann, erhoffte sie sich wenigstens Entlastung bei den Mietkosten, indem sie Wohngeld beantragte. Sie machte sich frisch ans Werk, stellte den Antrag und legte so umfangreiche wie ausführliche Nachweise über Einkommen und Belastungen, Gehalt und Zuwendungen der Eltern, Versicherungen und überteuerte Monatskarten für den Nahverkehr bei. Sie war sogar so ehrlich, ein bescheidenes Kleingewerbe anzugeben – dreimal im Jahr organisiert sie Kindergeburtstage für ein paar Euro Honorar – und ihre Absicht kundzutun, im laufenden Jahr eine Riester-Rente abschließen zu wollen.

Wer nun denkt, dass der jungen Dame jetzt das sprichwörtliche goldene Münchner Herz entgegengeschlagen wäre und ihr diese objektiv jedem einkommensschwachen und vermögenslosen Mitbürger zustehende soziale Unterstützung gewährt worden wäre, der irrt. Trotz mehrmaliger dringender Nachfragen herrschte fast acht Monate Sendepause. Das Konto leerte sich, die wenigen Ersparnisse waren längst weg und die Eltern mussten jeden Monat einen Scheck schicken, als sei sie noch ein Kind und keine Frau, die nach einem Studienabschluss endlich auf eigenen Beinen stehen will.

Endlich schickte ein mit einem fehlerhaften Serienbriefprogramm geschlagener Computer ein Rotzschreiben, in dem die sehr geehrte Frau Name Namenszusatz informiert wurde, dass von Frau Vorname Name Namenszusatz noch folgende Unterlagen benötigt würden – was folgte, war eine Aufzählung dessen, was vor einem dreiviertel Jahr schon eingereicht wurde. Außerdem solle sie ihr Gewerbe abmelden - wahrscheinlich, weil man niemanden unterstützen will, der sich zu sehr bemüht, aus eigener Kraft über die Runden zu kommen. Auch die Frage, warum das Amt so lange für eine Reaktion gebraucht habe, wurde beantwortet. Sinngemäß: Im Sozialbürgerhaus habe Personalknappheit geherrscht und solange das Personal knapp sei, habe sich halt jeder, der das Pech habe, in diesem Stadtviertel zu wohnen und so dreist sei, sich mit einem Anliegen an das Bürgerhaus zu wenden, gefälligst zu gedulden. Punkt.

Mein Chef, der Bürgermeister, sieht diesen Fall grundsätzlicher: Hier war eine Frau betroffen, die sich wehren, artikulieren und Gehör verschaffen kann. Die jetzt einen guten Job in unserer Stadt und mit dem Großstadtleben abgeschlossen hat, auch wegen der kaltschnäuzigen Behandlung durch diejenigen, die eigentlich im Dienst der Bürger stehen sollten. Aber was machen Leute, die keine Stimme haben, laut zu protestieren? Die keine Familie im Hintergrund haben, um eine acht Monate währende finanzielle Durststrecke zu überstehen? Die Alten, die sich eh oftmals schämen, zum Amt gehen zu müssen? Otto von Bismarck antwortet darauf auf dem heutigen Kalenderblatt: „Mit schlechten Gesetzen und guten Beamten lässt sich immer noch regieren. Mit schlechten Beamten aber helfen uns die besten Gesetze nichts.“

Ihre Sabrina

Der Energie der Erde auf der Spur

Eröffnung von Deutschlands erstem „Erdwärme-Lehrpfad“

Saltendorf (obx) – In Zeiten, in denen immer mehr Menschen über steigende Heizkosten ächzen, setzt ein Unternehmer aus dem ostbayerischen Saltendorf (Landkreis Schwandorf) ganz auf die kostenlose Energie von Mutter Erde. Auf ihrem Firmengelände haben Roland und Manuela Hösl jetzt Deutschlands ersten Lehrpfad für Erdwärme eröffnet.

An sieben Stationen können Neugierige und „Heizkostengeschädigte“ dort lernen und erleben, wie die Wärme aus der Tiefe Heizöl und Erdgas ersetzen kann. Das Projekt gilt bundesweit als beispielhaft: „Wir wollen ein Zeichen setzen für die intelligente, innovative und umweltschonende Nutzung dieser Energiequelle“, sagt Geschäftsführer Hösl. Seinem Unternehmen beschert „Mutter Erde“ regelmäßig zweistellige Zuwachsraten – auch jetzt in der Krise.

„Unser Erdwärmelehrpfad bietet jedem die Möglichkeit, auf den insgesamt sieben Stationen die Nutzung der kostenlosen Erdenergie kennen zu lernen und diese als unbegrenzten Energieträger zu erleben“, sagt Roland Hösl. Inzwischen schauen Schulklassen auf dem Betriebshof in Saltendorf bei Wernberg-Köblitz vorbei und täglich kommen die ersten Besucher.

Roland Hösl führt das Familienunternehmen mit seinen fünf Beschäftigten in der dritten Generation. Der Zentralheizungs- und Lüftungsbau-, Gas- und Wasserinstallateurmeister, Betriebswirt und Energieberater will mit seinem Lehrpfad auch dafür sorgen, dass noch mehr Menschen bei der Heizung auf Wärmepumpen setzen, die die Erdwärme zu Hause nutzbar machen.

Das Eheppar Hösl aus der Nähe von Schwandorf. ❐

Der Trend bei den Heizungen gehe eindeutig hin zu den neuen Energien, sagt Hösl, der auch konventionelle Heizungen mit Öl und Gas vertreibt. „In zwanzig Jahren dürften diese herkömmliche Heizungen der Vergangenheit angehören“, schätzt er. Schon heute würden etwa 80 Prozent der Bauherrn bei neuen Gebäuden auf die „Wärme aus der Tiefe“ setzen.

Viele innovative Ideen

Der Erdwärmelehrpfad ist nicht die einzige innovative Idee der Hösls in Sachen Zukunftsenergien. Seit mehreren Jahren tourt das Ehepaar zusätzlich durch ihre ostbayerische Heimat, um bei Kindern und Jugendlichen für die Energie der Zukunft zu werben. „Wir wollen die junge Generation mit nehmen in die Zeit nach Öl und Gas“, sagt Manuela Hösl. Mit ihrem Solarjeep bereisten sie die Kindergärten der Region und begeisterten die Kinder. Mit Warmwasser aus „Sonnenkraft“ konnten sich die Kleinen auf dem Jeep die Hände waschen. Mittlerweile haben Hösls aufgerüstet und besuchen die Kindergärten und Schulen der Region mit einem Solartruck. ❐

„Donautal-Aktiv“ und „Allgäuer Moorallianz“ Spitze in Deutschland:

„Wir können stolz sein“

Zwei von fünf „Zukunftspreisen Naturschutz“ gingen nach Bayern
Hohe Anerkennung für beispielgebende schwäbische Projekte

Mit hoher Anerkennung ausgestattet und viel diskutiert wird der Spitzenrang Bayerns im bundesweiten Wettbewerb „idee.natur - Zukunftspreis Naturschutz“. Beim Festakt im Gartenschlösschen in Bonn - Bad Godesberg wurden das „Schwäbische Donautal“, mit dem Trägerverein „Donautal-Aktiv“, und die „Allgäuer Moorallianz“ als Bundessieger groß gefeiert. Es war ein sensationeller Doppelerfolg, den zwei beispielgebende schwäbische Projekte für Bayern holten, das damit Spitze war unter insgesamt 122 Antragstellern. Die drei weiteren Zukunftspreise gingen an die Waldlandschaft in Nordvorpommern, die „Industrie-Kultur Nord“ im Saarland und die Region „Hohe Schrecke“ (Sachsen-Anhalt/Thüringen).

Die Auszeichnungen wurden vergeben vom Bundeslandwirtschaftsministerium und dem Bundesumweltministerium. Mit den Zukunftspreisen sind jeweils 10 Millionen Euro Fördergelder in den kommenden Jahren verbunden.

Bei der Festveranstaltung zum Abschluss des Wettbewerbs überreichten die Siegerurkunden die Staatssekretärinnen Ursula Heinen-Esser (Landwirtschaftsministerium) und Astrid Klug (Umweltministerium). Die Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz, Beate Jessel, gratulierte zu den hoch bewerteten Projekten und dabei speziell den tüchtigen Schwaben zu dem sehr eindrucksvollen Doppelerfolg.

Erfolgreich im Einsatz für das „Schwäbische Donautal“: Die Landräte Leo Schrell, Stefan Rößle und Hubert Hafner (v. l.). Bild: jdt

Dank an Kommunen

Der Vorsitzende von „Donautal-Aktiv“, der Dillinger Landrat Leo Schrell, hob bei der Preisübergabe die „gemeinsamen großen Kraftanstrengungen“ hervor. Anerkennung gebühre den 47 Mitgliedskommunen aus den sechs Landkreisen zwischen Donauwörth und Neu-Ulm/Ulm, den angeschlossenen Verbänden, Kirchen, dem BBV, der Gastronomie und Einzelpersonen. Für die „Arge Schwäbisches Donaumoos“ wurde deren Vorsitzender, der Leipheimer Bürgermeister Christian Konrad, in die Auszeichnung mit einbezogen.

Lebensraum der Auwälder sichern

Landrat Stefan Rößle zeigte sich hocherfreut über die hohe Ehrung nach einer „ausgezeichneten Bewerbung“. Die Auszeichnung sei ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte des von „Donautal-Aktiv“ getragenen Naturschutzprojektes.

Landrat Hubert Hafner aus Günzburg, kündigte nach dem Gewinn des „Zukunftspreises“ weitere Maßnahmen für die positive ländliche, touristische und naturnahe Weiterentwicklung an.

Für den Zweckverband „Allgäuer Moorallianz“ nahmen der 1. Vorsitzende der Ostallgäuer Landrat Johann Fleschhut, (Marktoberdorf) und der stellvertretende Landrat Anton Klotz die Ehrung entgegen. Fleschhut betonte, die Allgäuer Moore seien ein herausragendes „Naturerbe von internationaler Bedeutung“ und für den gesamten Alpenraum einzigartig“

Ebenso wie Landrat Fleschhut zeigte sich der stellvertretende Landrat des Kreises Oberallgäu, Bürgermeister Klotz (Haldenwang) überzeugt davon, dass der Gewinn des Zukunftspreises dazu beitragen werde, den Einsatz für die besonders wertvollen Moorlandschaften im Allgäu entscheidend zu fördern.

Großartige Chancen

Begeistert ist von dem zweifachen „Zukunftspreis Naturschutz“ der Vorsitzende des Tourismusverbandes Allgäu-Bayerisch-Schwaben, Alfons Zeller. Der ehemalige Staatssekretär fand seine Zielsetzung bestätigt, dass der ländliche Raum „großartige Chancen bietet“. Ein Sonderkompliment Zellers galt den beteiligten schwäbischen Landräten als sehr erfolgreichen „Steuermännern“ im Einsatz für die Heimat, den Bürgermeistern, den Kommunalpolitikern und ihren vielen Verbündeten.

Herzliche Glückwünsche übermittelte Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert: „Wir Schwaben können stolz sein darauf, dass wir deutschlandweit im Naturschutz Vorbild sind“.

Von einem „grandiosen Erfolg“ sprach auch die Vorsitzende des Bayerischen Gemeindetages in Schwaben, die Höchstädter Bürgermeisterin Hildegard Wanner. ❐

Vorschau auf GZ 15/16

In unserer Ausgabe Nr. 15/16, die am 6. August erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Wasserversorgung · Wasserentsorgung**
- **Kommunale Baupolitik**
- **Kommunale und private Freizeitanlagen**
- **Kommunale Museen**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegen eine Beilage des C.H. Beck-Verlags, München, sowie eine Dokumentation unseres Verlags zum DSL-Ausbau der Deutschen Telekom bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Pädagogisches Rüstzeug für Trainer:

„Gemeinsam sind wir stark“

LBS unterstützt Sportprojekt des Deutschen Kinderschutzbundes

Von 2009 bis 2011 fördert die LBS Bayern in Zusammenarbeit mit dem „Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt“ das Gewaltpräventionsprogramm „Gemeinsam sind wir stark“ des Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband Bayern (DKSB) mit 200.000 Euro. Das Programm richtet sich an interessierte ehrenamtliche Trainerinnen und Trainer von Kinder- und Jugendmannschaften in den Sportarten Fußball, Handball, Basketball, Volleyball, Hockey und Eishockey.

Dank der Förderung durch die LBS kann das Projekt, das bislang erfolgreich als Pilot erprobt wurde, überall in Bayern stattfinden und allen Mannschaftssportarten angeboten werden. Als „Startpaket“ erhalten zudem 1000 bayerische Vereine von der LBS für ihre Jugendtrainerinnen und -trainer in den Mannschaftssportarten jeweils drei Teilnahmen zur Schulung kostenlos. Im Landkreis München sind es 14. Weitere Trainerinnen und Trainer können für einen Sonderpreis von 20 Euro an der Schulung teilnehmen. Aus diesem Anlass trafen sich in Haar 14 Handballtrainerinnen und -trainer aus München und Ebersberg zum Schulungsabend, bei der die Teilnehmer auch ihre Zertifikate, die „Grüne Karte“, von LBS-Vertriebsdirektor Peter Zeiler entgegen nehmen konnten. „Gemeinsam sind wir stark“ wurde vom Deutschen Kinderschutzbund Landesverband Bayern entwickelt. Maria Boge-Diecker, Geschäftsführerin des Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband Bayern: „Sport ist ein effektives Mittel, um Aggressionen abzubauen. Nur die Stimmung kann auch umschlagen. Gewalt auf dem Spielfeld ist leider keine Seltenheit. Das Sportprojekt mit dem Untertitel ‚Für Spaß an Sport und Fairem Spiel’ leistet hier Hilfe.“ Im Vordergrund des Seminars stehen deshalb die Stärkung der eigenen Betreuerpersönlichkeit und der wertschätzende Umgang mit Kindern und deren Eltern.

Gemeinsam stark: 14 Handballtrainer mit Haars 2. Bürgermeisterin Gabriele Müller (stehend, 3. v. r.) und LBS-Vertriebsdirektor Peter Zeiler (stehend, 2. v. l.), der Organisatorin, Renate Oppolzer vom Handballverband Oberbayern (5. v. l.) sowie vorne (2. v. r.) Kursleiterin Rahel Rose vom Kinderschutzbund. ❐

Interessierte Vereine wenden sich an Rahel Rose, Fachbereich „Gemeinsam sind wir stark“ beim DKSB LV Bayern, unter rose@kinderschutzbund-bayern.de. Infos unter: www.gemeinsamstark-bayern.de. ❐

LIEFERANTEN-NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 winnenden
Telefon 0 71 95 / 69 33 00 · Fax 0 71 95 / 69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 81 71) 93 07-13

Fahrradabstellanlagen

Geschenke für Neugeborene

kerler
Alles in Textil ..... bestickt — gewoben — bedruckt — individuell gefertigt !
z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters
Kerler GmbH
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256+82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ®
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner GmbH
Daimlerstraße 18
92533 Wernberg-Köblitz
Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49
E-Mail: info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Wasserzähler

HYDROMETER
Messtechnik und Systemlösungen
HYDROMETER GMBH
Industriestr. 13 | 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/ 18 06 0
Fax: 09 81/ 18 06 605
www.hydrometer.de
smart in solutions

Weihnachtsbeleuchtung